

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3.00 Mk. monatlich 1.10 Mk. wöchentlich 25 Pf. (incl. Post).
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Bezugnahme auf Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Inserions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgeleitete Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichterstattung und Verlautbarungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“...
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 17. Oktober 1913.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die Kamptz- und Schmalzgeiellen.

Sie heben die Kläner und schreien: Leipzig hurra hoch! Sie halten phrasenreiche Festreden und lösen Völlerichüsse, sie schmelzen im Rausch eines Sieges, den ihre Ahnvordern mit ihrem Blut und ihren Knochen begahnt haben, und neben den Majestäten, Hoheiten und Durchlauchtigen Herren wird wohl hier und da auch so nebenbei des deutschen Vaterlandes und des deutschen Volkes gedacht werden. Aber selten hat eine Gelegenheit den breiten Riß, der zwischen herrschenden und beherrschten Klassen in Deutschland klafft, so unverhüllt hervortreten lassen, als das lärmende Gedächtnisfest der Leipziger Schlacht. In Leipzig selbst hat der Rat in einem Gemisch von Mut und Angst von den öffentlichen Aufschlagfäulen die Plakate der sozialdemokratischen Partei ferngehalten, die zu Protestversammlungen gegen den Jahrbundertummel aufrufen, in Gelnhausen ist eine Versammlung mit dem gleichen Thema, die unter freiem Himmel stattfinden sollte, verboten worden, in einer ganzen Reihe von Stadtvertretungen ist es wegen des Jubiläums zu heftigen Zusammenstößen zwischen bürgerlichen Parteien und Sozialdemokratie gekommen, und an den Stammtischen ereifern sich die Bier- und begeisterungstrunkenen Spießbürger, als begehe die Sozialdemokratie an den Toten von 1813 eine Leichenfäulung nach der anderen.

Wer in diesen Schimpfchorus blindwütend mit einstimmt, ist entweder gar schlecht beraten oder er tobt, um nur der gehähten Partei der Arbeiterklasse eins auszuweisen, wider besseres Wissen. In der Tat stände es einer Partei wie der Sozialdemokratie übel an, Männer zu schmähen, die für die Freiheit — und mochte sie nachher noch so sehr als ein Trugbild sich erweisen — ihre Brust den Angeln entgegen warfen. Die Bastillenkämpfer von 1789, die Märzbarrikadenkämpfer von 1848 haben ja so wenig unsere besondere Sache verfolgt wie die Landwehren von 1813, und doch zählen wir den 14. Juli wie den 18. März zu den großen Tagen in der Geschichte der Menschheit — warum sollten wir da nicht des 18. Oktober 1813 mit ähnlichen Hochgefühlen gedenken! Nur wiederholen wir lediglich hundertmal Gefagtes, wenn wir wiederum feststellen, daß wir an den Gräbern derer, die vor hundert Jahren bluteten und starben, mindestens mit derselben Ehrfurcht stehen wie die auf Kommando schluchzenden bürgerlichen Jubiläumsgarden, und für die armen Teufel von schlesischen Leinwandern, die sich, halb verhungert, halb erfroren, schlecht gekleidet und unbeschützt, mit stürmischer Tapferkeit auf den Feind warfen, kann niemand mehr Bewunderung aufbringen als wir, und auch der Geist von 1813, der sich revolutionäre Geist, der wie eine wandernde Feuerfäule den Kämpfern voranleuchtete, auch er geht dem Gefühl der sozialistischen Massen in Deutschland ein, weil er ein Teil ist von dem Geiste, der sie selbst befeuert. Denn der große Philosoph Fichte hat in unvergängliche und unergänzliche Worte geformt, was den Kämpfern von 1813 als Ziel vorzuschwebte: „Ein wahrhaftes Reich des Rechts, wie es noch nie in der Welt erschienen ist, in aller der Begeisterung für Freiheit des Bürgers, die wir in der alten Welt erblickten: für Freiheit, gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschenantlig trägt,“ und wo anders, als in den Reihen der Sozialdemokratie wird heute noch für dieses erhabene Ideal gekämpft!

Was wir denn ablehnen und bekämpfen, ist der trübe Versuch der herrschenden Klassen, aus dem Andenken an 1813 für ihre engherzigen Zwecke Kapital zu schlagen und das Gedächtnis an jene Volkstaten als ihr Fest zu feiern, als ein Gemisch von Nazionalismus und Geschäftspatriotismus. In den „Leipziger Neuesten Nachrichten“, einem von Chauvinismus triefenden alldeutschen Organ, erschien vor einigen Wochen ein Inserat, das verdient, jetzt, da der Jubiläumstummel seinen Höhepunkt erreicht hat, der Vergessenheit entrissen zu werden. Das interessante Kulturdokument hat folgenden Wortlaut:

Das Jahr 1913

Muß jedem routinisierten Menschen 10 000de Mark Verdienst bringen, wenn er nur über einige Mittel, schon von 800 Mark an, verfügt. Für den größten Jubiläumsschlager, von Königen und Bundesfürsten empfohlen, geben wir einige noch verfügbare Vertretungen ab. Keine besonderen kaufmännischen oder Branchekenntnisse erforderlich.
 Unser Bevollmächtigter ist heute Donnerstag und morgen Freitag 11 bis 1 und 3 bis 7 Uhr „Hotel Sedan“, Leipzig.
 Stangenhaus u. Co., Berlin N. 62.

Nach der Leipziger Schlacht blieben die Leichen der preussischen Krieger im Hofe der Bürgerschule am Wall tagelang unbeerdigt liegen, von Raben und Hunden benagt, in den Konzertsälen des Leipziger Gewandhauses lagen tote, Wunde, Kranke auf feuchtem Stroh beisammen, ein verpesteter Brodem erfüllte den schneulichen Pferd, und ein Strom von zähem Rot siderte langsam die Treppe hinab. Wenn die

Reichentwagen durch die Straßen fuhren — so lesen wir bei Freitschke —, dann geschah es wohl, daß ein Loter der Kürze halber aus dem dritten Stockwerk hinabgeworfen wurde, oder die begleitenden Soldaten bemerkten unter den starren Körpern auf dem Wagen einen, der sich noch regte, und machten mit einem Kolbenhchlage dem Greuel ein Ende. Draußen auf dem Schlachtfelde hielten die Kaiserer ihren Schmaus; es währte lange, bis die entflohenen Bayern in die verwüsteten Dörfer heimkehrten und die Leichen in großen Massengräbern verscharrten. Und hundert Jahre nach diesen unsagbaren Greueln wird aus dem Mute derer, die damals ins Gras bissen, ein „Jubiläumsschlager“, der „routinisierten Menschen“ den Beutel füllen soll. Nichts wird ein schärferes Licht auf den Gemütszustand der herrschenden Klassen im Jahre 1913, denn „Jubiläumsschlager“ — das ist das rechte Wort für die Erinnerungsfestern an 1813 mit ihrem ganzen Drum und Dran. Ein „Jubiläumsschlager“ war das höflich-militärische Fest in Berlin im Frühjahr, bei dem das gaffende Volk nichts zu sehen bekam als das Gintertel von Schmammengäulen und ein paar blanke Grenadierblechkümpfen, ein „Jubiläumsschlager“ war das Erinnerungsfest der deutschen Potentaten in Kehlheim, bei dem die treuen Untertanen nicht einmal aus den Fenstern ihrer eigenen Wohnungen heraussehen durften und bei dem ein biederer Gendarm aus Anarchistenfurcht wahnfahrig wurde, und ein „Jubiläumsschlager“ ist jetzt die Einweihung des Völkerschlachtdenkmals, bei der auch die „routinisierten Menschen“ auf ihre Köpfe kommen werden, dieser mit einem Titel, jener mit einem Orden und der dritte mit einem saftigen Profit in der Tasche.

Was sie aber alle eint die Jubiläumspatrioten von 1913, ist die stramm reaktionäre Gesinnung. Mit dem berühmtesten Geheimrat Schmalz, dem Friedrich Wilhelm III. das Knopfloch zierte, leugnen auch sie die anschlageschende Rolle des Volkes in den Befreiungskriegen und mit dem Demagogenerichter Kamph, dessen Gendarmieriefeder die Teilnehmer des Wartburgfestes feierlich verbrannten, möchten sie alle oppositionellen Elemente mit Stumpf und Tüfel ausgerottet sehen. Wenn damals die Gebekten der Demagogenjagd, die unter der Weste das verpönte schwarz-rot-goldene Band trugen, beieinander saßen, dann brachten sie den „schuftigen Kamptz und Schmalzgeiellen“ ein ehrliches, ein kräftiges Veroot! Heute aber — so stehen die Dinge auf dem Kopf! — begeistern sich dieselben Kamptz- und Schmalzgeiellen, die läudlichen Sachwalter jeder Reaktion, für die Leipziger Schlacht.

Wenn wir diesen Durcheinander auf die unsauberen Finger klopfen, handeln wir nur im Geist jener Vorkämpfer von 1813, die sich in die Schanze schlugen für „Freiheit, gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschenantlig trägt“.

Das Massengrab bei Cardiff.

Die schwache Hoffnung, daß nach dem Ersticken des Brandes auf der Unglücksgrube bei Cardiff es gelingen würde, von den in den weitverzweigten Gängen der Grube eingeschlossenen Opfern noch eine Anzahl lebend zu bergen, ist zusehender geworden. Der Brand in den Schächten ist von neuem so stark emporgesamt, daß die Arbeiten zur Rettung der eingeschlossenen in der Nacht zum Donnerstag eingestellt werden mußten. In der Grube befinden sich noch

375 Bergleute eingeschlossen.

Es ist kaum noch daran zu denken, daß auch nur einer von ihnen lebend das Tageslicht erblickt. Soweit nicht das Feuer die eingeschlossenen mordet, sorgen die dichten Rauchschwaden, die sich entwickeln, Gase dafür, daß das Innere der Grube zu einem der furchtbarsten Massengräber in der Geschichte des Bergbaues wird. Sind doch mit den bereits geborgenen Leichen insgesamt

451 Grubenarbeiter der Katastrophe zum Opfer gefallen.

Der Perfidismus der Bergarbeiterbevölkerung hat sich auch bei diesem entsetzlichen Drama auf das glänzendste bewährt. Von allen Seiten des Bergbaubezirks in Süd-Wales eilten die freiwilligen Hilfskräfte herbei. Der Ruf: Eure Kameraden sind in Lebensgefahr! brachte sofort Freiwillige an die Unglücksstätte, daß nur ein kleiner Teil zu den Rettungsarbeiten herangezogen werden konnte. Bergleute, die eben erst der brennenden Hölle entronnen waren, verlangten voll edler Kameradschaftlichkeit, daß ihnen gestattet würde, zur Rettung ihrer Arbeitsbrüder wieder in den Höllenschlund einzufahren zu dürfen.

Wie jammerdovll nehmen sich neben diesen wahrhaften Helden die nationalitistischen Schreihäule aus, die das Schwert im Munde führen, weil der Frieden die Menschen verzweichliche und nur der blutige Krieg mutige Charaktere erzies. In allen Fällen noch, wo wahrhafter Heldenmut sich zeigen mußte, um das Leben gefährdeter Mitmenschen zu retten, hat es nie an tatbereiten Charakteren gemangelt, an Helden, die ihr eigenes Dasein mutig aufs Spiel setzten, um den verzweifeltsten Frauen den Gatten, den jammernden Kindern den Vater zu erhalten.

So auch hier. Von den Segenswünschen der Menge begleitet, fuhren die Rettungsmannschaften in die Tiefe, ihre Arbeitsbrüder

dem Tode zu entreißen. Mehr als 100 Meter konnten die Rettungsmannschaften vom Boden des Schachtes aus nicht vordringen. Aber schon hier trafen sie auf Schwerverletzte und Leichen, die total verbrannt waren. Stundenlang war man rastlos dabei, des Feuers Herr zu werden. Schließlich gelang es, das Feuer an zwei Stellen zu löschen.

In der Nacht stiegen die Rettungsmannschaften, die sich unermüdlich einen Weg durch das Feuer und die eingefürzten Bergmassen gebahnt hatten, auf die ersten Arbeiter in der Sektion Lancaster. Sie fanden 18 Mann am Leben. Watts Morgan, der bekannte Bergarbeiterführer, der den ganzen Tag bei den Rettungsarbeiten mitgeholfen, kam mit dem ersten Fahrstuhl heraus und rief: „Evan Moore, und er ist am Leben, hurra!“ Die Menge, die vor der Zeche wartete, stürmte in den Auf ein. Frauen und Mädchen weinten vor Freude. Die Hoffnung war wieder in die Herzen aller eingezogen. Aber die aus der Grube geschafften Bergleute waren meist schlimmverletzt. Die Wetter fanden auch viele tote. So wurde ein junger Bergmann, der sich schon fast erholt hatte, bei einem Haufen von 16 Toten gefunden. Nicht weit von dieser Gruppe fand man einen Mann und einen Knaben, die sich im Tode die Hände reichten. Und daneben sah ein toter Bergmann, der seine Kugel und seine Lampe unknüppert hielt.

Und immer von neuem versuchten die Braven, dem Tode einen oder den anderen Genossen abzurufen. Trotzdem die Sachverständigen schon erklärt hatten, daß alle Mägen vergeblich seien, wurden nach heroischen Anstrengungen einer Rettungskolonne noch 21 Mann lebend geborgen.

Jetzt ist das furchtbare Drama beendet. Mit den verzweifeltsten Frauen und Kindern der Dahingegeriffenen beklagt die ganze Arbeiterbevölkerung Englands, die der ganzen Welt, den Verlust so vieler braver Genossen, die dem unerfülllichen Kapitalismus zum Opfer fielen.

Die Grube, die als Schlagwettergrube bekannt ist, genießt unter den Bergarbeitern einen schlechten Ruf. Am 24. Mai 1901 fand dort eine Schlagwetterexplosion statt, die 83 Menschen das Leben kostete. Es heißt, daß viele Arbeiter am Abend vor dem jetzigen Unglück wegen des Vorhandenseins von schlagernden Wetterern nicht arbeiten konnten. Die Zeche, die der Lewis Merthyr Consolidated Collieries Company gehört, beschäftigt 2200 Arbeiter, die in drei Schichten einfahren. Sie besteht aus zwei Teilen, die als die Sektion York und die Sektion Lancaster bekannt sind. Die Grube fördert etwa eine halbe Million Tonnen Kohle im Jahr. Die beiden Schächte gehen etwa 450 Meter tief in die Erde. Es ist der westliche Teil, die Sektion Lancaster, wo sich die Explosion ereignet hat.

Irrungen und Wirrungen im Hause Hohenzollern.

Die sogenannten Bessentfrage wächst sich immermehr zu einem die heutigen deutschen, besonders aber die preussischen Regierungszustände trefflich charakterisierenden satirischen Possenspiel aus. Fast könnte man auf den Verdacht kommen, unsere hohe Regierung und die Herren Alldutschen hätten sich die Aufgabe gestellt, durch ein wunderbares Quid pro quo-Spiel nicht nur selbst den Einfältigsten der monarchisch gesinnten preussischen „Untertanen“ die ganze Hohlheit der schönen Gottesgnadentums-Idee zu demonstrieren, sondern zugleich auch der Welt zu beweisen, daß Drenstiermas bekannter Ausspruch in bezug auf den Kulturstaat Preußen noch immer volle Gültigkeit hat.

Die in Nr. 270 des „Vorwärts“ mitgeteilte Notiz der „Nordd. Allg. Ztg.“, in welcher der von dem „Gann. Courier“ gegen den Kaiser erhobene Vorwurf, er treibe Hauspolitik energisch zurückgewiesen wurde, wird in der nationalliberalen und rekonserватiven Presse recht ironisch behandelt. Das angegriffene Blatt, der „Gannov. Courier“, bezeichnet das schöne Dementi des Kanzlerblattes wegwertend als „Danke vom Hause Preußen“ und verwahrt sich gegen die Darstellung der „Nordd. Allg. Ztg.“, seine Kritik sei gegen die Person des Kaisers gerichtet. Zum Beweis dafür, daß sich der Herzog von Cumberland in Stunden noch immer als hannoverscher Landesvater fühle, erzählt der „Gannov. Courier“ folgende Sittorben:

„Der Herzog von Cumberland lieh nach einer gestrigen Meldung einem hannoverschen Ehepaar zur goldenen Hochzeit Geschenke überreichen. Das heißt, letzten Endes Funktionen ausüben, die einen landesherrlichen Eindruck machen sollen. Und das Alenburger Messenblatt bringt die erstaunliche Mitteilung, daß ein welfischer Bäckermeister in Loccum ein Bild des Prinzen Ernst August und der Prinzessin Viktoria Luise mit eigenhändigen Unterschriften erhielt. Diese Tatsachen sprechen Bände. Sie illustrieren, mit welchem Recht sich die Regierung des Herrn v. Bethmann Hollweg auf das hohe Roß der „geleisteten Garantien“ schwingen darf.“

Auch die alldeutsche „Post“ des Freiherrn v. Redlich antwortet wenig respektvoll auf die offiziöse Erklärung des Kanzlerblattes. Sie meint: „Wir möchten feststellen, daß die Zurückweisung daneben haut und nichts wie ein Luftschiff ist. Der Kaiser ist verfassungs-

nähig nicht verantwortlich. Verantwortlich für die Reichsregierung ist der Herr Reichskanzler und für die preussische Regierung das Ministerium, an dessen Spitze als Präsident der Reichskanzler steht. Der Vorwurf, den der „Hannoversche Courier“ gemacht hat, kann sich also nur gegen den einzig verantwortlichen Beamten im Reiche, den Reichskanzler, richten. Der Reichskanzler aber treibt mit dieser Erklärung das bedauerliche Spiel, das wir in der letzten Zeit nur zu oft haben bekämpfen müssen. Anstatt sich vor den Kaiser hinzustellen und die Verantwortung für die augenblickliche Regierungspolitik zu übernehmen, versteckt er sich hinter den Kaiser und versucht die an sich nur zu berechtigten Angriffe auf die augenblickliche Regierungspolitik dadurch abzuschwächen bezw. unmöglich zu machen, daß er überhaupt, sie nicht gegen die Person des Kaisers. Die Person des Kaisers ist, soweit wir gesehen haben, nirgendwo in die Erörterung hineingezogen worden. Die Methode, die jetzt von so hoher Stelle angewandt wird, ist verwerflich. Sie handelt gegen die Verfassung und schädigt den monarchischen Gedanken.

Was den Inhalt des Vorwurfes anbelangt, so bleibt für den, der mit der gesamten nationalen Öffentlichkeit der Meinung ist, daß sogenannte „Garantien“ überhaupt nicht vorhanden sind, und die staatsrechtliche Lage sich nicht im geringsten geändert hat, keine andere Erklärung übrig, als daß der verantwortliche Beamte tatsächlich mehr die Interessen des Hohenzollernschen Hauses als die des Reiches wahrnimmt.

Und in einem weiteren „Die welfischen Garantien“ überschriebenen Artikel der „Post“, der an die zitierte Mitteilung des „Hannov. Couriers“ über das Landesvertragspiel des Herzogs von Cumberland und seines Sohnes anknüpft, heißt es:

„Im Brusttone der Ueberzeugung wird uns von oben herab erklärt, das Haus des Cumberlander Herzogs missbillige die welfische Agitation, sei jedenfalls für derartige Umtriebe nicht verantwortlich zu machen. Und nun? Jetzt erfährt man plötzlich, daß nicht etwa der Herzog, nein, der junge Prinz selber, die welfischen Parteigänger mit Gnadenbeweisen und Geschenken überhäuft. Das also sind die Garantien des Welfenhauses. So hält es sein Versprechen. Erkennt denn der Kanzler nicht den Hohn, mit dem ihn eine kleine selbstständige Partei, die beieinigermachen vernünftiger Politik so leicht zum Schweigen zu bringen wäre, ausgiebig übersättigt? Hält er nicht die Schläge, die ihm jene herzoglichen Gefolgsmänner fortgesetzt verabreichen? Das aber sind die Folgen einer Politik, welche leichtfertig und feige die höchsten und heiligsten Güter einer ganzen Nation dynastischen Sonderinteressen zuliebe auf dem Altare des Vaterlandes opfert.“

Auch die alldeutsche „Rheinisch-Westf. Ztg.“ leistet sich einen scharfen Angriff auf die Regierung und ihren verantwortlichen Vertreter, den Reichskanzler. Sie schreibt unter Bezugnahme auf die oben erwähnte Notiz des Kanzlerblattes: Alle Regierungsverpflichtungen können nicht die Lasten aus der Welt schaffen.

1. daß die Bundesratsbeschlüsse von 1885 und 1907, die auf Antrag der Kaiser Wilhelm I. und Wilhelm II. zustande gekommen sind, die Verkeimung des braunschweigischen Thronerbes durch einen Welfenprinzen nur dann für zulässig erklärt, wenn alle Mitglieder des Welfenhauses für sich und ihre Nachkommen ihrer Ansprüche auf Hannover entsagen;

2. daß der Bundesratsbeschluss von 1907 auf Antrag des Kaisers Wilhelm II. gefaßt wurde, trotzdem damals der Prinz Ernst August (laut Angebot seines Vaters vom 15. Dezember 1906) für sich und seine Nachkommen auf Hannover Verzicht leisten wollte, wenn er auf den Thron Braunschweigs zugelassen würde

Völkerklachten und Klassenkämpfe.

II.

Aus dem politischen Nachlaß eines demokratischen Deutschen.

Eine Nation nenne ich eine große Volksmasse, die durch ihre freien Abgeordneten geschlichen Anteil an ihren öffentlichen Verhandlungen hat. . . . Wir sind jetzt die Nation der Titel, des Adels, des Dienstzwanges, der Feinds, des Unsinns, der Dummheit, kurz die privilegierte Nation oder die Nation der Privilegien. — Keine Zeit fiel in die Schande meines Volkes. . . . Die Bedingung der Vaterlandsliebe ist Freiheit und Gerechtigkeit. Von beiden ist in unseren europäischen Staaten nur das Minimum; die Vaterlandsliebe kann also leicht berechnet werden. Die Vaterlandsliebe der Privilegierten ist der hochende Grimm wilder Tiere, mit welchem sie über ihren Haub wachen. — Vernünftigerweise sollten alle Staatsbedürfnisse von unten auf gehen, d. h. die Bürger sollten die Magistraturen und die Krieger die Befehlshaber geschlich ernennen.

Summe, Apokalypsen, zuerst gedruckt 1810, geschrieben 1806/07.

Der Patriotismus der Junker.

Die alten Aristokraten, diese lieben nur sich und wollen den König als ersten Mittling behalten. Der Staat gehe ihrer Absicht nach unter, aber die Gutsbesitzer bleibe. Sie bedienen sich der Franzosen als Mittel zum Kampf. Diesen liegt daran, und erbarntlich zu erhalten, und diese tadelt daher den König deshalb so laut, daß er das tue, was Napoleon im Königreich Westfalen und Herzogtum Warschau als unerlässliche Bedingung jedes Staates verlangt hat. Es gibt nichts Verrückteres. Diese bilden förmlich eine Partei.

Tagebucheintragung Schöns vom 12. Dezember 1808. Aus den Papieren II. 69.

Stein über die Fürsten und „unteren“ Stände.

Alle kleinen Fürsten haben aus Egoismus und Gefühl der Schwäche denselben Geist; ihnen kommt es nur an auf Erhaltung ihres winzigen Daseins, gleichgültig gegen das Schicksal des Vaterlandes; sie wird man daher alle entweder vorläufig entfernen oder an einem sicheren Ort sammeln, unter strenger Aufsicht nehmen müssen, da man denn ihr Land in ihrem Namen verwalten, bis man imstande sein wird, eine dauerhafte Ordnung der Dinge zu berücksichtigen. . . . So wird man die Verwaltungsbehörden, die Municipal- und Kommunalverfassungen umbilden, viele der öffentlichen Beamten unter Aufsicht nehmen, den Adel durch manche Reizmittel zu reinen Grundbesitzern zurückbringen und den guten Geist der unteren Stände durch Erweiterung ihrer Tätigkeit, durch Belohnungen usw. benutzen und nähren müssen.

Stein an die österreichischen Staatsmänner über die Aussichten eines englischen Landung in Norddeutschland, August 1809. Perg., Aus Steins Leben, I.

Ein Charakterbild Friedrich Wilhelms III.

Von den Lieblingsneigungen des Königs stand, besonders in früheren Zeiten, die Vorliebe für militärische Beschäftigungen

und 3., daß heute der Cumberlander seine Ansprüche auf Hannover mit unermindelter Hartnäckigkeit aufrechterhält und der Prinz Ernst August entschieden einen Verzicht auf Hannover ablehnt, also die Garantien, die die Bundesräte und die Kaiser Wilhelm I. und Wilhelm II. 1885 und 1907 forderten, nicht im entferntesten erfüllt.

An die Aufrichtigkeit der obigen Erklärung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung kann man deshalb erst dann glauben, wenn der Reichskanzler folgende Frage mit ja zu beantworten vermag: Würde der Prinz Ernst August auf Grund seines Böhmen-Vertrages und seines Briefes vom 20. April, also ohne Verzicht für sich und seine Nachkommen auf Hannover im Sinne der von den Kaisern Wilhelm I. und Wilhelm II. verlangten Bundesratsbeschlüsse, auf den Thron von Braunschweig zugelassen werden — wenn er nicht des Kaisers Tochter geheiratet hätte?

Der Reichskanzler wird sich hüten, auf diese kühne Frage der „Rhein-Westf. Ztg.“ zu antworten; denn die Wichtigkeit der Darstellung des Staates läßt sich nicht bestreiten. Hätte der Prinz Ernst August nicht die Tochter des Kaisers geheiratet, wäre also nicht der letztere zum Schwiegerpapa des Cumberlandischen Prinzen geworden, der ganze jetzige Streit über die braunschweigische Thronfolge wäre nicht entstanden, und die preussischen Regierungsblätter mit Einschluß der „Arenzzeitung“ und der „Deutschen Tageszeitung“ würden jeden für einen Vaterlandsfeind und Idioten erklären, der empfehlen würde, den Prinzen Ernst August von Cumberland als „angestammten Herrscher“ von Braunschweig anzuerkennen, auch wenn dieser den Verzicht auf Hannover verweigere.

Damit soll sicher nicht gesagt sein, daß die Auslieferung des braunschweigischen Herzogthumes an den Cumberlandischen Prinzen tatsächlich, wie gewisse alldeutsche Blätter behaupten, die innere Festigkeit und Sicherheit des Deutschen Reiches gefährdet und die deutsche Ehre bloßstellt. Wenn sonst die deutsche Einheit und Sicherheit nicht gefährdet ist, wird der Prinz Ernst August als Herzog von Braunschweig sie auch nicht gefährden; und den lieben Braunschweigern kann es wie nun einmal die Verhältnisse in ihrem kleineren engeren „Vaterlande“ liegen, auch ziemlich wurst sein, ob sie vom Herzog Johann Albrecht von Medlenburg, einem überflüssigen preussischen Prinzen oder dem Prinzen Ernst August unter preussischer Aufsicht nach preussischem Rezept regiert werden. Was aber tatsächlich nicht nur uns Sozialdemokraten als Republikaner, sondern jeden vernünftigen Menschen verletzt, das ist die deutsche Ehre in der Bevölkerung aller Kulturländer bloßstellt, das ist die Art und Weise, wie die braunschweigische Thronfolgefrage in den sogenannten maßgebenden Kreisen behandelt wird. Das deutsche Volk wird nicht gefragt, auch nicht das braunschweigische; die ganze Sache ist eine reine Privatangelegenheit des Bundesrats und wird, wie die „Post“ mit Recht sagt, nach „dynastischen Sonderinteressen“ beurteilt und entschieden. Es ist gerade, als lebten wir noch in den Zeiten des nahesten Absolutismus, in einer Zeit, wo noch die Fürsten „ihre“ Länder als Haus- und Familiengut betrachteten und nach Belieben Land und Volk verschacherten — manchmal um ihren juwelenbedürftigen Mätressen dafür Beweismittel ihrer zärtlichen Zuneigung zu kaufen.

Um diese Verwirrung im Hause Hohenzollern vollzumachen, mißt sich obendrein auch noch der preussische Kronprinz in die Sache — und nimmt gegen seinen Schwager, in gewissem Sinne auch gegen seinen Vater, den Kaiser, Partei. Die von dem durch verschiedene anrüchliche Prozesse bekanntgewordenen Journalisten Dr. Liman redigierten „Leipziger Neuesten Nachrichten“ — der Kronprinz soll zu Herrn Liman enge Beziehungen unterhalten — wissen zu melden, daß der Kronprinz ein Schreiben an den Reichskanzler gerichtet hat, in dem er seine Auffassung von der braunschweigischen Thronfolge

niederlegt. Es wird darin betont, daß der Prinz Ernst August erst dann in Braunschweig einzutreten dürfe, wenn er vorher klipp und klar für sich und seine Nachfolger auf Hannover verzichtet habe; der Habueneid sei kein staatsrechtlicher Akt.

Man möchte diese Mitteilung für einen dem Hause Hohenzollern gezielten böshafter Streich halten, bestimmt, die Irrungen und Verwirrungen zu mehrern; aber sonderbarer Weise bestätigt die „Nordd. Allgem. Ztg.“, daß der Kronprinz einen derartigen Brief an den Reichskanzler gerichtet hat und fügt — noch selbstamer — hinzu: „Der Reichskanzler hat in seiner Antwort unter eingehender Schilderung des Sachverhalts die Gründe dargelegt, die für die Haltung der preussischen Regierung maßgebend sind.“

Diese Einmischung hat gerade noch gefehlt. Als Mitglied der Familie Hohenzollern hat der Kronprinz das Recht, im Familienkreise seine Meinung zu sagen und seinem Vater, soweit dieser ihm Gehör schenken will, Vorstellungen zu machen, aber wie kommt er dazu, sich in Regierungshandlungen zu mischen und quasi vom Reichskanzler Rechenschaft zu fordern.

Und der Reichskanzler läßt sich herbei, dem Kronprinzen eine lange Begründung seiner Haltung vorzulegen! Recht sonderbar! Etwas mehr Rücksicht hätte dem Kanzler sicherlich nicht schaden. Er hätte sich ein Beispiel an Herrn Benzelos nehmen sollen. Aber, wie es scheint, vermögen deutsche Reichskanzler nicht jene Festigkeit und jenes Selbstbewußtsein aufzubringen, das man selbst bei den Ministern dort hinten auf der Balkenbank findet.

Die preussischen Städte und das Selbstverwaltungsrecht.

II.

Der Wohnungsgesetzentwurf, mit dem sich der Städte- und Provinzialtag an zweiter Stelle beschäftigt hat, ist von uns bereits sofort nach seiner Veröffentlichung einer eingehenden Kritik unterzogen, wir haben insbesondere nachgewiesen, daß es sich dabei im wesentlichen um ein Polizeigesetz handelt, durch das der Anschein erweckt werden soll, als ob etwas geschieht, während im großen ganzen alles beim alten bleiben dürfte. Auf den gleichen Standpunkt hat sich der preussische Städte- und Provinzialtag gestellt. Die Referenten und alle Diskussionsredner waren sich darin einig, daß der Entwurf nur einzelne Ausschnitte der Wohnungsfrage behandelt, und zwar gerade diejenigen Ausschnitte, die in das Tätigkeitsgebiet der Gemeinden fallen, während die wichtigsten Teilaufgaben der Wohnungsfrage dem Zugriff der Gemeinden entzogen sind. Als ein Fehlgriff wurde es bezeichnet, daß die Regierung bestrebt ist, die Selbstverwaltung durch staatspolizeiliche Zuständigkeit zu ersehen oder einzuengen, und nachdrücklich wurde verlangt, daß die Gemeinden in der Erfüllung ihrer eigenen Aufgabe nur der allgemeinen Staatsaufsicht unterworfen werden dürfen. Insofern können wir uns die Kritik des Städte- und Provinzialtages in vollem Umfang zu eigen machen. Wenn aber weiter auf die finanzielle Belastung der Gemeinden durch die Fürsorge für das Wohnungswesen hingewiesen wird, so darf das kein Grund sein, eine gesetzgeberische Maßnahme zu verwerfen. Würde der Entwurf der preussischen Regierung wirklich eine Besserung der Wohnungsverhältnisse herbeizuführen geeignet sein, dann dürfte die finanzielle Belastung kein Hindernis gegen sein Zustandekommen bilden, denn die Wohnungsfrage ist von solcher Bedeutung für unser gesamtes Kulturleben, und die Schaffung gesunder und preiswerter Wohnungen ist so notwendig für die Hebung der Arbeiterklasse, daß man vor den Lasten nicht zurückschrecken darf. Für einen solchen Zweck

allen durch die Zeit abgerungenen äußeren Gunstbezeugungen dem General Hort niemals diesen Schritt verzeihen.

Hohen, Erinnerungen, II. 300, 313.

Man rechnet mit einer Revolution.

Wenn der König noch länger zaudert, die ihm von seinen Unterthanen nach dem Willen der Nation zur Verfügung gestellten Mittel anzuwenden oder auch nur die Anstrengungen Rußlands zur Herstellung der Monarchie zu unterstützen, so halte ich eine Revolution für unausbleiblich, und wahrscheinlich wird dann die Armee mit ihrem Beispiel vorangehen und das Signal geben. Bericht des englischen Agenten Ompteda an seine Regierung, Ende Febr. 1813. Nachlaß IV, 26.

Die Geister sind in einer Wärung, die schwer zu beschreiben ist. General Scharnhorst übt unbegrenzten Einfluß. Die Militärs und die Häupter der Sekten haben sich unter der Maske des Patriotismus der Fägel der Regierung vollständig bemächtigt; der Kanzler wird vom Strom fortgerissen. Bericht des österreichischen Generals an die Kaiserin, Ende Febr. 1813.

Die königlichen Proklamationen vom 17. März.

In einer der Proklamationen vom 17. war offen ausgesprochen, daß der angekündigte Krieg kein gewöhnlicher sei, daß alles auf dem Spiel stehe, und daß alles gewagt werden müsse. Als Preis unerhörter Anstrengungen ward im Namen des Königs allen Ständen Freiheit und Berechtigung, in Staatsangelegenheiten eine Stimme zu haben, verheißen, und die königliche Familie selbst versprach alle bevorstehenden Gefahren zu teilen. Schloffer, Geschichte des 18. Jahrhunderts, VII, 2, 877, 8.

Liberaler Märzillusion von 1813.

Wir schlagen Sturm auf allen Straßen, Wir liehen Vortruppen besetzen, — Der Bürger trieb sich ruhig fort. Was hat ihm nun den Mut entzündet? Ihn ward ein einzig Mal verkündet, Und Friedrich Wilhelm sprach das Wort.

„Die will ich meine Rettung danken, Ob auch verzogte Seelen schwanken, Dir, treues Volk, nur die allein! Ihr alle sollt mir Ritter heißen, Ich kämpft Euch mit dem Kreuz von Eisen; Auf in die blut'ge Schlacht hinein.“

So hat kein König noch gesprochen; Die alten Ketten sind gebrochen, Ihr Freiheit wendet Euren Blick! Wir konnten Herren nur und Knechte, Denn gab die unterjochten Rechte Ein König seinem Volk zurück! Aus Friedrich Höpfers Gedicht: Des Königs Ruf „An mein Volk“ (17, 8, 1818).

obenan, doch allein nur aus dem Gesichtspunkt des Friedensbezweckens und der Uniformen, nicht aus dem der Ausbildung zum Kriege. . . . Dabei war seine eigene Wahl zu Befehlshabernstellen in der Regel nicht vorteilhaft, indem er größtenteils diejenigen, die auf dem Exerzierplatz seine Zufriedenheit erworben hatten, dem wirtlichen Feldsoldaten oder dem geistig kräftigen Menschen vorzog, diese letzteren sogar häufig ungerührt behandelte. Die Liebhaberei des Königs in Hinsicht der Uniformen und des Anzuges war groß und seine Ansichten hierin einem ewigen, größtenteils durch Kleinigkeiten herbeigeführten Wechsel unterworfen. . . . Hohen, Erinnerungen, II. 15—21.

Ich kann Ihre Bedenken nicht tadeln und kann nicht leugnen, daß eine gewisse Unentschlossenheit im Charakter des Königs Beförderung erregen muß. . . . Er ist von der Routinehaftigkeit des Systems, welches jetzt verfolgt wird, ganz überzeugt. . . . Klein ich sehe Ihnen doch nicht dafür, daß der König uns nicht einmal eines Tages alle fortjagt. Gneisenau zu Ompteda, Sept. 1807. Perg., Gneisenau, II. 184, 5.

Volkstriebswünsche und deutsche Gesinnungen Vlachers.

Mich juckt in allen Fingern, den fädel zu ergreifen. . . . Ich will wiederum die Peit zu thun wass ich schon anno 9 angeraten; nehmlich die ganze Nation zu den Waffen aufzurufen und was die furchten nicht wollen und sich dem entgegensetzen sie samt dem Bonaparte weg zu jagen; Denn nich nuhr Preußen allein sondern das ganze Deutsche Vaterland muß wiederum heraufgebracht und die Nation hergestelt werden. Vlacher an Scharnhorst aus Stungendorf, 5. Januar 1813.

Unentschlossenheit des Königs.

Scharnhorst teilte mir dagegen die mir noch fremden neueren Nachrichten aus dem Vaterlande mit, die leider nur einseitig gut zu nennen waren. Denn wenn man von der Stimmung des Volkes und des Heeres nichts als Lobenswertes sagen konnte, so war die Unentschlossenheit des Königs, bearbeitet durch jene, die ich früher als Maulwurfsbezeichnung, doch so groß, daß man nicht allein ein trauriges Festhalten an der französischen Partei, sondern dadurch auch einen sehr besorglichen Konflikt mit der ganz entgegengegesetzt ausgesprochenen öffentlichen Meinung ernstlich befürchten konnte. Hohen, Erinnerungen, II. 303.

Hort und seine Konvention waren und blieben dem König ein Geuel. Der König war bei der ersten Nachricht über dieses Ereignis in dem höchsten Grade aufgebracht über Hort gewesen; die unbedachte Entsetzung und die Unterjochung über des Venehmen des Generals war nicht allein eine zur Bewusstmachung Napoleons getroffene Maßregel, sondern bei dem Könige voller Ernst, dessen Jern in jenem Augenblick nicht verstellt war. Der König, der bei seiner Art zu denken und zu handeln auch selbst bei Handlungen geistiger Tätigkeit mechanischen Gehorham verlangte und sich niemals auf die Gründe und Folgen einer Handlung, auf die Beurteilung der Verschiedenheit der Verhältnisse einließ, sah auf einem derartigen Standpunkt nichts als eine direkte Aufhebung des Generals Hort gegen sein Ansehen. . . . Der König hat trotz

müssen in einem Kulturstaat Mittel vorhanden sein, wenn anders er auf den Namen eines Kulturstaates Anspruch erheben will.

Großen Nachdruck hat der Städtetag auf den Ausbau der Wohnungsaufsicht gelegt. In demselben Sinne hat sich bereits der Städtetag vom Jahre 1904 ausgesprochen, aber leider ist die Einführung einer Wohnungsaufsicht in preussischen Gemeinden bisher nur ganz vereinzelt zu verzeichnen. In dieser Hinsicht haben die Städte fast völlig versagt, und wir sind deshalb mit dem Städtetag für eine baldige gesetzliche Regelung zur Verbesserung der rechtlichen Grundlagen. Aber die gesetzliche Regelung darf nicht in der Richtung einer Beschränkung des Selbstverwaltungsrechts erfolgen, wie es der Gesetzentwurf der Regierung beabsichtigt. Das Gesetz hat die Grundlagen zu einer erfolgreichen Wohnungsaufsicht zu schaffen, die Ausführung muß den Gemeinden überlassen bleiben.

Dass die Sozialdemokratie nicht mit allen einzelnen Forderungen des Städtetages einverstanden ist, bedarf keiner besonderen Betonung. Es wird wohl kaum ein Mitglied des Städtetages geben, das nicht an diesem oder jenem Punkte der recht umfangreichen Entschliessungen Ausstellungen zu machen hat. So hätten wir insbesondere gewünscht, daß der Städtetag sich für eine Beseitigung des Hausbesitzerprivilegs ausgesprochen hätte, das dem Zustandekommen von kommunalen Wohnungsreformen große Hindernisse bereitet, und ebenso wenig hätte es etwas geschadet, wenn der Städtetag offen eingestanden hätte, daß nicht nur die Regierung, sondern auch die Städte selbst auf dem Gebiete des Wohnungswesens ihre Pflicht bisher nicht erfüllt haben. Aber wir wollen in dem Moment, wo zum ersten Male Vertreter der Städte ohne Unterschied der Parteirichtung sich aufrufen zu einem gemeinsamen Protest gegen die mehr und mehr überhandnehmende Bureaucratie und Reaktion nicht mit den Sünden der Vergangenheit rechnen. Wir betrachten es als ein Zeichen fortschreitender Erkenntnis, daß die Vertreter der Städte, die bisher unter dem Einfluß des hausagratischen Elements nichts zur Beseitigung des Wohnungselends getan haben, endlich zu der Einsicht gekommen sind, daß sie nicht länger untätig die Hände in den Schoß legen dürfen. Wie auf allen Gebieten, so bricht sich auch hier der soziale Gedanke allmählich Bahn. Die Sozialdemokratie in den Gemeindevortretungen hat es verstanden, die Bourgeoisie von dem Grundsatze des laissez faire laisses aller abzubringen und sie zu sozialen Anschauungen zu bekehren, und das soll uns ermuntern, in diesem Streben fortzuführen und durch unermüdete Kritik auch die zurückgebliebenen unserer Gegner an ihre Pflichten zu erinnern.

Die Kritik des Städtetages an dem Gesetzentwurf war scharf, aber sie war berechtigt, und sollte wirklich die von einer Seite ausgesprochene Befürchtung, daß infolge der scharfen Kritik der ganze Entwurf scheitert, in Erfüllung gehen, so wird die Befürchtung davon keinen Schaden haben. Wir würden diesem Entwurf keine Träne nachweinen, im Gegenteil, kommt das Wohnungsgesetz für Preußen nicht zustande, dann ist die Bahn frei für ein Reichswohnungs-gesetz, und ein solches Gesetz sozial auszugestalten und auf die wirklichen Bedürfnisse des Volkes zu beziehen, ist im Reichstage eher möglich, als in dem von Junkern und Pfaffen beherrschten preussischen Landtage.

Politische Uebersicht.

Beginn der Reichstagsarbeit.

Der Reichstag wird seine Arbeiten am 20. November, nachmittags 2 Uhr, wieder aufnehmen. Der Präsident macht von seiner Befugnis, die erste Sitzung auf einen spätem Termin anzusetzen, keinen Gebrauch. Bürgerliche Blätter wußten zu berichten, daß der Reichstag seine Arbeiten erst am 25. November wieder aufnimmt; diese Meldung ist falsch. Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung stehen wie üblich, Petitionen, dann folgt die Beratung der in Aussicht stehenden Interpellationen. In den ersten Tagen des Dezembers findet dann die erste Lesung des vom Reichschahamt bereits fertiggestellten Etats statt. Auch die Budgetkommission wird mit ihren Arbeiten sofort beginnen können, denn sie hat noch verschiedene Reste aus dem verfloffenen Sessionsabschnitt aufzuarbeiten, darunter die Vorlage über das Erbrecht des Staates.

Kruppzeug.

Der Junge v. Meyen, der in dem bevorstehenden Krupp-Prozess ein wichtiger Belastungszeuge gegen eine Anzahl Krupp-Direktoren sein dürfte, motivierte seine Flucht an die Öffentlichkeit wiederholt mit der persönlichen Gefahr, deren Opfer er geworden sein wollte. Wie auch noch nach seinen Enthaltungen gegen diesen Jungen geht, beweist folgende Demunziation:

Für Herrn Liebknecht bedeutet dieser Prozess (gegen den Zugschmelzfabrikant) eine Unterbrechung seiner ersten Niederlage (1) und daß man das auch in den Kreisen der Sozialdemokratie empfindet, geht daraus hervor, daß der „Vorwärts“ jetzt einen Mitarbeiter zu dem vielgenannten Herrn v. Meyen geschickt hat. Der hat sich denn auch nicht lange bitten lassen und ein paar nette Kleinigkeiten ausgepackt... Dem Genossen einen Einblick in seine Korrespondenz zu geben, lebte Herr v. Meyen ab.

Die Fehler des Krupp-Panamas suchen also den ihnen begreiflicherweise höchst unangenehmen Jungen Meyen dadurch an gewissen Stellen zu diskreditieren, daß sie ihn in eine Verbindung mit dem „Vorwärts“ bringen. Demgegenüber stellen wir hiermit fest, daß es dem „Vorwärts“ gar nicht eingefallen ist, einen „Mitarbeiter“ zu Herrn v. Meyen zu schicken. Der Journalist, dem Herr v. Meyen seine Mitteilungen gemacht hat, ist weder ein Mitarbeiter des „Vorwärts“, noch steht er mit dem „Vorwärts“ oder der sozialdemokratischen Partei in irgendwelcher Verbindung. Der „Vorwärts“ hat lediglich einen Korrespondenzartikel abgedruckt, der ihm nur ebenso zur Verfügung gestellt worden war, wie einer ganzen Anzahl bürgerlicher Blätter bis zur schwärzesten und blauesten Schattierung. Nur haben sich diese Blätter um die Wiedergabe herumgedrückt.

Um aber allen Spiegelschreibern und neuen Demunziationsversuchen von vornherein die Spitze abzubrechen, erklären wir weiter, daß der betreffende Journalist Herr v. Meyen auch ohne Auftrag und ohne Wissen des „Vorwärts“ aufgelaufen hat, und daß der „Vorwärts“ niemals, sei es direkt oder indirekt, irgend einen Versuch unternommen hat, mit Herrn v. Meyen, der ihm gänzlich unbekannt ist, in Verbindung zu treten.

Mag das Kruppzeug nur fortfahren, sich im Rosenwalzer-Schießsitz zu versuchen!

Um Webers Nachfolgerschaft im Reichstag.

Am heutigen Freitag wird im ersten Hamburger Reichstagswahlkreis der Kampf um das Mandat ausgetragen, das Webers dreißig Jahre innegehabt hat. Die vier bürgerlichen Kandidaten, die unserem Genossen Stolten den Sieg streitig machen, haben

sich in den letzten Wählerversammlungen hauptsächlich untereinander bekämpft. Es ist dabei viel unfreiwilliger Humor produziert worden. Gegen die Sozialdemokratie hat man mehr in Flugblättern agitiert. Das schäblichste stammt von dem gelben Gasenarbeiterverein, der die Gasenarbeiter auffordert, unter allen Umständen gegen die Sozialdemokratie zu stimmen und ihnen nur die Wahl unter den bürgerlichen Kandidaten freizustellen. Von unseren Genossen ist dafür ein besonders für Gasenarbeiter bestimmtes Flugblatt im und am Gasen verbreitet worden. Am Vorabend der Wahl fanden noch drei von unserer Partei einberufene Versammlungen statt, in denen die Genossen Krause, Berner und Schumburg über das Thema „Warum müssen wir siegen?“ referierten und Genosse Stolten antwortende Ansprachen an die Wähler richtete.

Geißlos bliamiert hat sich das liberale „Freundenblatt“. Seine Redaktion hat eine Bilderbeilage mit den Porträts der drei Kandidaten Stolten, Dr. Peteren und Dr. Rode bruden lassen. Als der Verleger Broedel das Bilderblatt zu Gesicht bekam, ließ er die ganze Auflage mit Beschlag belegen und in den Keller schaffen. Am gleichen Abend pries der liberale Kandidat die Geißesfreiheit der fortschrittlichen Presse!

Kolonialbahnen.

Die oft zu offiziellen Mitteilungen benutzten Schweinburgischen Berliner Politischen Nachrichten* entwickeln recht ausschweifende Pläne für neue Kolonial-Eisenbahnbauten:

Dr. Solf hat in Kamerun den beschleunigten Ausbau der Mittel-Landbahn von Uda ostwärts nach dem schiffbaren Kongo-Fluss als eine Notwendigkeit bezeichnet, damit den Pflanzern in Südamerica eine bessere Möglichkeit des Abtransportes ihrer Produkte geschaffen würde. Ueber die Verlängerung der Kameruner Nordbahn, die bis jetzt das Plateaubergebirge erreicht hat, deren Weiterführung aber auf große Geländehemmnisse gestoßen ist, verläutet nichts Positives. In Togo sieht die Verlängerung der Hinterlandbahn über Atapame nach Sokode, Bassari und Tschopowa am Disflusse auf der Tagesordnung. In Südwest soll die Amboandbahn zur Erleichterung des volkreichen Amboandes gebaut werden, und man hofft, durch diese Bahnlinie auch den Arbeitermangel in Südwest abheben zu können. Ferner steht dort eine Abzweigung der Nord-Südbahn von Windhal ostwärts nach Gobabis zur Diskussion. In Ostafrika, wo die Fortsetzung der Zentralbahn über Tabora hinaus zu Anfang des Jahres 1914 den Tanganjikassee bei Kigoma erreichen wird, propagiert der Gouverneur Dr. Schnee das Projekt einer Bahnlinie nach den dichtbevölkerten Hochländern von Urundi und Uvanda. Die Bahn soll von Tabora nordwestlich abzuweichen und zum Anie des schiffbaren Rageratflusses geführt werden. Die Kosten werden auf 58 Millionen Mark veranschlagt. Betrachtet man, so bemerkt die Schweinburgische Korrespondenz* zum Schluß, alle die Eisenbahnpläne in ihrer Gesamtheit und vor allen Dingen ihre Kosten, so wird man wohl zu dem Ergebnis gelangen müssen, daß der Ausführung aller der in den engeren Kreis der Erwägung gezogenen Bahnlinien, besonders was die Geldfrage betrifft, noch mancherlei Hindernisse im Wege stehen werden, und das um so mehr, als ja auch die russischen Interessenten in Kamerun und Ostafrika, die durch den Niedergang der Kautschukpreise schwer zu kämpfen haben, mit besonderen pekuniären Wünschen an das Reich herantreten sind.*

Kolonialinstitut oder Uebersee-Universität?

Der Kampf um die vom Hamburger Senat vorgeschlagene Universität, die unter Verzicht auf theologische und medizinische Fakultäten akademische Vorbildung hauptsächlich für die Tätigkeit in den Kolonien und den Interessensphären des deutschen Ueberseehandels vermitteln soll, kam auch in der Mittwochsitzung der Väterschaft noch nicht zur Entscheidung. Zwei laienmännliche Senatoren, Strandes und Heilmann, setzten sich mit ganzer Kraft für das Universitätsprojekt ein. Der erstere, indem er als Kenner der deutschen Kolonien betonte, daß Deutschland aus seinem Kolonialbesitz nur Nutzen ziehen werde, wenn es wissenschaftlich gebildete Landwirte, Kaufleute, Beamte hinüberfende; in England fürchte man die deutschen Schulen mehr als die deutschen Kriegsschiffe. Senator Heilmann wies auf die wachsenden Anforderungen im wirtschaftlichen Bereich hin und prophezeite, die Zeit werde kommen, wo man vom einfachsten Arbeiter eine höhere Schulbildung verlangen müsse. Die hamburgische Universität würde für ganz Deutschland von höchster Bedeutung sein; sie werde aber auch viele Ausländer heranziehen und auch das sei erstrebenswert. Die Universität werde helfen, den Rassen- und Klassenhaß, die verwerbliche Zwietracht unter den Völkern auszurotten. So lange man im Kaufmann nur den Kaffeelad, im Arbeiterführer nur den Verkehrer sehe, komme man nicht weiter. Führer mit neuen Idealen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens müßten herangebildet werden. Das sei die Hauptaufgabe der neuen Universität!

Unser Genosse Krause, der den ablehnenden Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion zu vertreten hatte, erklärte, daß man die Worte des Senators vollkommen unterschreiben und doch zu der Ueberzeugung kommen könne, daß die Universität in der vorgeschlagenen Gestalt zu verwerfen sei. Die Sozialdemokratie, die stets für die Hebung der Volksbildung eingetreten sei und Monierarbeit darin leiste, lehne natürlich die Universität nicht schlechthin ab, sondern nur, weil sie zuvor den richtigen Unterbau durch Hebung des Volksschulwesens schaffen wolle. Wegfall der Ständeschule, Einführung der Einheitschule, höhere Vorbildung für Volksschullehrer, das sei die Bedingung, unter der allein die Sozialdemokratie der Senatsvorlage zustimmen könne. Durch die in Aussicht gestellten Vortragskurse für Arbeiter werde die Arbeiterpartei sich nicht lockern lassen. Das jetzige öffentliche Vorlesungswesen biete davon schon genug und könne noch weiter ausgebaut werden. In Ausschussberatungen, die darauf und auf den Ausbau des Kolonialinstituts hingingen, würden wir uns gern beteiligen.

Die weitere Beratung brachte in pikantes Aufeinanderfolge zwei Reden, von denen die eine der jungliberale Redakteur Karl Wöndeborg für die Universität hielt, während die andere von seinem ergreifenden Onkel Dr. Wöndeborg dagegen gehalten wurde. Der Wette wandte sich gegen die „entschliche“ Rührertheit, die man immer für Hamburg als einzig angemessen anfende; die großen Kaufleute, die Hamburg zum Welthandelsplatz gemacht, seien wahrhaftig keine solchen Rührertheitsfanatiker, sondern kühne Eroberer gewesen. Der Onkel dagegen warnte vor solchem Ueberchwang, molte die Gefahr der Vermehrung des gebildeten Proletariats für den Bestand der heutigen Gesellschaftsordnung aus und zitierte als Beweis für diese Gefahr eine Rede von August Vebel. Seine bitteren Prophezeiungen für die hamburgischen Staatsfinanzen riefen dann in später Nachstunde noch den Finanzsenator Dr. Diesel auf den Plan, der an die Zollanschlußdebatten von 1881 erinnerte, bei denen auch der Untergang Hamburgs als unausbleibliche Folge des Anschlusses an das deutsche Zollgebiet vorausgesagt worden sei. So wie diese Voraussage sich nicht erfüllt hätte, würden sich auch die Befürchtungen, die jetzt vor dem „geistigen Zollanschluß“ laut werden, als falsch erweisen.

Es ist noch ein Vermittlungsvorschlag von Dr. Burckhard, dem Sohn des verstorbenen Bürgermeisters, eingegangen, um den erst am nächsten Mittwoch der Meinungsstreit entbrennen wird.

Maßregelung französischer Generale.

Paris, 16. Oktober. Mehrere Blättern zufolge stellt der Generalstabschef Joffre in seinem Bericht über die Herbstmanöver den Antrag, drei Korpskommandeure, nämlich die Generale Faurie vom 16. Korps in Montpellier, Magnol vom 17. Korps in Toulouse und Courbehaiffe vom 14. Korps in Lyon, sowie die Generale Alba und Besset wegen ihrer bei den Manövern zutage getretenen Ungeschicklichkeiten ihrer Stellungen zu entheben. Es heißt, der oberste Kriegsrat habe diesen Anträgen zugestimmt. Gegen die Generale wird der Vorwurf erhoben, daß sie die Generalstabskarten nicht richtig gelesen und infolgedessen nicht gewußt hätten, wo ihre Truppen ständen, und daß sie nicht rechtzeitig den Intendantur- und Probiantdienst verständigt hätten.

Ein Protest.

Paris, 16. Oktober. Von radikalen Blättern wurde bereits vor einigen Tagen behauptet, daß die geplanten Maßnahmen durch den reaktionären Generalstabschef Stellvertreter de Castelnau veranlaßt worden seien, der mehrere republikanisch gesinnte Generale aus der Armee drängen wolle.

In dieser Hinsicht ist ein von General Faurie an den Kriegsminister gerichtetes offenes Schreiben bemerkenswert, in dem es heißt: General Joffre hat über meine Haltung bei den Manövern einen Bericht erstattet, auf den ich bereits eingehend erwidert habe. Ich habe in unbestreitbarer Weise gezeigt, daß die mir zugeschriebenen Fehler einzig und allein von dem Befehlshaber der roten Armee General Chomer bezogen worden sind. General Joffre hat in seinem Bericht ferner behauptet, daß das von mir befehligte 16. Armeekorps keine Disziplin besitze. Ich erwiderte, daß der Kriegsminister mich zu der Disziplin dieses Armeekorps beglückwünscht habe und daß mir General Chomer bei seiner letzten Besichtigungstour eklärte, er sei überzeugt, daß mein Armeekorps sich ebenso gut halten werde wie irgend ein anderes. Schon am 10. September kam ein ehemaliger Kriegsminister zu mir und teilte mir mit, daß ich auf der Hut sein möge, da man mir hohen Orts nicht geneigt sei. Am letzten Tage vor dem Manöver gab man mir einen Generalstabschef, der von seinem Dienst nicht die geringste Ahnung hatte. Das Ziel war klar. Man wollte einen republikanischen General ins Verderben stürzen.

General Faurie erhebt auch scharfen Einspruch gegen die Maßregelung des ihm unterstellten General Besset und schließt mit den Worten: Ich werde diesen Stand und diese Armee verlassen, welcher ich schon vor 43 Jahren auf den Schlachtfeldern von 1870 gedient habe, und so eine Laufbahn abbrechen, die wohl ohne großen Glanz, aber doch von einigem Nutzen war.

Die Beschlüsse des Ministerrats.

Paris, 16. Oktober. Der Ministerrat hat die Eröffnung der Kammern auf den 4. November festgesetzt.

General Faurie, kommandierender General des sechszehnten Armeekorps, ist wegen seines Briefes, den er an den Kriegsminister gerichtet hat, von seiner Stellung entsetzt worden. Es wird eine Untersuchung wegen Verstößen gegen die Disziplin gegen ihn eingeleitet werden. Der Divisionsgeneral und Gouverneur von Lyon Courbehaiffe, kommandierender General des 14. Armeekorps, ist verabschiedet, der Divisionsgeneral und kommandierender General des 17. Armeekorps Magnol auf sein Verlangen hin zur Disposition gestellt worden, ebenso General Besset, Kommandeur der 31. Division. Brigadegeneral Alba wurde zur Disposition gestellt, die Obersten Saint Etienne und Escudier auf ihr Verlangen hin verabschiedet. General Pourtier-Duteil, kommandierender General des 8. Armeekorps, ist zum kommandierenden General des 14. Armeekorps ernannt worden, General Poline, Kommandeur der 11. Division des 20. Armeekorps, zum kommandierenden General des 17. Armeekorps, General Taverna, Kommandeur der 25. Division, zum kommandierenden General des 8. Armeekorps, General Alig, Befehlshaber der Truppen in Desmarokko, zum kommandierenden General des 10. Armeekorps.

Die Balkanfragen.

Einstellung des serbischen Vormarsches.

Belgrad, 16. Oktober. Ein gestern abend veröffentlichtes Communiqué der Regierung besagt, daß die serbische Armee Befehl erhalten habe, nicht weiter nach Albanien vorzudringen. Die serbischen Truppen würden in den eingenommenen Stellungen bis zur endgültigen Lösung der Grenzfrage verbleiben. Die Truppen hätten Befehl erhalten, sich bei eventuellen neuen albanesischen Angriffen auf die Verteidigung zu beschränken.

Die griechisch-türkischen Verhandlungen.

Athen, 16. Oktober. Die „Agence d'Athènes“ meldet: In der gestrigen Konferenz der türkischen und griechischen Delegierten wurden die Einleitung und sechs Artikel des Vorvertrags von Reschid Bey beraten. Die Delegierten gelangten bezüglich fast sämtlicher Punkte zu einem Einvernehmen.

Letzte Nachrichten.

Griechischer Boykott bulgarischer Waren.

Sofia, 16. Oktober. (Meldung des Wiener I. I. Tel.-Korr.-Bureaus.) Die Getreideexporteure in Warna sind benachrichtigt worden, daß sie nach Griechenland keine Ware ausführen sollen, da die Griechen beschlossen hätten, weder bulgarische Schiffe in griechische Häfen einfahren zu lassen, noch Waren bulgarischer Herkunft anzunehmen.

Die Opiumpest in Paris.

Paris, 16. Oktober. (P. G.) Die Polizei hat verschiedene Opium- und Morphiumhändler, darunter auch zwei Deutsche namens Fuchs und Robert Deber, verhaftet. Auch von den Dokumenten ist eine ganze Anzahl beschlagnahmt worden. In den Verhafteten zählen auch einige Frauen und nicht weniger als zwölft minderjährige Mädchen.

Eine zeitgemäße Forderung der Seelente.

London, 16. Oktober. (W. L. W.) Eine Versammlung der Nationalen Matrosen- und Heizer-Union hat einstimmig beschlossen, auf Frachtdampfern für große Fahrt nach dem 1. Mai nicht mehr anzuhören, wenn sie nicht mit einer leistungsfähigen Einrichtung für drahtlose Telegraphie versehen sind.

Keine Aussperrung in der englischen Baumwollindustrie.

Manchester, 16. Oktober. (W. L. W.) Der Streit zwischen Arbeitgeber und Arbeitern in der Baumwollindustrie, der zu einer Aussperrung zu führen drohte, ist heute beigelegt worden.

A. Wertheim heute billige Lebensmittel

- | | | | | |
|---|--|---|---|---|
| <p>Ochsenfleisch . . . Pfd. 95 Pf.
Fileti. Ganz., unausgeschält Pfd. 1.00
Ochsenbrust, Fahlrippe . Pfd. 85 Pf.
Kamm Pfd. 80, Querrippe Pfd. 75 Pf.
Frisch. Schinken i. Ganz. Pfd. 85 Pf.
Schweinekotelettes . . . Pfd. 1.00
Schweinekamm u. Schuft Pfd. 90 Pf.
Rückenfett Pfd. 70, Liesen Pfd. 80 Pf.
Pökelzunge Pfd. 1.25, -Kamm 85 Pf.
Kasseler Rippespeer Pfd. 80 bis 95 Pf.
<i>Australisches Hammelfleisch</i>
Keule i. Ganz. Pfd. 80, Rücken 70 Pf.
Dicke Rippe Pfd. 65, Dünning 55 Pf.
Kotelettes 2 Stück 25 Pf.
Hasen und wilde Kaninchen
zu billigsten Preisen.</p> | <p>Koch- und Backbutter Pfd. 1.10, 1.20
Tischbutter Pfd. 1.28
Tafelbutter Pfd. 1.36, 1/2 Pfd. Pak. 68 Pf.
Tafelschmalz Pfd. 68 Pf.
Marmelade, leicht gefärbt Pfd. 33 Pf.
Pflaumenmus Pfd. 25 Pf.
Echt Emmenthaler Pfd. 1.10
Bayr. Schweizerkäse Pfd. 88 Pf.
Holländer Käse Pfd. 75 Pf.
Romatour-Käse Stück 28 Pf.
Limburger Käse Pfd. 45 Pf.
Brie-Käse Pfd. 75 Pf.
Camembert-Käse Stück 20 Pf.
Faust- u. Spitzkäse 3 Stück 20 Pf.
Kuh- u. Landkäse 2 Stück 35 Pf.
Speisequark Stück 10 Pf.</p> | <p><i>Zusendung ausgeschlossen.</i>
Kabeljau o. Kopf i. ganz. Fisch. 18 Pf.
Seelachs o. Kopf i. ganz. Fisch. 18 Pf.
Schellfisch Pfd. 20 Pf.
Goldbarsch Pfd. 15 Pf.
Bratschollen Pfd. 14, grosse 30 Pf.
Heilbutt Pfd. 40 Pf.
Frische Zander Pfd. 68 Pf.
Tafellachs in ganz. Fisch. Pfd. 63 Pf.
Lebende Karpfen Pfd. 75, 85 Pf.
Lebende Hechte Pfd. 1.05
Lebende Krebse Mdl. 25 Pf. bis 3.00
Seemuscheln 100 Stück 30 Pf.
Ananas Pfd. 60, 70 Pf.
Weiche Essbirnen 2 Pfd. 25 Pf.</p> | <p>Grosse Kochbirnen . . . 2 Pfd. 25 Pf.
Riesenblanchbirnen . . . Pfd. 15 Pf.
Ess- und Kochäpfel . . . 2 Pfd. 25 Pf.
Tiroler Äpfel Pfd. 13 Pf.
Rote Hasenköpfe Pfd. 20 Pf.
Amerikaner Äpfel Pfd. 25, 35 Pf.
Weintrauben Pfd. 17, 25 Pf.
Almeria-Trauben Pfd. 35 Pf.
Neue Krantzfeigen Pfd. 25 Pf.
Neue Feigen Kiste 35 Pf.
Neue franz. Walnüsse . . . Pfd. 38 Pf.
Weiss-, Rot- u. Wirsing Kohl Pfd. 4 Pf.
Spinat 2 Pfd. 10, Grünkohl 2 Pfd. 10 Pf.
Kohlrabi Mdl. 10, Mohrrüben 5 Pfd. 15 Pf.
Radieschen 8 Bund 10 Pf.
Tomaten Pfd. 10 Pf.</p> | <p>Schwarzwurzeln Pfd. 18 Pf.
Fettbücklinge 3 Stück 20 Pf.
Hieler Schleibücklinge 2 Stück 10 Pf.
Makrelen-Bücklinge Stück 12 Pf.
Goldfische Stück 12 Pf.
Grosse Nordseeschollen . . Pfd. 55 Pf.
Ger. Aale Pfd. 1.05 u. 1.40, Bund 38 Pf.
Lachsstör Pfd. 68 Pf.
Sardellen Pfd. 65 u. 85 Pf.
Gänse Pfd. 57, 68, 75 Pf.
Gänse-Rümpfe 2.35 bis 4.50
Grosse junge Hähne St. 1.15 bis 2.00
Suppenhühner Stück 1.35 bis 2.50
Masthühner Stück 2.75, 3.00 und 3.40
Krammetsvögel Stück 35 Pf.</p> |
|---|--|---|---|---|

Leineweber

Berlin C

Kölnischer Fischmarkt 4-5-6 Köpferstraße 1



Die in den großen
Eckschaufenstern
Kölnischer
Fischmarkt 4

ausgestellten

blaugrauen
und braunen

Ulster

im Preise von

25.- M. bis 85.- M.

bieten das Neueste in Stoffen,
Fassons und Farben der Saison

□ □

**Knaben- und
Jünglings-Kleidung**
nur in eigenen Betriebs-Werk-
stätten hergestellt, ist preiswert
und unübertroffen in Sitz und
solider Verarbeitung

Große Auswahl □ Gute Passform □ Billige Preise

☛ Sonntags von 12-2 Uhr geöffnet ☛

Möbel

Modern und
gediegen!

Gut und
preiswert!

Teilzahlung
erhöht
die Preise
nicht!

Küchen
v. 48.-
Mark an

Komplette
Einrichtung
von 230.-
Mark an

Möbel-Magazin
Otto Piehl
Kein Kredithaus!

Garnituren
von 110.-
Mark an

Sofas
v. 52.-
Mark an

Berlin (Norden) **Brunnenstr. 120**

Vertiko
v. 38.-
Mark an

Elegante
Schlaf-
Zimmer
von 295.-
Mark an

Bettstelle
mit Matratze
von 32.-
Mark an

Büffets
v. 125.-
Mark an

Schlafsofa
von
75.- M.
an

Grösste, vielseitige
Ausstellungen Brunnenstr. 120
und im Fabrikgebäude

Kleider-
schränke
von 38.-
Mark an

Haarblondin
entwickelt
Sauerstoff

das Ideal Waschlösungsmittel
für helles u. dunkles Haar
1 Paket = 25 Pf. Nur
echt m. d. Feuertrommel.
Zu haben in Drogerien.
Fritz Kratz, Berlin N.
Reinickendorferstr. 119

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

Möbel Sie sparen Geld!

direkt in der Möbelfabrik

H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene
Tischlerei und Polstererei. — Auf Wunsch Teilzahlung.

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Ziehung schon 21. Oktbr.

**Bodensee-
Flug-
Lotterie**

60000
20000
10000

Lose 1 M. 11 Lose aus ver-
schied. Tausd. 10 M.
Porto und Liste 30 Pf. extra.

H. C. Kröger
BERLIN W 8 Friedrichstr. 193a

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstraße 69

Soeben erschienen:

Völkerschlachten und Klassenkämpfe

Urkundliche Beiträge zur Jahrhundertfeier
gesammelt von
A. CONRADY
Zwei Teile
(Bibliothek des Wissens, Band 3 und 4)

Preis pro Band 1 Mark.

Patentanwalt Prillwitz
Berlin N.W. 21, Thurmstraße 34

Zigarrengeschäfte

möge ich aufmerksam auf meine Kantab. Spezialitäten:

Skandia-Skraa
und
Solidaritäts-Tabak

Max Ziegenhals, Neue König-Straße 70
(Königsstadt: 3047).

Zämtliche eingeführte Fabrikate in Zigaretten, Tabaken,
Zigarren zu billigsten Preisen.

Jeder **Arbeiter**, jeder **Handwerker**, jeder praktisch arbeitende **Mann**
der für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders vorteilhaft geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei der bekannten Firma
Kohnen & Jöring, Berlin 40. Arbeitskleidung - Berufskleidung.
Größtes Spezialgeschäft dieser Art.
Hauptgeschäft: Alexanderstr. 12. Zweiggeschäfte: Rosenthaler Str. 53 - Landberger Allee 148 - Neukölln: Bergstr. 66.
Beste billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Nachart, beste Verarbeitung, größte Auswahl.

Verlangen Sie bei Ihrem Kaufmann eine Probe Büttners „Malzulade“
Bestes Kräftigungsmittel, wohlschmeckender, nahrhafter u. preiswertester Brotaufstrich.

Vertrieb: Gebr. Fink, O. 27.
Tel. Alexander 2127-29.

Verantw. Redakt.: Alfred Dieckhoff, Neukölln. Inzeratenteil übernimmt: G. Glade, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Gewerkschaftliches.

Streikbrecher in den schwarzen Listen.

Bisher war nur bekannt, daß die Unternehmer bei Arbeitskämpfen schwarze Listen herausgaben, um es den Streikenden unmöglich zu machen, sich anderweitig Arbeit zu verschaffen. Eine Verhandlung vor dem Schöffengericht Stuttgart-Amt lieferte aber weiter den Beweis, daß die Unternehmer auch im Betriebe verbleibende Arbeitswillige gleich mit namhaft machen, um auch denen die Möglichkeit zu nehmen, etwa anderweitig Arbeit suchen zu können und sie somit an den Betrieb zu fesseln. Vor dem genannten Amtsgericht fand eine Verleumdungsklage statt, die der Direktor Teufel der „Sanitaria“ (Fabrik chirurgischer Instrumente in Ludwigsburg) gegen einen Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes angestrengt hatte. Unter anderen Fragen wurde auch die Frage an den Direktor gestellt:

„ob es zutreffend sei, daß auf den von ihm an andere Unternehmer der Metallindustrie herausgegebenen schwarzen Listen auch Namen von solchen Arbeitern verzeichnet gewesen seien, die am Streik unbeteiligt waren.“

Direktor Teufel gab das zu und bemerkte, daß es deswegen geschähe, damit die Nichtstreikenden wo anders keine Arbeit erhalten! Dies machten übrigens alle Unternehmer so bei einem Kampf.

Auf eine Zwischenbemerkung des Vorsitzenden, daß dies doch nicht schön wäre, auch diejenigen Arbeiter, die nicht streiken, auf die schwarze Liste zu setzen, erwiderte Direktor Teufel:

„Das läßt sich nun mal nicht ändern. Die Sache ist nämlich so: diejenigen, welche nicht mitstreiken, werden von den Streikposten gewöhnlich bearbeitet, die Arbeit auch niederzuliegen, oder sie suchen sich von selbst wo anders schriftlich oder unter der Hand Arbeit. Und um zu verhindern, daß sie wo anders eingestellt werden, und um zu erreichen, daß sie dableiben müssen, deshalb tut man alle Arbeiter auf die schwarze Liste, denn Krieg ist nun mal Krieg.“

Es nicht also nicht einmal, den Streikbrecher zu machen. Der Unternehmer dankt es ihm nicht, aber er versucht, den Arbeitswilligen durch Berufserklärung an seine Firma zu binden. Was fragt der Unternehmer nach der Existenz des ihm treu ergebenen Klausuriers, die ist ihm gleichgültig. Wenn die Arbeitswilligen daraus noch nicht lernen, welche traurige Rolle sie in den Augen der Unternehmer selbst spielen, dann dürfte ihnen schlechterdings nicht zu helfen sein.

Berlin und Umgegend.

Der Streik in der Pelzwarenbranche.

In einer am Mittwoch gemeinsam mit den Zwischenmeister abgehaltenen Versammlung erhaltete Frihe vom Deutschen Kürschnerverband Bericht von den Verhandlungen vor dem Gewerbegericht. Der Redner betonte am Schlusse seiner Ausführungen, daß der Achteinhalbfundentag für die Arbeiter eine programmatische Forderung bedeute — trotz aller Maßnahmen der Unternehmer. Die kommende Zeit bedeute Kampf und die Arbeiter werden sich schon den günstigsten Zeitpunkt aussuchen, um die Arbeit von neuem einzustellen.

In der Diskussion nahm der Arbeitgeber Heilner das Wort. Der Herr sagte u. a. die gemeinsamen Interessen der beiden Parteien wären doch weitgehender, als Frihe es dargestellt habe. Im übrigen hätten die Arbeitgeber ja gezeigt, daß sie bereit seien zu dem Versuch, einen Tarif zu schaffen. Es wäre ratsamer, im Interesse des Friedens erst mal unter den gewählten Bedingungen zu arbeiten. Der Wechsel der Mode habe es bewirkt, daß die Pelzbranche zurzeit nicht günstig dastehet. Um so mehr sei es geboten, nicht noch mehr Unsicherheit in das Gewerbe zu bringen, sondern auf der gebotenen Basis weiterzuarbeiten.

Regge antwortete hierauf, daß, wenn die Konjunktur keine günstige sei und die wirtschaftliche Lage der Arbeiter sich damit noch mehr verschlechterte, eine Verkürzung der Arbeitszeit erst recht gerechtfertigt sei. Vor dem Gewerbegericht seien Löhne erwähnt und als „Lohngehalte“ bezeichnet worden, und als der Fabrikant, der diese Löhne zahlt, wurde der — Vorsitzende der Fabrikantenvereinsung, Herr Krüger Wolf, genannt. Es werde von nun an auch nicht tariflos gearbeitet, sondern nach dem Einzelver-

trag, wie er am 25. August d. J. den Fabrikanten zugestellt wurde. Wenn die Unternehmer erklären, nach Fertigstellung der Arbeiten im Frühjahr eine Aussperrung vornehmen zu wollen, nun, nach dem Frühjahr komme auch wieder ein Oktober. (Stürmischer Beifall.) Haben doch schon Unternehmer, die bis jetzt am Stränge der Arbeitgebervereinigung gezogen, erklärt: keine Nacht würde sie noch einmal in eine solche Situation hineinziehen.

Zwischenmeister Feldmann erklärte, wenn Herr Heilner vor dem Gewerbegericht so gesprochen hätte, wie er hier in der Versammlung gesprochen habe, wäre es für das Zustandekommen eines befriedigenden Resultats besser gewesen. Wie kommen denn die Unternehmer dazu, den Zwischenmeistern zu drohen, wenn diese ihren Arbeitern den Achteinhalbfundentag bewilligen sollten. Sie wollten Herr im Hause bleiben, aber den Zwischenmeistern Vorschriften machen. Wer trage denn die Kosten für Riete, Licht, Heizung usw.? Doch die Zwischenmeister und nicht die Unternehmer. Uebrigens hätte ja schon eine Reihe von Arbeitgebern ebenfalls den Achteinhalbfundentag bewilligt, allerdings nur ehrenwörtlich und nicht schriftlich, um der Konventionsstrafe zu entgehen.

Herr Heilner führte noch aus, die beiden Abmachungen vor dem Gewerbegericht seien so festgelegt, daß das eine ohne das andere keine Geltung habe.

Dagegen verwahrte sich Regge. Davon könne gar keine Rede sein. Die Abmachungen seien getrennt und unabhängig voneinander abgeschlossen. Die Ablehnung durch die Arbeiter berühre die Vereinbarung zwischen Fabrikanten und Zwischenmeister in keiner Weise. Magistratsrat v. Schulz werde auf Ersuchen sicher ein dahingehendes Gutachten ausfertigen.

Dieser Ansicht schloß sich Zwischenmeister Feldmann vollständig an.

Zuletzt nahm die Versammlung folgende Resolution einstimmig an:

In Erwägung, daß der Arbeitgeberverband vor dem Gewerbegericht am 9. Oktober den Forderungen der Arbeiter gegenüber kein Entgegenkommen zeigte, obgleich der Forderungsvorsitzende, Kollege Frihe, die Bezahlung der Feiertage sowie die Lehrlingskassala fallen ließ, um zu einem friedlichen Einvernehmen zu gelangen; andererseits durch die bisher vom Verein selbständiger Kürschner sowie durch Unterföhrten und ehrenwörtlich anerkannten Forderungen drei Viertel aller Arbeiter und Arbeiterinnen zu den neuen Bedingungen arbeiten, beschließt die heutige, am 15. Oktober 1913 tagende öffentliche Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Pelzbranche, daß die vor dem Gewerbegericht gemachten Konzessionen betr. Bezahlung der Feiertage, welche der freien Vereinbarung überlassen bleibt, sowie die Lehrlingskassala aus den Forderungen fallen gelassen werden.

Alle übrigen Forderungen einschließlich der 8 1/2 stündigen Arbeitszeit bleiben bestehen als Einzelvertrag, der unter schriftlich oder aus gewissen Gründen ehrenwörtlich anerkannt wird, den Frieden zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer verbürgt.

Diese Resolution ist den Arbeitgebern zu übermitteln!

Außer dieser wurde noch eine zweite Resolution ebenfalls einstimmig angenommen, die besagt:

Die heutige öffentliche Versammlung aller in der Pelzwarenbranche beschäftigten Arbeiter Berlins legt schärfsten Protest ein gegen die ausbrecherische, gemeingefährliche Handlungsweise des Arbeitgeberverbandes der Pelzwarenbranche von Berlin, den Hausindustriellen die Arbeit zu entziehen, wenn sie 8 1/2 Stunden arbeiten lassen.

Die Versammlung fordert den Verein selbständiger Kürschner auf, alle derartige Fälle, wo dieses Ansinnen an Hausindustrielle geht, der Staatsanwaltschaft zur Anzeige zu unterbreiten.

Vereitelter Versuch zur Tarifumgehung.

Die Firma Zimmermann u. Maerten, Kofferfabrik in Berlin, errichtete am 1. Juli d. J. in Werder a. d. H. einen Betrieb, in dem weder die tarifmäßiger Löhne gezahlt, noch die 8 1/2 stündige wöchentliche Arbeitszeit eingeführt wurde. In einem Termin der Schlichtungskommission stellte die Firma die Behauptung auf, der Betrieb gehöre einem Herrn Zweig, der auf eigene Rechnung fabriziere, wohl aber ihr die fertigen Koffer liefere. An der Hand des Kaufvertrages stellte die Schlichtungskommission fest, daß in Werder ein Zweigbetrieb der Firma unterhalten wird und demzufolge der Berliner-Tarif eingehalten werden muß. Zimmermann u. Maerten lehnten sich wenig an diesen Entscheid und fabrizierten bis zum 30. September ruhig weiter. An diesem Tage hatte sich nämlich die Schlichtungskommission mit dem Antrage zu beschäftigen, die Firma in eine Vertragsstrafe von 200 M. zu nehmen und für jeden Tag, den sie nicht nach dem Tarif arbeiten lasse, eine Strafe von

20 M. pro Tag auszusprechen. Einmütig erkannte die Schlichtungskommission die Rechtmäßigkeit dieses Anspruches an, worauf der Firmenvertreter erklärte, den Betrieb in Werder einzustellen. Wenn er in Werder nicht außerhalb des Tarifs stehen kann, dann lasse er lieber nur in Berlin arbeiten. Am 1. Oktober wurde der Betrieb in Werder geschlossen. Der Firma dürfte der Versuch, den Tarif durch Errichtung von Zweigniederlassungen außerhalb Berlins zu umgehen, gewaltige Kosten verursacht haben, die sie erspart hätte, wenn sie den Rat der Organisationsvertreter befolgte und ihre Finger von solchen Manipulationen ließ.

Im Offenbacher Gebiet versuchen eine Anzahl Lederwarenfabrikanten ebenfalls durch Zwischenmeister Filialbetriebe in Gebirgsdörfern im Odenwald zu betreiben, um den tariflichen Bestimmungen aus dem Wege zu gehen. Analog des Berliner Urteils ist dies nicht zulässig.

Deutsches Reich.

Gegenseitigkeitsvertrag zwischen dem Verbands der Tapezierer und dem der Sattler.

Nachdem in den Verbandszeitungen und Mitgliederversammlungen beider Verbände der Abschluß eines Gegenseitigkeitsvertrages eifrig diskutiert worden ist, haben die Federleitenden Vorstände in einer gemeinschaftlichen Sitzung beschlossen, zur Vermeidung von Grenzstreitigkeiten ein Gegenseitigkeitsverhältnis einzugehen und die beiden Verbände zugehörigen Branchen selbsten. Danach ist der Verband der Sattler und Portefeuilles zuständig für alle Berufsarbeiter in Sattlereien, Lederwaren, Reiseartikel, Treibriemen, Militär- effekten- und ähnlichen Betrieben, in Auto-, Wagen-, Waggons-, Flugzeug-, Fahrrad- oder Kinderwagenfabriken, auch dann, wenn es sich um Polsterwaren handelt. Außerdem in Zelt-, Decken- oder Parkfabriken. Für Groß-Berlin auch für Zinoleumleger, Teppichnäher und Teppichleger in Spezialbetrieben. Der Tapeziererverband ist allein zuständig für alle Polsterer mit Ausnahme der in obengenannten Betrieben Beschäftigten, für alle Verfertiger von Tapeziererarbeiten inklusive der Arbeiten in den Ledermöbel-, Flechtstuhl-, Matratzen- und Eisenmöbelfabriken und der im Schiffsbau oder Schiffrenovierung beschäftigten Polsterer und Dekoratore, für alle Zinoleumleger, Teppichnäher und Teppichleger Groß-Berlins.

Mitglieder, die zurzeit in Betrieben arbeiten, für die ihr bisheriger Verband nicht zuständig ist, sind gehalten, bis zum 15. Januar 1914 abzutreten. Der Uebertritt erwerbsloser, kranker oder in einer bereits eingeleiteten Lohnbewegung befindlicher Mitglieder ist nicht statthaft. Selbstverständlich verbleiben jedem über-tretenden Mitgliede die bereits erworbenen Rechte. Beide Verbände verpflichten sich bei der Agitation möglichst zu unterstützen, wobei prinzipiell die Unorganisierten auf die für sie zuständige Organisation hingewiesen werden. Der Vertrag trat mit dem 15. Oktober d. J. in Kraft.

In den Dieselfelder Buchbindereien

von Karl Wolpers und Richard Dohse steht das gesamte Personal in Kündigung. Nachdem die Arbeiter das Angebot der Buchbinderinnung zur Tarifrevision abgelehnt hatten, war die Innung für weitere Verhandlungen nicht zu haben. Beide oben genannte Firmen kündigten darauf ihrem Personal. Von der Kündigung sind circa 90 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen, von denen einzelne bereits 25—30 Jahre in den Betrieben tätig sind. Da auch in den übrigen Betrieben eine endgültige Regelung der Lohnverhältnisse bisher nicht zu erzielen war, ist es nicht ausgeschlossen, daß der ausbrechende Kampf noch weitere Firmen in Mitleidenschaft zieht. Diesfeld ist deshalb für Buchbinder und Buchbinderarbeiten gemehrt.

Zum Streik in der Lehrer Kartonnagenindustrie.

Mit allen Mitteln versuchen die Fabrikanten die Arbeiter und Arbeiterinnen von ihren Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen und von der Zugehörigkeit zum Buchbinderverbande ablenken zu machen. Es wurden den Arbeitern entsprechende Breviere zur Unterschrift mit der Drohung der dauernden Entlassung vorgelegt. Die Belastigungen der Arbeiter und besonders der zahlreichen Arbeiterinnen nahm einen derartigen Grad an, daß am Montag in drei Betrieben spontan die Arbeit niedergelegt wurde und am Dienstag morgen das Personal fast aller Betriebe diesem Beispiel folgte. Der Streik wird aller Wahrscheinlichkeit nach ein langwieriger und hartnäckiger werden, da die Fabrikanten auch jetzt noch, trotzdem der größte und beste Teil ihrer Werkstatthalter, etwa 300 an der Zahl, mit noch mehr Heimarbeitern die Arbeit eingestellt haben, auf ihrem Standpunkt beharren: jeden Tarif und jedes Verhandeln mit den Organisationsvertretern oder Vertretern der Arbeiterschaft überhaupt abzulehnen.

Kleines feuilleton.

Lebendiges!

Worte Georg Büchners.

Lebendiges! Was nützt der tote Stamm! Aus Büchners Schulbüchern.

Erbarmen für die Unschuld! Erbarmen für die Schwache. Erbarmen für die Unglücklichen, Erbarmen für die Menschheit! Die Unterdrücker der Menschheit bestrafen ist Gnade, ihnen verzeihen ist Barbarei.

Das Laster ist das Kainszeichen des Aristokratismus.

Weg mit einer Gesellschaft, die der toten Aristokratie die Kleider ausgezogen und ihren Ausfall geehrt hat!

Wie lange sollen wir Schiffbrüchigen auf einem Brad in un-löslichem Turst einander das Blut aus den Adern saugen?

Keinen Vertrag, keinen Waffenstillstand mit den Menschen, welche nur auf Ausplünderung des Volkes bedacht waren, welche die Ausplünderung ungestraft zu vollbringen hofften, für welche die Republik eine Spekulation und die Revolution ein Handwerk war.

Die Individualität der Mehrzahl muß sich in der Physiognomie des Staates offenbaren.

Die Staatsform muß ein durchsichtiges Gewand sein, das sich dicht an den Leib des Volkes schmiegt. Jedes Schwellen der Adern, jedes Spannen der Muskeln, jedes Zucken der Sehnen muß sich darin abbilden.

Die Waffe der Republik ist der Schrecken, die Kraft der Republik ist die Jugend. Der Schrecken ist ein Ausfluß der Jugend, er ist nichts anderes als die schnelle, strenge und unbedingame Gerechtigkeit.

Wer will der Hand fluchen, auf die das Ruch gefallen?

Puppen sind wir, von unbekannten Gewalten am Draht gezogen; die Schwärmer, mit denen Geister kämpfen: man sieht nur die Hände nicht, wie im Märchen.

Die Schritte der Menschheit sind langsam, man kann sie nur nach Jahrzehnten zählen, hinter jedem erheben sich die Gräber von Generationen. Das Belangen zu den einfachsten Erfindungen und Grundfragen hat Millionen das Leben gekostet, die auf dem Wege starben.

Man kann das Böse leugnen, aber nicht den Schmerz. Nur der Verstand kann Gott beweisen, das Gefühl empört sich dagegen.

Erst beweist ihr Gott aus der Moral und dann die Moral aus Gott. Ein schöner Zirkelschluß, der sich selbst den D. lekt.

Die Revolution ist wie die Töchter des Pelias; sie zerstückt die Menschheit, um sie zu verjüngen. Die Menschheit wird aus dem Blutgefäß, wie die Erde aus den Wellen der Sündflut, mit urkräftigen Gliedern sich erheben, als wäre sie zum ersten Mal geschaffen.

Sind wir Kinder, die in den glühenden Rolocharmen dieser Welt gebraten und mit Lichtstrahlen geißelt werden, damit die Götter sich über ihr Lachen freuen? Ist denn der Aether mit seinen Goldaugen eine Schüssel mit Goldkarpfen, die am Tische der seligen Götter steht, und die seligen Götter lachen ewig, und die Fische sterben ewig, und die Götter erfreuen sich ewig am Farben-spiel des Todeskampfes?

Um einen guten Ruf. Wie der Prozeß Sudermann-Jacobsohn ausgelaufen ist, haben wir im Gerichtsbericht gelesen. Daß er diese Benennung, wie sie bei Zivilprozessen üblich ist, verdient, daran darf kein Zweifel sein. Auch daran nicht, daß Sudermann den Prozeß nicht angestrengt hat (denn sein Antrag war erforderlich), etwa um ein Exempel zu statuieren, sondern weil er den verhassten Kritiker treffen wollte, der ihm wohl einer der gefährlichsten dänkte. Gegen die Verfasser von Klammernotizen und lobenden Vorbesprechungen ist der Dramenverfasser nicht so arg vorgegangen. Aber: das war sein gutes Recht, und auch sein Auftreten im Gerichtssaal bietet keinen Anlaß, seinen Bart zu zupfen.

Wohl aber den ungeprägterten des Herrn Theodor Lessing. Was war denn vor sich gegangen? Doch wohl dies: ein Lektor eines Hoftheaters bekommt in amtlicher Eigenschaft ein Dramen-manuskript mit dem (überflüssigen, weil selbstverständlichen) Vermerk: „Bühnenmanuskript“. Rein; nicht überflüssig. Denn der Lektor wußte nicht, was das heißt, wußte nicht, daß dieses Wort ein Sperr-riegel ist, sah es überhaupt nicht, weil er den ästhetischen Postkod anlegen wollte, weil ihm die Exposition wichtiger schien als sein Verhalten in Akkordungen. Und spricht schon öffentlich darüber.

Und das ist bei diesem Prozeß das Verwunderliche: wie Mauthausen kommen diese Leute — als ein Prototyp steht Lessing da — ans Licht des Gerichtssaales, reiben sich verunbert die Keulelein, vergehen augenblicklich alle Ethik und sonstiges Gehaben am Schreibtisch — und — wimmern das Hohe Gericht um Gnade an. Vergessen, was ein Schauspiel sie dem Richter darbieten, der schamlos auf der anderen Seite das Gefasel mitandern durfte. Der ganze Unwert dieser rein ästhetisierenden Gesellschaft konnte nicht besser zum Ausdruck kommen als hier. Sie wissen bestimmt nicht, daß es Geld gibt, es sei denn, sie brauchen es. Und dann hat es mit Grimm und Vischer und Muskin und allen Heiligen ihres Väterchens gefchnappt.

Anderer schon benahm sich Jacobsohn. Ihn traf allerdings der Wortwurf, als Herausgeber einer Zeitschrift das Urheberrecht nicht ordentlich gekannt zu haben, — aber das war der einzige. Sonst tat er etwas, das nur noch sein Anwalt und das Gericht selbst in dieser Sache tat: er blieb sachlich.

Werden es denn diese Lintemenschchen nie lernen? Werden sie nicht begreifen, daß auch sie nur eine Nummer in dem großen Getriebe sind? Daß nicht um ihre halben Moabit Recht spricht, daß nicht sie der Mittelpunkt des Lebens sind? Man hat sehen müssen, wie der rechtlich ungeschickte Verteidiger Sudermann in der Luft herumtafelte und von dem Richter sprach, „der uns soviel Schönes geschenkt hat“. Aber darauf kam es nicht an. (Der Richter Hermann wird nicht besser, weil Jacobsohn ein Versehen beging.) Aber zur Diskussion stand nichts Literarisches, sondern nur eine Wesesdeutlichkeit.

Damit geben sie sich nun ab. Das ist ihr Betätigungsfeld. Leute wie Lessing laufen zu Hunderten herum und heißen geistiges Proletariat, Wirrköpfe in Amt und Stellung und so. Und das ist ihr Typisches: sind sie im Hintertreffen, bespeien sie die an der Spitze. Sind sie vorn, schweigen die kampfgewohnten Mäuler. Und werden sie plötzlich, ohne selbst zu wollen, nach vorn gestoßen, fällt ein blauer Schreck sie an. Und sie werden weilsirend und brauchen Nachsicht. Es ist das Ergebnis der Affäre Sudermann-Jacobsohn, daß man nicht eigentlich von den Kammernägeln des Prozesses, sondern vor allem von diesen Leuten redet.

Theater.

Lessing-Theater: Zeitwende, Schauspiel von Herbert Eulerberg. Was der Titel „Zeitwende“ befragen sollte, blieb unklar wie das ganze Stück. Jedoch wer weiß? Am Ende gilt gerade diese Unklarheit — ein Pendant zum Willkürspiele subtilis-turistischer Verzerrungen — den Verehrern des Dichters, die am Schluß mit heftigem Applaus demonstrierten, als großartig symbolische Verkündung einer neuen geistigen Ära, einer Zeitwende, die eben hierin, in der möglichst tabularen Emanzipation von allem Gedankenmäßigen, aller planvoll organisierenden Ausgestaltung, das Wesen einer neuen Kunst erblickt! Dem theosophisch-mythischen Fabrikantensohn Sebald Cornelius — der Jettel nennt ihn ehren-voll „romantische Figur“ — legt Eulerberg am Schlusse das mahnende Sprüchlein in den Mund, nicht nach dem Sinn des Lebens zu fragen. Vielleicht ist es auch dem Künstler einen Frei-brief geben, ihn, wie Gott, den Herrn und Schöpfer, vor jeder un-bequemen kritischen Frage sicher zu stellen.

In seiner losen Fügung, der Handlungsarmut der drei ersten Akte, erinnert das Schauspiel an den Stil der russischen Gesellschafts-dramen, nur daß der bedeutende Reichtum dieser an intim unanirender Ausmalung der Charaktere fehlt. Der junge Schwärmer Sebald interessiert außerordentlich in der ersten Szene, wo er einer jubelnd zuziehenden Kinderdame von seinem

Die Kartonnagearbeiter bilden in Jahr die stärkste Arbeitergruppe. Mit großer Spannung beobachtet die Lahrer Arbeiterkassette daher diesen Streik. Es besteht die begründete Hoffnung, die Fabrikanten, die infolge der Wechsellagerung ihrer Arbeiter fast durchweg zu erheblichem Wohlstand gekommen sind, eines Besseren zu belehren, wenn die Arbeiter nicht wankelmütig werden und wenn Streikarbeit in anderen Blögen verweigert wird. Auf Zugang von gelübten Arbeitern und Arbeiterinnen ist nicht sehr zu rechnen, weil die Lahrer Löhne als sprichwörtlich niedrig bekannt sind. Allerdings verlassen die Fabrikanten die leeren Plätze mit Arbeitswilligen aus der Landbevölkerung zu besetzen, allein dadurch dürfte ihnen mehr Schaden als Nutzen entstehen.

Ueberproduktion — Arbeitslosigkeit.

Am 18. Oktober d. J. sollen sämtliche Polierwerke der Glasfabrikation Bayerns auf vier Wochen stillgelegt werden. So distriert die Herren Unternehmer in der Glasindustrie. Die überaus schlecht bezahlten Arbeitslöhne in der Glasindustrie (die ewigen Arbeiter) mögen sehen, wie sie über diese Zeit hinwegkommen. Laut Tarifvertrag müssen die Unternehmer den zur Unfähigkeit verdammt Arbeitern Feiertage bezahlen; dies kommt jedoch nur einem Teil der Feiertage zugute. Außerdem ist das Feiertagegeld sehr gering; es reicht nicht zum Leben und nicht zum Sterben. Die Ursache der Stilllegung der Werke ist der Umstand, daß durch den Vorkauf von Eiern sehr stark leidet und insbesondere, daß die letzten zwei Sommer infolge der reichlichen Regenfälle — keine Betriebsstörungen brachten! Die Polierwerke der Glasfabrikation haben zum Teil Wasserkräft. Der regelmäßige Betrieb, der infolge der beiden letzten regenreichen Sommer üblich war, brachte eine Ueberproduktion mit sich. Weil also zu viel Werte erzeugt sind, müssen die Arbeiter, es kommen deren etwa 2000 in Betracht, sitzen und somit darben.

Kommunale Wahlbewegung.

31. Kommunal-Wahlbezirk.

In Schmilch's Festsaal, Bornholmer Straße, sprach vor fast befüllter Versammlung Genosse Fritz Hubel. In großzügiger Rede vertrat er den Referent, den Erschienenen ein Bild sozialdemokratischer Kommunalpolitik zu geben. Besonders ausführlich behandelte er die Schulfrage, die Forderung unentgeltlicher Lehr- und Veranlagungsmittel und alles mit diesen Leidigen Angelegenheiten in Zusammenhang Befindliche. Bedauerlich ist es, daß die verschiedensten Lehrer, getreu der Kaiserorder, die die Sozialdemokratie schon in der Schule bekämpft wissen will, die Schule dadurch zu einem politischen Tummelplatz machen. Änderungen im reaktionären Kurs des Berliner Kommunalparlament sind nur durch hartnäckiges Drängen der Sozialdemokratie geschaffen worden. Durch die Vorkommnisse im roten Hause sind alle großzügigen Verlehnungsgesetze. Nichts ist geschehen, die Straßenbahnen und die Elektrizität zu verstaatlichen, im Gegenteil, alles, was zur Uebernahme in städtische Regie führen konnte, ist hintertreiben worden. Am beweisen aber die im städtischen Betrieb befindlichen Bahnen, daß nicht nur die Zinsen bedekt, sondern auch ein erheblicher Ueberfluß gemacht werden kann. Zu Hilfe fernige Worte fanden den ungeteilten Beifall der Versammelten.

32. Kommunal-Wahlbezirk.

Durch sein instruktives Referat über das Wesen der sozialdemokratischen Gemeindegemeinschaft fesselte in den Rika-Sälen Karl Leib die Zuhörer. Mit kritischem Blick beleuchtete er die einzelnen Gebiete der städtischen Verwaltung. So ist es als unerhörte zu bezeichnen, daß der Stadtrat Kalisch in dieser Krisenzeit die Armenverwalter usw. zusammenrief, um ihnen den Rat zu geben, recht knapp mit den Unterhaltungen umzugehen. Durch die Initiative der Fraktion ist es gelungen, die wahrhaft skandalösen Zustände im Armenverwalterwesen zu beenden. In der Waisenschule sind durch unser stieliges Drängen manche Fortschritte zu buchen. In punkto Fürsorgeerziehung muß der Geist der Humanität eingehen. In der Frage des Wohnungswesens ist das fortgesetzte Drängen unserer Genossen endlich von Erfolg gewesen. Die Verschönerung der Schönhauser Allee machte einen Erfolg für die den Anwohnern genommene Bromnade notwendig. Nach schwerem Kampfe gelang es, den Exerzierplatz für Erholungszwecke zu sichern. Nach hartem Kampfe; denn schon lagen drei Bebauungspläne für diesen Platz vor. Daß die Fleischversorgung in der gemeinsamen Deputation jetzt erneut ihre Annahme gefunden hat, ist leicht zu erklären; denn die Stadtverordnetenwahlen sind in Sicht. Dafür verlagte Berlin bis jetzt in der Arbeitslosenfürsorge. Nur zaudernd wurde etwas zur Wilderung unternommen. Am 9. Ok-

ttober heißt es, der freimütigen Postill der verpaßten Gelegenheiten die gebührende Quittung zu geben.

Dem mit reichem Beifall entgegengenommenen Referat folgte eine kurze Debatte, in der gewünscht wurde, daß der „Vorwärts“ die Tagesordnungen der Stadtverordnetenversammlung bringen möge. Ferner solle man einen städtischen Arbeiter mit ins Rote Haus entsenden, da ein solcher wohl am besten die einschlägigen Verhältnisse kenne.

Vom Referenten wurde erwidert, daß die Interessen der städtischen Arbeiter von unseren Genossen stets wirksam wahrgenommen worden sind.

Für den

38. Kommunal-Wahlbezirk.

Der nach der Neuerteilung der Wahlbezirke einen unlängst verstorbenen bürgerlichen Vertreter hatte, war die Wählerversammlung nach dem Café Gärtner am Holsteiner Ufer einberufen worden.

Hier referierte Stadtverordneter Dupont. Er stellte fest, daß in den 80 Jahren, während welcher sich die Sozialdemokraten an den Stadtverordnetenwahlen beteiligten, sich manches im kommunalen Leben geändert habe. Ganz unerkennbar sei der Einfluß der sozialdemokratischen Vertretung, der ständig gewachsen sei mit der Verstärkung der Fraktion. Die Mehrheit könnten wir nach Lage des Wahlergebnis und der Bevölkerungsverteilung in Berlin nicht erlangen. Aber die uns noch fehlenden Mandate der dritten Abteilung müßten wir noch erringen, dazu gehören auch der 38. Wahlbezirk, der bei eifriger Agitation zu gewinnen sei. Die Tätigkeit der Sozialdemokraten in der Berliner Stadtverordnetenversammlung und in Deputationen und Kommissionen, über die Redner dann im einzelnen sprach, gab ihm Gelegenheit, das sozialdemokratische Kommunalprogramm zu entrollen. Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall.

Der Vorsitzende Genosse Baerisch teilte dann mit, daß die organisierten Genossen den Genossen Hugo Boehsch als Stadtverordnetenkonkandidat für den Bezirk nominieren hätten.

Der Kandidat Hugo Boehsch nahm darauf das Wort zu einer Ansprache. Er legte dar, daß die Kommunalwahlen eine weit größere Bedeutung hätten, als ihnen von den Massen beigegeben würde. Das werde schon gekennzeichnet durch den Etat von mehr als dreihundert Millionen Mark, der größer sei als der Etat für das ganze Königreich Sachsen. Der Einfluß, den die Sozialdemokraten im Sinne ihres Kommunalprogramms geltend machen könnten, durchfließen in Duzenden von Kanälen und Kanälen die ganze Verwaltung, ohne daß dies immer in der Öffentlichkeit Ausdruck finde. Unter der Zustimmung der Versammlung ersuchte Redner die Anwesenden, bis zum Wahltage eifrig zu agitieren.

Der Vorsitzende Baerisch gab ebenfalls diesem Wunsch Ausdruck, indem er die Erwartung ausdrückte, daß dann auch dieser Bezirk den freimütigen entrisse und durch die Wahl des Genossen Boehsch das rote Banner auch über dem 38. Bezirk entrollt werde.

Die Kölner Arbeitslosenversicherungskasse.

Die Kölner Kasse ist die erste Kasse, die auf die Beitragsleistung der Versicherten aufgebaut wurde. Die Versicherten werden in zwei Arten: Rückversicherter und die unmittelbar Versicherten, eingeteilt. Rückversicherter sind diejenigen, die durch die Gewerkschaften versichert werden, und unmittelbar Versicherte nennt man die Einzelversicherten. Um eine gerechte Beitragsleistung zu ermöglichen, sind alle Versicherten nach Risiken in drei Gefahrenklassen eingeteilt.

Das zweite Geschäftsjahr war im wirklichen Sinne ein Probejahr, denn es war das erste Jahr der Unterstützungsauszahlung; da die Mitglieder 52 Wochen der Kasse angehört hatten, um Unterstützung beziehen zu können. Alle durch die Gewerkschaften versicherten Mitglieder erhielten vom siebenten Tage der Arbeitslosigkeit an 80 Tage lang pro Tag 75 Pf.

Es gehörten der Kasse im zweiten Geschäftsjahr 15 freie Gewerkschaften mit 8622 Mitgliedern, 8 christliche Gewerkschaften mit 2065 Mitgliedern und 2 Hirsch-Dundersche Gewerkschaften mit 418 Mitgliedern an. Ferner noch 189 unmittelbar Versicherte. Mitglied kann jeder Arbeiter werden, der ein Jahr in Köln wohnt oder arbeitet. Die Gewerkschaften haben das Recht, für Mitglieder, die diese Vorbedingung erfüllt haben, die Beiträge in einer Summe zu zahlen und werden dadurch die Mitglieder sofort bezugsberechtigt. In Weitzagen zahlten die freien Gewerkschaften vom 1. August 1912 bis zum 1. Juli 1913, also in 11 Monaten, 15 228,10 M.; dafür erhielten sie an Unterstützungen 21 917,60 M. Die christlichen Gewerkschaften usw. und die Berliner Wähler, die jeden unqualifizierbaren Possenschwärz herausbringen, kennen Wähler mit. Die Verwalter der deutschen Kulturträger seien und diese Woche ein reichhaltiges Potpourri von Goethe bis zu Sternheim vor — aber an „Dantons Tod“ und „Bozzar“ traute sich keine. Dabei haben wir neue Direktoren, neue Theater und einträgliches Pöbel, die Experimente ermöglichen. Herr Reinhardt ist offenbar so mit Pöbelaffären beschäftigt, daß er die Verlobungen, die Wähler jedem Negisseur bietet, gar nicht gewahr werden kann.

— Zusammenkunft der Arbeiterbibliothekare. Die erste Zusammenkunft im beginnenden Winterhalbjahre findet am kommenden Montag, abends 8 Uhr, im Saal 5 des Gewerkschaftshauses, Engländer 15, statt. Max Jakobson wird über den Stand der Arbeiterbibliotheken in Berlin nach dem Jahresbericht 1912 sprechen.

— Theaterchronik. Im Deutschen Theater erlebt demnächst Karl Sternheims neues Stück „Der Snob“ die Uraufführung. Es gehört zu dem Julius seiner Komödien aus dem bürgerlichen Helldenken. Die bisherigen Werke „Die Dose“, „Die Kasserole“ und „Würger Schappel“ befaßten sich mit dem Kleinbürger und Proletariat. Snob bringt die Auseinandersetzung des hochgelobten Bürgers mit dem Adel. Die Hauptrolle, den Snob, spielt in der Uraufführung im Deutschen Theater, die für die zweite Hälfte des Jahres geplant ist, Albert Hoffmann. — Wilhelm Schmidhons Legendenstück „Der verlorene Sohn“ gelangt am Donnerstag, den 28. Oktober, in den Kammerstübchen des Deutschen Theaters zur ersten Aufführung. — Im Komödienhaus wird gegenwärtig Henry Nathansohns Schauspiel „Hinter Mauern“ vorbereitet. Die Aufführung soll noch Ende des Monats stattfinden.

— Musikchronik. Der Komponist Dr. Edgar Jffel wurde als Nachfolger des verstorbenen Professors William Wolf zum Dozenten der Musikfächer an der Berliner Humboldt-Universität ernannt.

— Vorträge. In der Freien Hochschule (Niederwallstraße 12, Aula) beginnt Freitag, den 17. Oktober, abends 8 Uhr pünktlich der Vortragszyklus von Dr. Bruno Wille über „Goethes Faust“.

— Ferdinand Hodler. Ueber diesen nun sechzigjährigen Führer der modernen Malerei wird in nächster Zeit im Verlag R. Piper u. Co. in München eine Reihe groß angelegter Publikationen erscheinen; eine Mappe mit vier Holzschnitten und ein Textwerk von Ewald Bender, das Hodlers Entwicklung schildert.

— Kinder mit drei Hörnern. In Senegambien gibt es Hausvater mit drei Hörnern, das „Bos tricornis“, die man als eine besondere Rasse eingestuft hat. Das sind sie aber nicht. Wie jetzt nachgewiesen wurde, ist das dritte auf der Nase befindliche Horn ganz einfach eine Anomalie. Die Eingeborenen impfen nämlich ihre Kinder zum Schutz gegen die Lungenentzündung, indem sie in die Nasenhöhle einer von der Krankheit befallenen Lunge einführen; es entsteht daraufhin eine Deformierung des Knorpels, die häufig eine sehr beträchtliche Erhöhung zur Folge hat. Die Schwellung überzieht sich mit einer Hornhaut, und so entsteht das merkwürdige Kind mit den drei Hörnern.

werkschaften zahlten 8 458,80 M. und erhielten 1 689,75 M. Die Gewerkschaften (Hirsch-Dundersche) zahlten 488,34 M. und erhielten 190,50 M. Die unmittelbar Versicherten zahlten 5 123,78 M. und erhielten 6001,60 M.

Die Stadt Köln leistet auf den Kopf der Versicherten einen Zuschuß von 5,20 M. im Jahr, im zweiten Geschäftsjahr betrug der Gesamtzuschuß 60 377,20 M. Die Arbeitslosigkeit war, trotzdem man im Kölner Industriegebiet durchaus noch keine allgemeine Krise hatte, in den 11 Monaten des Geschäftsjahres schon ziemlich hoch. Bei den freien Gewerkschaften kamen auf 100 Mitglieder im Durchschnitt 5,29 Arbeitslose, bei den christlichen Gewerkschaften ebenfalls 5,29, bei den Gewerkschaften (Hirsch-Dundersche) 1,78 und bei den unmittelbar Versicherten 0,08. An Tage der Arbeitslosigkeit kamen bei den freien Gewerkschaften auf jedes Mitglied 0,52, bei den christlichen Gewerkschaften 0,28, bei den Gewerkschaften 0,17 und bei den unmittelbar Versicherten 2,19.

Das Vermögen der Kasse beläuft sich nach zweijährigem Bestehen auf über 250 000 M. Der günstige Stand der Kasse veranlaßte den Gesamtvorstand, vom Beginn des dritten Geschäftsjahres an folgende Statutenänderungen in Kraft treten zu lassen. Um Unterstützungsberechtigt zu werden, wurde die Karenzzeit von 52 auf 30 Wochen herabgesetzt. Der Unterstützungssatz wurde für die rückversicherten Vereine von 75 Pf. auf 1,20 M. pro Tag erhöht. Die Zahl der Gefahrenklassen wurde um eine erhöht, so daß deren jetzt vier bestehen.

Nach den bisherigen Erfahrungen kann wohl gesagt werden, daß die Kölner Kasse bestrebt ist, im Interesse der Arbeitslosen auch in der Zukunft Mängel, die sich herausstellen, zu beseitigen.

Der Vorsitzende der Kasse, Dr. Rademaker, wandte sich in der Hauptversammlung am Montag, den 18. Oktober, in scharfer Weise gegen die Behauptungen der Unternehmer und anderer Interessenten, nach der eine kommunale oder staatliche Arbeitslosenversicherung den Kampf der Gewerkschaften gegen das Unternehmertum fördern, sie weiter auch die Landflucht begünstige. Weder das Genter System, noch die Versicherungskasse entlaste die Gewerkschaften. Die Einrichtung in Köln habe die Leistungen der Gewerkschaften noch um 19 000 M. erhöht. Reineswegs würden die Gewerkschaften durch eine kommunal oder staatlich unterstützte Arbeitslosenversicherung in ihrer Kampffähigkeit gestärkt. Andernfalls müsse man sich zu der unhaltbaren Ansicht bekennen, daß jede Arbeiterfürsorge, jede Lohnherhöhung die Gewerkschaften fördern und daher zu bekämpfen sei. Da ein überflüssiger Arbeitsmarkt eine größere Zahl arbeitsfähiger Menschen nicht festhalten könne, falle auch der Einwand von der Förderung der Landflucht durch die Arbeitslosenversicherung. — Ob's was nützt?

In Nürnberg nimmt das Elend der Arbeitslosigkeit täglich zu. Trotz der mit Händen zu greifenden Not können sich die magelnden Körperschaften nicht zu ernsthaften Maßnahmen aufschwingen, weil der Rathausfreisinn sich mit der bequemen Ausrede zu solbieren sucht, daß zuerst der Staat voranzugehen habe. Das Statut einer Arbeitslosenversicherung liegt schon seit einigen Jahren fertig vor, 30 000 M. sind für Arbeitslosenunterstützung in den Etat eingelegt, aber sie werden für ihren Zweck nicht eher verwendet, als bis der Staat erklärt, daß er ebenfalls etwas tun will. Das eingele, was der Nürnberger Rathausfreisinn in Aussicht genommen hat, ist außer den üblichen Notstandsarbeiten eine Naturalunterstützung an Arbeitslose im kommenden Winter. Um dazu Unterlagen zu gewinnen, wird demnächst eine Arbeitslosenzählung (durch Meldung an bestimmten Amtsstellen) veranstaltet. Am Montag fanden nun in verschiedenen Stadtteilen sieben große V.-sammlungen statt, die sich mit der Frage befaßten und die zum Teil überfüllt waren. In einer einstimmigen angenommenen gleichlautenden Resolution wurde dem Verenden über die Untätigkeit der Staatsregierung, insbesondere aber auch der Gemeinde Ausdruck gegeben. Verlangt wird rasche Vergebung aller Arbeiten und ihre sofortige Inangriffnahme, Ausführung aller in Aussicht genommenen Projekte der staatlichen und gemeindlichen Körperschaften bei Verzögerung der tarifmäßigen Löhne, ferner die Ergänzung der Arbeiterversicherung durch eine Arbeitslosenversicherung durch das Reich, die Erfüllung der Verpflichtungen des Prinzregenten Ludwig in seinem Handschreiben vom 27. Juli und bis zum Inkrafttreten der Reichsarbeitslosenversicherung Bereitstellung gemeindlicher Mittel für Arbeitslosenunterstützung und Arbeitslosenversicherung durch die Gemeinde Nürnberg.

Die Stadtverordnetenversammlung in Juidau i. S. bestimmte eine Kommission zur Vorberatung folgenden Antrages des dortigen Gewerkschaftskartells: 1. Sofortige Bereitstellung von Notstandsarbeiten; 2. Sogleichige Inangriffnahme der bereits vorbereiteten öffentlichen Aufträge; 3. Systematische Einwirkung auf den Arbeitsmarkt durch Vorbereitung nichtdringlicher Arbeiten, die in den Zeiten wirtschaftlicher Depression in Auftrag gegeben werden. 2. Errichtung eines öffentlichen, paritätischen, neutralen und unentgeltlichen Arbeitsnachweises. 3. Einführung der Arbeitslosenversicherung nach dem Genter System; 4. Bereitstellung einer Summe von 2000 M. als Arbeitslosenbeihilfe der Berufsvereine in diesem Jahre und 8000 M. zu demselben Zwecke im Jahre 1914.

Aus der Partei.

Zum Fall Nabel.

Am Dienstag wurde in der zweimal vertagten Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Bremen die Debatte über den „Fall Nabel“ zu Ende geführt. Vor Eintritt in die Verhandlungen wurde von der Bremer Parteileitung ein Antrag eingebracht, in dem diese der Versammlung empfiehlt, lediglich aus Gründen der Disziplin dem Beschlusse des Parteitages Folge zu geben und den Genossen Nabel aus der Mitgliedsliste zu streichen. Von Nabel lag eine schriftliche Erklärung vor, in der er zum Ausdruck bringt, daß er sich nach dieser Stellungnahme des Bremer Parteivorstandes zum Jenoer Parteitagsbeschlusse genötigt sehe, seinen Austritt aus der Bremer Parteiorganisation zu erklären. Vom Genossen Henke ging sodann folgender Antrag ein:

„Die Versammlung nimmt den Austritt des Genossen Nabel aus der bremischen Parteiorganisation zur Kenntnis und erachtet damit die Resolutionen, die sich mit seiner Mitgliedschaft befassen, für erledigt.“

Die Versammlung erhebt jedoch ihren schärfsten Protest gegen die Art und Weise, in der vom Jenoer Parteitags diese Angelegenheit behandelt worden ist; gegen die Annahme des Antrages 45, sowie vor allem dagegen, daß diesem Antrage „rückwirkende Kraft“ auf die Aufnahme Nabels in Bremen gegeben worden ist.

Indem die Versammlung schon jetzt die Aufhebung der vorerwähnten Jenoer Beschlüsse fordert, beschließt sie, dem nächsten Parteitags einen entsprechenden Antrag unterbreiten zu wollen.

Dieser Antrag wurde nach längerer Debatte angenommen. Ferner stimmte die Versammlung mit 182 gegen 181 Stimmen folgendem Antrage Pannkoek zu:

„Die Versammlung spricht ihre Anerkennung über die Tätigkeit Nabels für die „Bremer Bürger-Zeitung“ aus und erklärt, daß ungeachtet der Entscheidung über die Mitgliedschaft der weiteren

Notizen.

— Wähler und die Berliner Wähler. Die Reaktionen schwelgen in Wählerbegeisterung; er war das stärkste Talent, die größte Hoffnung der deutschen Wähler, der schlagkräftigste

Mitarbeiter Adels an der „Bremer Bürger-Zeitung“ nicht im Wege steht.

Personalien. Als Nachfolger des Genossen Bartels wurde der Genosse Heinrich Kürbis-Altona als Bezirkssekretär für Schleswig-Holstein gewählt. Kürbis, der lange Jahre im s. schleswig-holsteinischen Wahlkreis hervorragend agitatorisch tätig war und mehrere Jahre als Vorsitzender des Ortsvereins Ottenstein fungierte, war in den letzten drei Jahren als Vorsitzender der Hamburger Verwaltungsstelle des Metallarbeiterverbandes angestellt.

Dolizeiliches, Gerichtliches usw.

Braunschweiger Justiz.

Zu drei Monaten Gefängnis wurde am Mittwoch Genosse Richard Wagner und zu zwei Monaten Genosse Otto May, beide Redakteure am „Volksfreund“ in Braunschweig, von der ersten Strafkammer des Landgerichts in Braunschweig verurteilt. Genosse Wagner soll einen Oberlandesgerichtsrat Seidler in einem Artikel vom 17. Februar beleidigt haben, in welchem die sozialistenfeindlichen Reueherungen Seidlers im Landtage bei der Beratung des neuen Schulgesetzes niedriger gehängt wurden. Seidler hatte im Landtage den Antrag gestellt, den Schulkindern die Teilnahme an Vereinen und Vereinsfestlichkeiten zu verbieten, die „oben“ nicht genehm sind. Als dieser Antrag zum Gesetz erhoben wurde, erschien im „Volksfreund“ eine Kritik, für die jetzt Wagner als Strafe drei Monate Gefängnis erhielt. — Im März d. J. nahm Seidler erneut Veranlassung, im Landtage gegen den „Volksfreund“ zu Felde zu ziehen. Der „Volksfreund“ antwortete mit einem Artikel darauf. Genosse May als Verantwortlicher erhielt nun — wegen Beleidigung Seidlers ebenfalls zwei Monate Gefängnis.

Der Staatsanwalt gegen den Geburtenrückgang.

Die Inseratenredakteure auf Korn zu nehmen, sind nach einer an sie ergangenen Anweisung die Staatsanwälte verpflichtet, um dem Geburtenrückgang zu begegnen. Genosse Illing, der Inseratenredakteur der Chemnitzer „Volksstimme“ hatte sich wegen Vergehens nach § 184 des Reichsstrafgesetzbuches zu verantworten, weil im Inseratenteil der „Volksstimme“ eine Broschüre angeklagt war, betitelt: Wie schlage ich mich vor starkem Familienzuwachs? Auch der Verfasser der Broschüre, Feisner-Jena, stand unter Anklage. In dieser Broschüre wurde die Anwendung von Spüllösungen empfohlen. Genosse Illing wurde zu dreißig Mark Geldstrafe, Seidner zu hundert Mark Geldstrafe verurteilt.

Gerichts-Zeitung.

Generalstreikaufruf gegen die Geseze?

Der Redakteur des „Pionier“, Johannes Leskien, hatte sich gestern vor der vierten Strafkammer des Landgerichts Berlin I wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Geseze (§ 110 des Strafgesetzbuches) zu verantworten. In Nr. 28 des „Pionier“ vom 9. Juli 1913 erschien mit der Überschrift: „Theaterdonner“ ein Artikel. In diesem wurde der politische Massenstreik als unwirksam bezeichnet und vorgeschlagen: die Arbeiter für den wirtschaft-

lichen Generalstreik zu erzielen. Hier kann nur eine von langer Hand und mit Eifer betriebene Aufklärungs- und Werbearbeit den Boden für unsere Ideen vorbereiten.“ Der Artikel schloß: „Es lebe das revolutionäre Bewußtsein der Besitzlosen, hoch die direkte Aktion“. Leskien erklärte: In dem Artikel ist keinerlei Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Geseze enthalten, zumal nur eine Aufklärungs- und Werbearbeit empfohlen werde. Ein Generalstreik lasse sich auch nicht durch den Artikel einer Zeitung provozieren, die 9000 Auflage habe. Unter „direkter Aktion“ werde keineswegs die Anwendung von Gewalt, sondern nur die Verwerfung des Parlamentarismus und der Eintritt in einen Streik verstanden. Die Anwendung von Gewalt wäre unter den heutigen Verhältnissen ein Wahnsinn, da diese nur mit einer Niederlage des Proletariats enden könnte. — Vorf. Landgerichtsdirektor Hofmeister: Aber unter anderen Verhältnissen würde die Anwendung von Gewalt empfohlen werden? Leskien: Wir sind bemüht, die soziale Frage in friedlicher Weise zu lösen. Was in ferner Zukunft einmal geschehen könnte, kann man nicht wissen. — Staatsanwaltschaftsrat Dr. Feingmann hielt die Anklage in vollem Umfange aufrecht. Ein wirtschaftlicher Generalstreik, der eine Arbeitsniederlegung der Gas-, Elektrizitätsarbeiter, Bäcker, Fleischer, Metzger u. a. zur Folge haben könnte, würde zweifellos eine Hungerrévolution hervorrufen und zu ungeheuerlichen Ausschreitungen, womöglich zu noch schlimmerem führen. Zum mindesten werden aber die Arbeiter, denen der wirtschaftliche Generalstreik empfohlen werde, zum Kontraktbruch aufgefordert. Er beantrage, mit Rücksicht auf die schweren Folgen, die eine solche Aufforderung haben könne, einen Monat Gefängnis. — Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Hugo Feinmann wies in längerer Rede nach, daß der Artikel nur zur Aufklärungs- und Werbearbeit auffordere, um die Arbeiter für einen Generalstreik zu gewinnen. Das sei aber keine bestimmte Aufforderung zu einer Gesezeverletzung. Ein Streik sei an sich eine vollständig gesetzliche Handlung und könne sehr gut ohne Kontraktbruch durchgeführt werden. Er beantrage die Freisprechung, andernfalls beantrage er die Vernehmung des belgischen Abgeordneten Vandervebe, der bekunden werde, daß der belgische Massenstreik ohne Kontraktbruch vor sich gegangen sei. —

Nach kurzer Beratung des Gerichts verkündete der Vorsitzende: In dem Artikel heißt es allerdings: „Hoch die direkte Aktion“. Der Gerichtshof hat aber eine direkte Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Geseze nicht finden können. Es ist daher für Recht erkannt: Der Angeklagte wird freigesprochen und die Kosten des Verfahrens der Staatskasse auferlegt.

Diebstähle auf dem städtischen Schlacht- und Viehhof lagen einer Anklage zugrunde, welche gestern die 10. Strafkammer des Landgerichts I beschäftigte. Wegen fortgesetzten Diebstahls war der Darmhändler Max Schüller angeklagt, während sich der Darmhändler Franz Hellbach wegen gewerbsmäßiger Hehlererei zu verantworten hatte. — Wie die Verhandlung ergab, hatte der Angeklagte Schüller, der auf dem städtischen Schlacht- und Viehhof als Darmhändler tätig gewesen war, der Firma Förster längere Zeit hindurch Darme im Werte von mehreren tausend Mark aus den

Lagerbeständen entwendet. Die Kriminalpolizei ermittelte als den Abnehmer der Diebesbeute den jetzigen Mitangeklagten Hellbach, welcher Inhaber einer großen Darmhandlung ist. Die Beweisnahme ergab, daß sich beide Angeklagte im Sinne der Anklage schuldig gemacht hatten. Das Urteil lautete gegen Schüller auf 6 Monate Gefängnis und gegen Hellbach wegen gewerbsmäßiger Hehlererei auf 1 Jahr Zuchthaus. Hellbach wurde außerdem wegen Fluchtverdachts sofort verhaftet.

Ein meineidiger Hüter für Ordnung und Sitte.

Das Schwurgericht München verurteilte den 26 Jahre alten ehemaligen Schuhmann Daniel Wüntler von Holzbad, Bezirksamt Kirchheimbolanden, wegen Verbrechen des Meineids zu einem Jahr Gefängnis. Der Ruferschwurmann hatte ein Jahr lang mit der Frau eines Higarrenhändlers ein ehebrecherisches Verhältnis. Trotzdem er Zeugen gegenüber sich keines straffälligen Verhältnisses rühmte und obwohl er durch zahlreiche Liebesbriefe des Ehebruchs überführt war und in einer verhängnisvollen Situation von einer Zeugin mit der Frau betroffen wurde, schwor er im Ehescheidungsprozeß, daß er mit der Frau nie etwas zu tun hatte. In der Verhandlung bejahtigte der Angeklagte die ihn belastenden Zeugen selbst des Ehebruchs.

Witterungsbericht vom 16. Oktober 1913.

Stationen	Barometer hohb. mm	Wind- richtung	Windstärke	Temper. m. u. n.	Stationen	Barometer hohb. mm	Wind- richtung	Windstärke	Temper. m. u. n.
Eintramb.	767,75	Wolffig	8	8	Dabrandb.	766,25	Wolffig	8	8
Hamburg	769,00	Wolffig	10	10	Petersburg	748,25	Wolffig	8	8
Berlin	768,25	Wolffig	9	9	Wien	769,00	Wolffig	12	12
Frankf. a. M.	771,25	Wolffig	8	8	Wien	771,25	Wolffig	12	12
München	771,25	Wolffig	8	8	Wien	771,25	Wolffig	12	12
Wien	769,00	Wolffig	8	8	Wien	771,25	Wolffig	12	12

Wetterprognose für Freitag, den 17. Oktober 1913.

Wald und gelinde heiter, aber veränderlich mit etwas Regen und lebhaften südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. Berl. Reichstagswahlkreis.
Köpenicker Viertel, Bezirk 195, I.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unsere Genosse, der Dressler
Heinrich Zimmermann
Götlicherstraße 66, gestorben ist.
Gehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 19. Oktober,
nachm. 3/4 Uhr, von der Halle
des Central-Friedhofs in Fried-
richstraße statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Greift zu!
Jed. Herrn, der sich eleg. u. bill.
kleiden will, empfehle elegante
Kavalierrgarderobe in feinsten Werk-
stätten. Berlins georb. von Herr-
schaften, Doktoren, Kavaliern nur
kurze Zeit gebr. (für jed. Fig. pass.)
Kavalierr-Jackett-Anzüge 10, 14, 18 M.
Kavalierr-Rock-Anzüge 10, 12, 16, 20 M.
Kavalierr-Paletots 8, 10, 14, 18 M.
Kavalierr-Herren-Hosen 2,50, 3,00 M.
Ulster, sehr billig.
Große Abteilung neuer Garderobe
Moldauer, Gr. Frankfurter Str. 95
(Nähe Strausberger Pl.)
Bitte genau auf No. 95 zu achten

Massen heraus!

Sonntag, den 19. Oktober 1913, mittags 12 Uhr:

33 öffentliche Volksversammlungen

in folgenden Lokalen:

Berlin:

- Bock-Bräuerei,** Tempelhofer Berg.
- Armin-Hallen,** Kommandantenstr. 58/59.
- Konzert- und Festsäle,** Koppenstraße 29.
- Sausfouci,** Kottbuser Straße 6.
- Bräuerei Friedrichshain,** Am Friedrichshain 16-23.
- Bräuerei Königstadt,** Schönhauser Allee 10.
- Kastanien-Wäldchen,** Badstraße 15/16.
- Germania-Säle,** Chausseestraße 110.
- Moabiter Gesellschaftshaus,** Wickestr. 24.

Referenten: Otto Vöhrner — Dr. R. Breitscheid — Dr. Oskar Cohn — Ernst Däumig — Emil Eichhorn — Georg Ledebour — Hermann Müller — Robert Schmidt — Dr. G. Weyl.

Teltow-Beeskow:

- Ablershof:** Wülflin, Bismarckstraße 24.
- Alt-Glienick:** Rodenbusch, Rudower Str. 17.
- Charlottenburg:** Volkshaus, Rosinenstr. 3.
- Cöpenick:** Stadt-Theater.
- Dabendorf:** Zum Deutschen Kaiser (mit Georg Widmann) 7 Uhr.
- Groß-Bichterfelde:** E. Richter, Chausseestr. 104.
- Johannisthal:** Lindenhof, Friedrichstraße 61.
- Mariendorf:** Herolds Festsäle, Chausseestr. 283.
- Neukölln:** Neue Welt, Hasenhaide 108-114.
- Nowawes:** Singers Volksgarten, Priesterstr. 31.
- Schöneberg:** Rathansäle, Meiniger Straße 8.
- Steglitz:** Albrechtshof, Albrechtstraße 1.
- Tempelhof:** Zur Stadt Dresden, Berliner Str. 78.
- Wilmerdorf:** Viktoria-Garten, Wilhelms-
aue 114/115.

Referenten: Klara Schuch-Bohm — Emil Dittmer — Dr. J. Herzfeld — Kurt Heinig — Joachim Mühs — Selmundt Lehmann — Martin Meyer — Hermann Müller — Wilhelm Paegel — Dr. N. Silberstein — Karl Wermuth — Richard Woldt — Feig Jubel.

Niederbarnim:

- Vorsigwalde:** Vorsigwalder Fest-Säle.
- Friedrichshagen:** Lerche, Friedrichstr. 113. 2 Uhr.
- Bichtenberg:** Schwarzer Adler, Frankfurter Chaussee 5.
- Bichtenberg:** Café Bellevue, Hauptstraße.
- Ober-Schöneweide:** Moeruers Glumengarten.
- Oranienburg:** Sonnabend, den 18. Oktober, abds. 8/9 Uhr.
Waldhaus Sandhausen, Schützenstr. 34.
- Pankow:** Korzh, Kreuzstraße 3/4.
- Reinickendorf-Ost:** Hubertus-Säle, Probings-
straße 76/77.
- Rosenthal:** G. Milbrodt, Walderseestraße 5.
- Tegel:** Crapps Fest-Säle, Bahnhofstraße 1.
- Weißensee:** Schloß Weißenseer.

Referenten: Dr. Alfred Bernstein — Paul Brühl — Georg Davidsohn — Paul Dupont — Johannes Gah — Wilhelm Kubig — Hugo Pochsch — Artur Stadthagen — Max Schütte — Georg Udo — Rudolf Wiffell.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

„Völker Schlacht und Völkertrug.“

Für die Einrufer: Eugen Ernst, Lindenstraße 2.

Unserem Genossen
Gustav Pohl nobat **Braut**
die herzlichsten Glückwünsche zur
Vermählung.
Die Genossin des Bez. 520, VI. Kreis.

26975

Deutscher Bauarbeiterverband.
Zweigverein Berlin.
Am 18. Oktober starb unser Mit-
glied, der Bauarbeiter
Gustav Lange.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Freitag, den 17. Oktober, nach-
mittags 3 Uhr, vom Kranken-
haus Friedrichshain aus nach
dem Kirchhof der Pius-Gemeinde
in Hohen-Schönhausen statt.
Um rege Beteiligung ersucht
146/2 **Der Vorstand.**

Todes-Anzeigen

Verhandl. Gemeinde- u. Staatsarb.
Filiale Groß-Berlin.
Unseren Mitgliedern zur Nach-
richt, daß der Kollege
Hermann Klippert
(Mitglied der Ortsverwaltung),
welcher in der Berliner Arbeiter-
verwaltung beschäftigt war, im Alter
von 54 Jahren verstorben ist.
Wir werden ihm ein ehrendes
Andenken bewahren.
Die Bestattung findet am
Sonntag, den 18. Oktober, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen St. Pauls-Kirch-
hofes in der Seestraße aus statt.
85/15 **Die Ortsverwaltung.**

Kons.-Genossensch. Berlin u. Umg.
2. Abteilung.
Am 11. Oktober verschied nach
schmerzlichen Leiden der Genosse
Artur Thieme.
Derfelde war als langjähriger
Obmann der 10. Verkaufsstelle
stets bemüht, seine ganze Kraft
und seine freie Zeit in den Dienst
der idealen Sache zu stellen. Leider
wurde seinem Wirken ein zu frühes
Ziel gesetzt. 107/10
Wir betrauern in dem Ver-
storbenen einen der Besten unserer
Sache und werden wir sein An-
denken stets in Ehren halten.
Der Genossenschaftsrat der
2. Abteilung.

Deutscher Bauarbeiterverband.
Zweigverein Berlin.
Sektion der Patzer.
Am 13. Oktober starb unser
Mitglied
Gustav Duhr
(Bezirk Gesundbrunnen).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Freitag, den 17. Oktober, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Sophien-Kirchhofes in
der Frennwalder Straße aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
146/1 **Der Vorstand.**

Allgemeine Kranken- u. Sterbe-
kasse der deutschen Drechsler
und deren Berufsgenossen
(F. D. 86, Hamburg.)
Verwaltungsstelle Berlin 8.
Am 14. d. M. verstarb unser
Mitglied 39/11
Heinrich Zimmermann.
Ehre seinem Andenken!
Beerdigung: Sonntag nachm.
8 1/2 Uhr von der Leichenhalle des
Zentralfriedhofes in Friedrichs-
felde aus.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Sektion der Stukkateure.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß am Mittwoch, den 15. Oktober,
unser Kollege
Gustav Meißner
im 60. Lebensjahre am Lun-
gen-Schlag gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, nachmittags 3 Uhr,
von der Halle des Schöneberger
Friedhofes in der Magstraße aus
statt. 145/20 **Die Sektionsleitung.**

Verb. d. Schneider, Schneiderinnen
u. Wäschearbeiter Deutschlands.
Filiale Berlin.
Unseren Mitgliedern hiermit zur
Nachricht, daß die Kollegin
Klara Melzer
(Branche Damenkonfektion)
am 14. Oktober er. im Alter von
46 Jahren verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Freitag, nachmittags 4 Uhr, von
der Halle des Pius-Kirchhofes,
Nieder-Schönhausen-Nordend, aus
statt. 164/11
Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.
Allen Kollegen und Bekannten
die traurige Nachricht, daß am
15. Oktober nach schwerem Leiden
mein lieber Mann und unser guter
Vater, der Stukateur
Gustav Meißner
im 60. Lebensjahre ist.
Die Beerdigung findet morgen
Sonntag, den 18. Oktober, nach-
mittags 3 Uhr, von der Halle des
Schöneberger Gemeindefriedhofes,
Magstraße, aus statt. 472
Die trauernde Witwe
Emilie Meißner nebst Kindern.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Sektion der Stukkateure.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß am Mittwoch, den 15. Oktober,
unser Kollege
Gustav Meißner
im 60. Lebensjahre am Lun-
gen-Schlag gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, nachmittags 3 Uhr,
von der Halle des Schöneberger
Friedhofes in der Magstraße aus
statt. 145/20 **Die Sektionsleitung.**

Verb. d. Schneider, Schneiderinnen
u. Wäschearbeiter Deutschlands.
Filiale Berlin.
Unseren Mitgliedern hiermit zur
Nachricht, daß die Kollegin
Klara Melzer
(Branche Damenkonfektion)
am 14. Oktober er. im Alter von
46 Jahren verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Freitag, nachmittags 4 Uhr, von
der Halle des Pius-Kirchhofes,
Nieder-Schönhausen-Nordend, aus
statt. 164/11
Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, daß unser
lieber Sohn, unser guter Bruder,
Schwager und Onkel
Paul Friebe
nach langem, schwerem Leiden
im 20. Lebensjahre verstorben ist.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 18. Oktober,
nachmittags 3 Uhr, von der
Halle des Städtischen Friedhofes,
Kölnerstraße, Ecke Seestraße, aus
statt. 442

Danfagung.
Anlässlich der großen Teilnahme,
die uns bei der Beerdigung meines
lieben Mannes 2693b
Albert Krüger
anteil geworden ist, sagen wir dem
Deutschen Metallarbeiter-Verband
sowie den Kollegen der Firma
F. Gaubert unseren herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Witwe H. Krüger und Kinder.

Das größte Abonnementshaus feinsten
Herren-Moden **J. Stock & Co.** verkauft seine
Monats-Garderobe
direkt an Private.
Anzüge und Paletots von 10 M. an.
Friedrichstr. 108 Eingang **Johannisstr.**
vis-à-vis der **Karlstraße.**

Achtung!
6-700 Anzüge sowie
getragene
Winterpaletots u. Ulster
Monatsgarderobe
in feinsten Beschaffenheit
gearbeitet, teils auf Seide, für
jede Figur passend, verkauft zu
äußerst billigen Preisen
Nathan Wand
129 Stalder Str. 129.
Hauptkassation Rotbuser Tor.
Bitte im eigenen Interesse auf
Hausnummer zu achten.
WM. II: **Neue Garderobe.**

Weiche ein mit
Henkel's
Bleich-Soda.

Stoffe
für Maßanzüge,
Paletots Meter **M. 5, 7, 9**
Kostüm- und
Ulsterstoffe Mtr. **M. 3, 4, 5**
Persianer imit.
130 cm br. Meter **M. 7 50 9 50**
Pliésche Meter **M. 15**
Seiden-Seal prima Qual. **M. 15**
Astrachan, Feh-
fütter **M. 4 50 6 50**
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der
Patrikirche
Uur ein Preis!
Frühe fette Junge, 7-15 Pf. Schwere
pro 72 Pf.
Für allererste Qualität!
Gänserümpfe, 1/2 Gänse, 1/2 Gänse.
Suppenhühner, Brathühner, Tauben
empfehlen
F. Wegner, Berlin SO.
nur **Mariannenstr. 34.**

Mageneiden
Bei Verdauungs-
störungen, Appetit-
mangel, verdurtem Magen,
Sodbrennen, Blähungen, Magenkrämpfen und
Schwäche, Magenkrampf, Uebelkeit mit Er-
brechen, Stenose, Magenbeschwerden, sind
Reichel's Magentropfen
nachweislich, erprobter Wirkung u. wohl-
tend wie Keim auf den frischen Magen.
Bottle 50 Pf. echt mit
u. 2 M. Würstchen, Marke „Medico“
Wenn in Progenien nicht erhältlich, durch
Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Theater und Vergnügungen

Freitag, 17. Oktober 1913.
Anfang 6 Uhr.
Eines Palast am Zoo. Varietés-
Lichtspiele.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Eines Kollendorfer-Theater. Varietés-
Lichtspiele.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Der Rosen-
kavalier.
Kgl. Schauspielhaus. Die Ger-
mannschlacht.
Königsplatz. Strahe. Brand.
Deutsches. Toranato Tasso.
Kirkus Busch. Galavorstellung.
Kirkus Schumann. Galavorstellung.
Anfang 8 Uhr.
Kranke. Spektralanalyse und Elek-
tronentheorie.
Schaal 8 Uhr: Prof. Dr. Schwahn:
Die Entstehung der Gebirge und
die Erdbeben.
Kammerspiele. Benet. Abenteuer.
Heirat wider Willen.
Leitung. Reitwende.
Deutsches Opernhaus. Der Trou-
badour.
Deutsches Schauspielhaus. Der
gute Ruf.
Neues Opernhaus (Kroll).
Fischer.
Deutsches Künstlertheater. Der
Eberpelz.
Berliner. Die einst im Mai.
Talia. Die Langprinzessin.
Theater am Kollendorferplatz. Die
Heimkehr des Odysseus.
Komödienhaus. Das Paar nach
der Mode.
Theater des Westens. Gräfin
Fifi.
Schiller O. Am Tage des Gerichts.
Schiller Charlottenburg. Wenn
der neue Wein blüht.
Montis Operetten. Der lachende
Gemann.
Metropol. Die Reise um die Welt
in 40 Tagen.
Kassio. Ferdinand der Tugend-
hafte.
Kleine. Verlinde.
Trianon. Seine Geliebte.
Herrnsfeld. Was sagen Sie zu
Veilchen?
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Steinerer Sänger.
Eines Apollo-Theater. Varietés-
Lichtspiele.
Eines Friedrich-Wilhelmstädter.
Varietés-Lichtspiele.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Metropol. Im Ehefäß.
Lustspielhaus. Puppenkitt.
Kaisers. Der Hüttenbesitzer.
Nose. Laura maskiert.
Folies Caprice. Ritter Baldrian.
Die Mißgeburt. Das Adoptiv-
kind.
Walhalla. Der Liebesonkel.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Der Iebige
Sof.
Anfang 9 Uhr.
Admiralspalast. Die lustige Puppe.
Eines Kollendorfer-Theater. Varietés-
Lichtspiele.
Zerrenwarte. Invalidenten. 57-62
Deutsches Schauspielhaus
Abends 8 Uhr: **Der gute Ruf.**

Schiller-Theater O. Theater.
Freitag, abends 8 Uhr:
Am Tage des Gerichts.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Zum ersten Male:
Jugendfreunde.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Freiwild.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Jugendfreunde.

URANIA
Taubenstraße 48/49.
Freitag 8 Uhr: Prof. Dr. P. Spies:
Spektralanalyse und
Elektronentheorie.
Hörsaal 8 Uhr: Prof. Dr. Schwahn:
Die Entstehung der Gebirge
und die Erdbeben.

Zirkus Alb. Schumann.
Heute Freitag, 17. Oktober
Anf. 7 1/2, Ende 11 Uhr
Gr. Elite-Vorstellung.
u. a.
10 Bengal-Königs-Tiger 10
vorgeführt von Herrn Sawade.
Die boxenden Katzen
Die boxenden Hunde
Rollschuhlaufende Affen
Die Schleuderfahrt im Luftschiff.
Sonntag, den 19. Oktober:
2 gr. Vorstellungen 2
nachm. 8 1/2 u. abds. 7 1/2 u.

Zirkus Busch.
Heute Freitag, den 17. Oktober,
abends 7 1/2 Uhr:
Große Gala-Sports-Vorstellung.
Les Pissiotis, Gladiatoren - Akt.
Baptista Schreiber, Reittänzerin.
Die neue große Kunst - Fantom.
Aus unseren Kolonien.
Voranzeige: Sonntag 2 große
Gala-Vorstellungen, nachm. 8 1/2 u.
abends 7 1/2 Uhr. Nachm. hat jeder
Erwachsene ein angebrühtes Kind
unter 10 Jahren auf allen Sitz-
plätzen frei. Jedes weitere Kind
unter 10 Jahren zahlt die Hälfte
auf den Sitzplätzen.

Metropol-Theater
Abends 7 Uhr 55 präzise:
Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.
Gr. Aufführungsgest. in 6 Akten u. 17 Bildern
in 19 Bildern, in vollständiger Benutzung
des Jules Verne'schen Romanes von
Julius Freund.
Musik von Jean Gilbert.
In Szene gef. v. Dir. Richard Schultz.
Karl Bachmann, Joseph Giampietro,
Guido Thielscher, Alfred Schmasow,
Leopold Wolf, Ludwig Wolf,
Helene Ballot, Ida Russka, J. de Lande.
Neu! Von 9-1 Uhr: **Neu!**
Metropol-Bar
Rendezvous
der vornehmen Lebewelt.
2 Kapellen.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Wenn der neue Wein blüht
Sonabend, nachmittags 3 Uhr:
Götze von Berlichingen.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Die Großstadtluft.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Großstadtluft.

Theater in der Königsplatz Straße
7 1/2 Uhr: **Macbeth.**
Komödienhaus.
8 Uhr: **Das Paar nach der Mode.**
Berliner Theater.
8 Uhr:
Wie einst im Mai.
Theater des Westens.
8 Uhr: **Gräfin Fifi.**
Sonnt. nachm. 3 1/2: Der liebe Augustin
8 1/2 Uhr: **Residenz-Theater** 8 1/2 Uhr:
Im Ehefäß.
(Les Mariés en cage.)
Schwan! in 3 Akten v. Antony Mars
und Maurice Desvalliers
Norg. u. folg. Tage: **Im Ehefäß.**
Montis Operetten-Theater
Schiffbauerdamm 4a.
8 Uhr: Lustspiel. 2. Spielmann:
Der lachende Ehemann.
Sonntag 3 Uhr: **Der Vogelshändler.**
Deutsches Künstlertheater
Sozietät.
Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.
8 Uhr: **Der Biberpelz.**
Lessing-Theater.
Anfang 8 Uhr. **Zeitwende.** Anfang 8 1/2 Uhr.
Schauspiel in 4 Akten v. H. Gaudenberg.
Theater am Kollendorferplatz 5.
Täglich abends 8 Uhr:
Die Heimkehr des Odysseus.
Norg. Sonnab. 3 Uhr (2. Besize): **Ver**
100 Jahren od. Napoleons Sieg u. Fall.
ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132
Anfang 8 1/2 Uhr.
Laura maskiert.
Eine heitere Geschichte in
drei Akten von Karl M. Jacobs.
Sonabend 4 Uhr: **Dornröschen.**
Abends 8 1/2 Uhr: **Laura maskiert.**

Passage-Panoptikum
Mundmaler Schuldiss
der
Rafael
ohne
Arme
bei seinen Arbeiten.
Lebend zu sehen!
Der Mann mit der eisernen Hand
und die anderen Attraktionen.

„Sängerabteilung I“ und „Männerchor Norden“.
M. d. D. A. S. B. Chormeister: Herr Paul Kurz.
Sonntag, den 19. Oktober 1913:
Konzert
in der **Brauerei Friedrichshain.**
Mitwirkende:
Frau Margarete Böhme-Heidenreich (Sopran), Herr Gustav
Franz (Bariton), Herr Dr. Artur Böhme (Flügel u. Orgel).
Konzertflügel lbach.
Zur Aufführung gelangt u. a.: „Wernher“. Ein Urnen-
gang vor 700 Jahren; für Männerchor, Sopran- und
Bariton solo mit Klavier, Orgel- und Instrumental-
begleitung. 2657b
Kasseneröffnung 5 Uhr. **Anfang 6 Uhr.**
Billets 60 Pf., an der Kasse 75 Pf.

„Sängerabteilung I“ und „Männerchor Norden“.
M. d. D. A. S. B. Chormeister: Herr Paul Kurz.
Sonntag, den 19. Oktober 1913:
Konzert
in der **Brauerei Friedrichshain.**
Mitwirkende:
Frau Margarete Böhme-Heidenreich (Sopran), Herr Gustav
Franz (Bariton), Herr Dr. Artur Böhme (Flügel u. Orgel).
Konzertflügel lbach.
Zur Aufführung gelangt u. a.: „Wernher“. Ein Urnen-
gang vor 700 Jahren; für Männerchor, Sopran- und
Bariton solo mit Klavier, Orgel- und Instrumental-
begleitung. 2657b
Kasseneröffnung 5 Uhr. **Anfang 6 Uhr.**
Billets 60 Pf., an der Kasse 75 Pf.

Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater. Freitag 8 1/2 Uhr:
Der Hüttenbesitzer.
Walhalla-Theater. Täglich 8 1/2 Uhr:
Der Liebesonkel.
Schauspiel in 5 Akten von G. Uhnet. Voffe mit Gesang u. Tanz in 3 Akten.

Heute Premiere
in allen
Lichtspielen.
UT
Rudolf
Schildkraut
in einem Film
von Felix Salten
Der Shylock
von Krakau
168/5

Metropol-Bar
Rendezvous
der vornehmen Lebewelt.
2 Kapellen.

Voigt-Theater
Radstr. 35.
Freitag, den 17. Oktober 1913:
Der Geigenmacher
von Mittenwald.
Bolzschenspiel in 3 Akten u. 6 Bühnen.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Folies Caprice.
Anfang 8 1/2 Uhr
Ritter Baldrian
Das Adoptivkind
Die Mißgeburt

Casino-Theater
Lützowstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Der neue Saison-Rosin-Schlager
Ferdinand der Eugendhafte.
Das droll. Stück seit Besuchen d. Theat.
Vorher das erste. Spezialität-Programm.
Sonntag, nachm. 4 Uhr:
Am grünen Strand der Tyree.

Admiralspalast.
Eis-Arena. - **Allabendlich**
das neue mit durchschlagendem
Erfolg aufgeführte Eisballett
Die lustige Puppe.
Beginn der Vorstellung 8 1/2 Uhr.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
halbe Kassenpreise.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger
Reit- „Alarm!“
Milit. Humoreske.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm.
3 Uhr zu es-
mäßig. Freies:
„Alarm!“
Rep. 1 R., Selt. 75 Pf., Entree 39 Pf.

Brauerei Friedrichshain
am Königstor. Oekonom: Ernst Liebing.
Mittwoch, den 22. Oktober er.:
Heiterer Künstler - Abend.
Anfang 8 Uhr. **Sensations - Programm.** Entree 39 Pf.

Parteigenossen! Erscheint heute abend zahlreich zur Flugblattverbreitung!

Groß-Berliner Mietsverträge.

Die herrschende Wohnungsmisere ist eine der gemeingefährlichsten Ausgeburt...

Eichbächer ist Jurist, und er betrachtet deshalb die Frage ausschließlich als ein rein rechtliches Problem.

boden schaffen, wo nur sein wirtschaftliches Interesse maßgebend ist.

Mit Recht ist angefaßt dieser L. fachen das Gesamturteil Eichbachers über den Groß-Berliner Mietsvertrag geradezu vernichtend.

Eine Milderung der bestehenden Praxis zugunsten der Mieter wäre durch Annahme des bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches...

Partei-Angelegenheiten.

Vierter Wahlkreis. Außer heute findet am Sonntag, den 19. Oktober, eine Flugblattverbreitung für die Stadtverordnetenwahl...

Schöneberg. Zu der heute, Freitag, abends 7 1/2 Uhr, stattfindenden Flugblattverbreitung...

Steglitz-Friedenau. Heute (Freitag) findet im „Abrechthof“ der fünfte Vortrag des D. u. d. K. u. z. statt.

Milberdorf (Dorf). Am Sonnabend, den 18. Oktober, abends 8 1/2 Uhr...

Mit-Offenide. Zu der heute abend, 7 1/2 Uhr, stattfindenden Flugblattverbreitung...

Schönendorf bei Königs-Wusterhausen. Sonnabend, den 18. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr...

Kaulsdorf (Lsb.). Heute Freitag abends 6 Uhr Flugblattverbreitung vom Lokal des Herrn Böhm am Bahnhof aus.

Bogsdorf und Umgegend. Am Montag, den 20. Oktober, abends pünktlich 8 1/2 Uhr...

Nieder-Schönhausen-Rordend. Am Sonntag, den 19. Oktober, nehmen die Genossinnen und Genossen an der bei Roczki in Panow...

Tegel. Am Sonnabend, den 18. Oktober, abends 8 Uhr, findet in Trapps Festsaal (Znd. Ziege), Bahnhofstr. 1...

Röntgenal, Jeyernid, Buch. Zur Feier des 1. Stiftungsfestes findet am Sonnabend, den 18. Oktober...

Einführung in „die Grundlagen der modernen Arbeiterbewegung“ bejagt ein vom Bezirkswahlverein veranstalteter...

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Gegen die Drangsalierung des Arbeiter-Turnvereins „Fichte“ durch die staatliche Schulaufsichtsbehörde...

Die Schlacht bei Leipzig.

L.

Seit Napoleons Lieblingsplan, nach Berlin vorzustoßen und durch die Besetzung der preussischen Hauptstadt...

Aber seine Marschälle und Generale widersetzten sich mit einer seltenen Einmütigkeit dem Kriegsplan des Kaisers.

des Krieges gewachsen waren. „Früher hatte man“, sagte Key, banger Ahnungen voll...

Zu der Abneigung seiner Marschälle, Napoleon auf dem Weg nach Norden zu folgen, kam noch ein Weiteres.

Zwar gelang es ihm so wenig wie vorher, einen der drei Heerhäufen der Verbündeten einzeln zur Schlacht zu stellen.

Diese Hoffnung allerdings trat. Im Süden von Leipzig wurde, so meinte Napoleon, die Entscheidung fallen...

bei Liebertwolkwitz, und als in einem letzten Ansturm der Verzweiflung die russische Gardelavallerie...

Nach tobte der Kampf weiter, obwohl die Entscheidung gefallen war, aber in der Stadt Leipzig wurden schon auf Befehl Napoleons alle Kloden zur Feier seines Sieges geläutet.

Er wurde nicht einmal einer Antwort gewürdigt, denn auf der Seite seiner Gegner hatte man die Ruhe des 17. Oktober benutzt...

geklärt hat. Die Jugendabteilungen des Vereins „Fichte“ sind zum 1. Oktober aus den Turnhallen der Stadt ausgewiesen worden, noch ehe auf die Beschwerde des Vereins wegen Verletzung der Unterrichtsverhältnisse der Unterrichtsminister geantwortet und eventuell eine weitere Beschwerde des Staatsministeriums entworfen hat. Unser Redner hielt dem Magistrat und den Freisinnigen der Stadtverordnetenversammlung vor, daß die über den Verein für seine Jugendabteilungen jetzt aufs neue verhängte Turnhallensperre gegen die Städteordnung verstößt, die die Benutzung aller Veranstaltungen der Stadt allen Bürgern sichern will. Gerade der Liberalismus müsse es als Pflicht ansehen, jenen Eingriff der Regierung in die Selbstverwaltung der Stadt abzuwehren, auch wenn es sich um Sozialdemokraten handelt. Stadtrat Hirsfeld verurteilte, den Magistrat zu rechtfertigen. Länger habe man mit dieser neuen Turnhallensperre nicht warten dürfen, da ja genau bekannt sei, wie der Unterrichtsminister und das Staatsministerium entscheiden würden. Richtiger ist wohl: der Magistrat konnte es nicht erwarten, Genosse Rosenfeld erwiderte dem Stadtrat mit der Feststellung, daß der Magistrat sich in der Turnhallenfrage jetzt rückschrittlicher als vor Jahren gezeigt hat. Aus den Reihen der Freisinnigen ergriff nur einer das Wort, der Stadtverordnete Reimann, der nur die Möglichkeit sah, „sich zuzufügen“. Die anderen zogen es vor, zu schweigen. In der Abstimmung aber beteiligten sie sich alle, und alle waren einig in der Ablehnung des Antrages unserer Genossen. Auch für den Vorschlag, dem Verein „Fichte“ eventuell Turnräume zu geben, über deren Benutzung das Provinzial-Schulkollegium nichts zu sagen hat, erhob kein Freisinniger die Hand.

Im zweiten Teil der Sitzung wurde das überaus wichtige Projekt einer neuen Großmarkthalle für Obst, Gemüse usw., das der Magistrat mit einer sehr ausführlichen Begründung vorlegte, einer Generaldebatte unterzogen. Stadtrat Wendt prophezeite der in der Nähe des Bahnhofes Besselfstraße zwischen Eisenbahn und Kanal geplanten Anlage eine große Zukunft, aber die Redner der freisinnigen Fraktionen äußerten mehr oder minder starke Bedenken, besonders wegen der Höhe des Preises der anzukaufenden Grundstücke. Die sozialdemokratische Fraktion, für die Genosse Hinzke sprach, erklärte sich im wesentlichen einverstanden mit dem Projekt, das für die Lebensmittelversorgung Berlins von hoher Bedeutung sei. Die Vorlage ging an einen Ausschuss.

Im Reich der Hausfrau und Mutter.

Da die Ausstellung „Die Frau in Haus und Beruf“ im vergangenen Jahre reichen Erfolg gehabt hat, nimmt es kein Wunder, daß ähnliche Veranstaltungen in rascher Reihe folgen. Im Frühjahr dieses Jahres hatten wir die Ausstellung „Das Kind“, jetzt lockt die schaulustigen Mütter schon wieder eine vom Berliner Hausfrauenverein und dem Deutschen Frauenbund angeregte Ausstellung „Im Reich der Hausfrau und Mutter“ (in den Ausstellungshallen am Zoo, täglich von 10—6 Uhr). Proletarische Mütter allerdings werden finden, daß ihr Reich nicht so gestaltet ist, wie es sich in den meisten Verkaufsständen bietet. Ihnen fehlen die praktischen, sauberen Kücheneinrichtungen, die kostbaren Kleider und Wäsche, die Luxusmöbel, die nahrhaften Speisen und die zahlreichen Lederbissen; ihnen fehlt kein elektrischer Herd und Ofen, nicht einmal ein elektrisches Plättchen zur Verfügung. So könnte die Ausstellung mit mehr Recht „Im Reich der bürgerlichen Hausfrau und Mutter“ heißen, obgleich Hinweise auf den proletarischen Haushalt nicht fehlen. So findet sich auf der Galerie nebeneinander ein Säuglingszimmer, wie es sein soll und eins, wie es nicht sein soll. In dem Typus einer Proletarierwohnung — die Fabrikfornsteine schauen durch das Fenster — dunkle, zerrissene Tapeten, alte abgenutzte Möbel, ein zerbrochener Kinderwagen; der Petroleumkocher auf dem Tisch, und die mit Wäsche behängten Leinen deuten darauf, daß das Zimmer zum Schlafen, Kochen und Wäschetrocknen zugleich benutzt werden muß. Hunderttausende Säuglinge müssen in Berlin aber so aufwachsen. Nur die Hohenzollernbilder in schlechtestem Delbrud und sogenannte „Schonerdecken“ sind wirklich das einzige, was nicht in einer Proletarierwohnung zu sein braucht. Rechts davon das Säuglingszimmer, wie es sein soll, mit allem Komfort einer hygienischen Säuglingsausstattung bis zu der bezahlten Pflegerin. Dieses „soll“ scheint auch den Ausstellern angefangen der wirklichen Einkommensverhältnisse der breiten Massen eine so vergebliche Aufforderung, daß, wie wir auf unserem Rundgang feststellten, das Schild wieder überlebt wurde. Ausstellungen gemeinnütziger Vereine ergänzen schließlich das Bild. Bei vielen Müttern ist das Reich so ärmlich ausgestattet, daß fremde Hilfe eingreifen muß. Die Kinderhorte, die Mütter- und Säuglingsheime, die Schulküchen bieten einen noch immer völlig unzulänglichen Ersatz für das, was unsere Wirtschaftsordnung einer geringen Zahl so überreichlich gewährt.

Unverehelichte Mütter am Pranger der Kirche.

Die Kirche hat den sehr lebhaften Wunsch, daß möglichst viele Kinder die Taufe empfangen. Sie verschmäht auch die unehelich geborenen Kinder nicht, die den Frommen als „Kinder der Sünde“ gelten. Ja, gerade um die Unehelichen reißt die Agende der Kirche sich ganz besonders. Sie lassen sich keine Mühe verbieten, die Mütter solcher Kinder von der „Notwendigkeit“ der Taufe zu überzeugen. Missionare suchen unverehelichte Mütter in ihren Wohnungen auf, um die Seelen der Kinder zu „retten“. Ist die Entbindung in einer Anstalt ausgeführt worden, so beginnt schon da die Bearbeitung der Mutter. In der Charitè-gemeinde werden allwöchentlich Dutzende unehelicher Kinder getauft, die eben erst in der Gebäranstalt der Charitè zur Welt gekommen sind.

Wie vergilt man nun den unverehelichten Müttern die Nachgiebigkeit und Willigkeit, mit der sie auf die Wünsche der Kirche eingehen? Die allermeisten dieser Mädchen haben sicherlich keine Ahnung davon, daß sie mit ihrem außerehelichen „Mutterglück“, nachdem sie ihre Kinder haben taufen lassen, der Doffentlichkeit preisgegeben werden. Ein in Berlin erscheinendes Wochenblättchen, das sich „Evangelisch-Kirchlicher Anzeiger“ nennt, veröffentlicht allwöchentlich eine Liste der in den einzelnen Kirchengemeinden eingezeichneten vollzogenen Taufen. Mitgeteilt werden da die Namen der Eltern, deren Kinder getauft worden sind. Bei ehelichen Kindern gibt die Liste die Namen der Väter und ihre Berufe an, bei unehelichen aber nennt sie die Mütter und macht den Zusatz „unverehelicht“. Daraus kann dann jeder ersehen, daß die in den betreffenden Kirchengemeinden wohnenden Unverehelichten Mütter, Schulze usw. Mütter geworden sind. Ist der Name ein oft vorkommender, so kann die unverehelichte Mutter trotz öffentlicher Nennung unverkannt bleiben. Hat sie aber einen seltenen Namen, dann läßt sich besonders in kleinen Gemeinden ohne allzu viel Mühe herausfinden,

wer die mit einem unehelichen Kind „Beglückte“ ist. Bei manchen dieser unverehelichten Mütter, die ihre Kinder taufen lassen und dann in die zu veröffentlichende Liste kommen, wird dem etwa von Neugier geplagten Leser die Mühe des Nachspürens sogar gänzlich erspart. Während nämlich für die zu den betreffenden Kirchengemeinden gehörenden Eltern der Tauflinge eine Angabe der Wohnung in der Liste für nicht nötig gehalten wird und unterbleibt, wird für die in fremden Kirchengemeinden wohnenden Eltern auch die Wohnung hinzugefügt. Das geschieht — es ist kaum glaublich, aber tatsächlich wahr! — auch bei den Unverehelichten, wenn sie in fremden Kirchengemeinden ihre Kinder taufen lassen. Da weiß man dann sofort ganz genau, wer die unverehelichte Mutter ist. Bei den in der Charitè-gemeinde getauften Kindern handelt es sich fast ausnahmslos um uneheliche, deren Mütter in der Gebäranstalt der Charitè entbunden haben, aber zu einer andern Kirchengemeinde gehören. Daher sehen wir in den allwöchentlich durch den „Evangelisch-Kirchlichen Anzeiger“ veröffentlichten Taufnachrichten aus der Charitè fast bei jedem Namen den Zusatz „unverehelicht“ und ebenso fast bei jedem die Angabe der Wohnung. Die Taufnachrichten aus der Charitè und ebenso die aus den Kirchengemeinden bringen auch die Namen derjenigen unverehelichten Mütter, die aus Provinzorten nach Berlin gekommen sind, um hier in der Charitè oder einer anderen Anstalt oder auch bei Hebammen, bei Verwandten oder Bekannten zu entbinden. Auch sie werden, wenn sie ihre Kinder taufen lassen, in den zu veröffentlichenden Listen mit Name und Wohnung aufgeführt. So manche Unverehelichte glaubt, in Berlin heimlich entbinden zu können, und baut darauf, daß von hier aus keine Meldung an die Heimatsbehörde gesandt wird. Aber sie läßt sich überreden, daß es „Pflicht“ sei, ihr heimlich geborenes Kind taufen zu lassen. Sie ahnt nicht, daß dann ihr Name samt Angabe des in der Provinz liegenden Ortes, aus dem sie sich für ein paar Wochen nach Berlin geflüchtet hatte, groß und breit in dem frommen Wochenblättchen veröffentlicht wird.

Muß nicht diese öffentliche Bekanntgabe wie ein Pranger wirken, an den die unverehelichten Mütter gestellt werden? Gerade in dem Betskreis, den das der Kirche dienende Blättchen hat, wird den Unverehelichten ihr Mutterglück als „Sünde“ angerechnet. Von den unverehelichten Müttern, die in die Taufe ihrer Kinder willigen, weiß vielleicht kaum eine, daß jene Liste veröffentlicht wird und in ihr die Unverehelichten gekennzeichnet werden. Welchen Sinn und Zweck mag dieser fromme Brauch haben?

Ein Wasserwerk am Dämmersee.

Der Bau des Kreiswasserwerks am Dämmersee, das eine große Anzahl von Gemeinden im Osten des Kreises Niederbarnim mit Leitungswasser versorgen soll — bisher haben 13 Gemeinden ihren Anschluß erklärt —, macht große Fortschritte. Das Wasserwerk, das ungefähr 10 Minuten von Hessewinkel entfernt liegt, beansprucht ein Grundstück von 50 Morgen, von denen 45 Morgen für die Brunnenanlage und 5 Morgen für die Vaulichtleitungen bestimmt sind. Reserviert ist für eine etwaige Erweiterung noch ein Waldstreifen von 1300 Metern, welcher sich längs der Bahn nach Wilhelmshagen hinzieht. Das Wasser wird vorläufig aus acht Tiefbrunnen, die eine Tiefe bis zu vierzig Metern haben und von denen einige schon angelegt sind, gegogen. Für den Betrieb werden zwei elektrische Zentralen errichtet, von denen eine als Reserveranlage gedacht ist. Die Zuführung des Wassers geschieht durch ein Rohrsystem, das einen Kreislauf ermöglicht und dadurch eine Unterbrechung der Wasserzuführung durch Rohrbruch usw. ausschließt, weil dann die Zuleitung von der anderen Seite erfolgen kann. Die Druckrohre zweigen an der Friedrichshagener Chaussee in der einen Richtung nach Erkner, in der anderen nach Rahnsdorf ab. Die Druckverteilung wird von dem auf dem Kranichberg bei Woltersdorf errichteten Hochreservoir reguliert. Das Verwaltungs-, Wohn- und Werkstattgebäude ist bereits fertiggestellt; im Bau befindet sich noch die Enteisungsanlage, während für das Maschinenhaus die Fundamentierungsarbeiten im Gange sind. Die Anlage des Wasserwerkes soll noch in diesem Jahre betriebsfertig werden. Die Druckrohrleitungen werden bereits verlegt, auch die Verlegung der Verteilungsrohre in den einzelnen Ortschaften soll noch in diesem Jahre in Angriff genommen werden. Die Arbeiten werden so beschleunigt, daß schon im Mai nächsten Jahres mit der Wasserlieferung gerechnet werden kann.

„Die Sozialistische Liedertafel New York in Berlin.“

Die Generalkommission der Gewerkschaften erucht um Aufnahme einer Erklärung, der wir folgendes entnehmen:
Die Hoffnung, der Genosse Jablonski würde sich mit einer einmaligen Erklärung begnügen, hat sich nicht erfüllt, und wir bedauern daher aufrichtig, den Namen des „Vorwärts“ wegen dieser Sache noch einmal in Anspruch nehmen zu müssen.
J. kommt als Gast in das Berliner Gewerkschaftshaus, stellt hier in einer Kommerzbreda Behauptungen auf, geeignet, die Arrangeure und Leiter der Gompersversammlung bei den Parteigenossen in Missachtung zu bringen. Leht es dann aber ab, gegen diejenigen, die seine unrichtigen Behauptungen richtigstellen, zu polemisieren, so lange er Gast in Deutschland ist. Er wartet damit 2 1/2 Monate, bis er den Hafen New York wieder erreicht hat.

Und was ist es mit dieser Polemik? Gompers soll J. als Kronzeugen dafür angerufen haben, daß die in die Vereinigten Staaten Einwandernden einen Einfuhrzoll von 25 Dollar zu zahlen haben, also für eine Tatsache, die jedem bekannt ist, der schon etwas von der Einwanderung in die Vereinigten Staaten gehört hat. Und dieser Gompers, dieses lindliche Gemüt, ist der gefährliche Dursche, der parteiübergreifend in den Vereinigten Staaten haust.
Im übrigen befähigt Genosse J. in seiner Juristik alles, was wir in unserer Richtigstellung in Nr. 108 des „Vorwärts“ vom 2. August d. J. gesagt haben. Nämlich, daß Jablonski Gompers entgegengetreten wollte, daß aus diesem Grunde die Diskussion, die ursprünglich nicht vorgesehen war, eröffnet wurde, daß J. sich aber nicht zum Wort meldete und vor Schluß der Versammlung verschwand war. Und trotzdem hat er von dem, was er in seiner Rede vom 23. Juli d. J. behauptete, nichts zurückzunehmen! Bezeichnend für die Art der Polemik ist der Umstand, daß J. den Genossen Scheidemann vor seinen verschärferten Karren spannen will, anstatt abzuwarten, welches Urteil Sch. nach seiner Rückkehr über gewisse Kreise, die ihre „fruchtbringende“ Tätigkeit in den Dienst der amerikanischen Arbeiterbewegung stellen, fällen wird.

Kurse für stotternde Kinder.

Mit Anfang des Winterhalbjahres hat die Schuldeputation an den folgenden Gemeindeschulen besondere Unterrichtsstunden für stotternde Kinder unter Leitung von Lehrern eingerichtet: An der 6., 15., 23., 25., 45., 51., 52., 58., 61., 82., 118., 151., 159., 160., 186., 192., 195., 217., 221., 252., 292. und an der VI. Hilfsschule. Der Kursus soll in der Regel zwölf Teilnehmer, Knaben und Mädchen, umfassen. Konfirmanden, katholische Kinder, welche wegen Teilnahme am Religionsunterricht die Kurse nicht regelmäßig besuchen können, sowie Kinder, welche Nebenklassen angehören, sind von der Teilnahme an den Kursen für stotternde Kinder ausgeschlossen. Die Kurse, welche bis zum Schluß des Winterhalbjahres dauern, werden in täglich je einer Stunde, möglichst der letzten Vormittagsstunde abgehalten; nur in Ausnahmefällen darf der Nachmittag gewählt

werden. Kinder, bei denen der Zweck des Sonderunterrichts schon früher erreicht ist, können nach dem Schluß des Oktober-Dezember-Vierteljahres auscheiden.

Das Lebrungsbuch für Stotterer von Gumann-Wende wird, sofern nicht die nötige Anzahl von Exemplaren vorhanden ist, auf begründeten Antrag von der Schuldeputation geliefert werden; desgleichen eine von demselben Verfasser herrührende Anweisung betreffend die Behandlung stotternder Kinder. Die Lebrungsbücher sind nach Beendigung des Kursums von dem Leiter an die Schule, an welcher der Heilkurs stattfindet, zurückzugeben. Die Ordinarien derjenigen Klassen, aus denen Schüler der Stottererkurse teilnehmen, sind von der Schuldeputation erneut ersucht worden, wenigstens einmal während des Winterhalbjahres den Stottererkursus zu besuchen, um sich von den Fortschritten ihrer Schüler zu überzeugen und gleichzeitig darauf achten zu können, wie dem Stottern zu begegnen ist.

Verpachtung der Abtei-Insel. Wie wir seinerzeit berichteten, hat die Stadt Neutölln die Abtei-Insel erworben. Bis jetzt steht jedoch noch nicht bestimmt fest, was die Stadt mit ihr beginnen will. Das Abtei-Restaurant soll, wie der Neutöllner Magistrat jetzt amtlich bekannt gibt, verpachtet werden, und zwar zum Frühjahr 1914. Die Anlagen und Baulichkeiten sollen unter Berücksichtigung der Wünsche des Pächters instand gesetzt werden.

Eine neue Lesehalle für Kinder. Der außerordentliche Zuspruch, dessen sich die am 1. Mai d. J. eröffnete Kinder-Lesehalle, die im Osten der Stadt in der Ehrenbergstraße gelegen ist, erfreut, hat das Kuratorium der Stadtbibliothek und der städtischen Volksbibliotheken und Lesehallen, welches gestern unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Reide tagte, veranlaßt, die Einrichtung einer weiteren Lesehalle für Kinder zu beschließen. Diese soll in einer Gegend errichtet werden, in der überwiegend Arbeiterbevölkerung sich angesiedelt hat. Die Eröffnung soll im Anfang des nächsten Etatsjahres erfolgen.

Ferner sollen mit Rücksicht auf die zunehmende Benutzung der Volksbibliotheken, die jetzt drei Stunden, und zwar von 6—9 Uhr abends geöffnet sind, in Zukunft die 17. Volksbibliothek in der Esmarckstraße, die 19. Volksbibliothek in der Sonnenburger Straße, die 24. Volksbibliothek in der Glogauer Straße sechs Stunden — von 3 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends — offen gehalten werden.

Die 1. städtische Lesehalle in der Mohrenstraße wird vom 1. April 1914 ab dem Publikum nicht nur in den Abendstunden von 6—9 Uhr zur Benutzung offen stehen, sondern von diesem Zeitpunkt ab auch mittags von 12—3 Uhr.

Der Eisenbahnschuss muß zahlen.

Der Bezirksausschuß zu Potsdam hat in seiner letzten Sitzung den Eisenbahnschuss, vertreten durch die Eisenbahndirektion Berlin, dazu beurteilt, an die Gemeinde Berlin-Friedrichsfelde eine Grundsteuer in Höhe von 63 440 M. zu zahlen. Die Eisenbahnerverwaltung hatte im vorigen Jahre in Friedrichsfelde drei Terrains erworben und war für den Rest des Jahres zur Grundsteuer in der angegebenen Höhe verantwortlich worden, die dann auf Einbruch der Eisenbahndirektion ermäßigt wurde. Der Eisenbahnschuss beanspruchte aber mit der Begründung, daß die erworbenen Grundstücke dem öffentlichen Interesse dienen, gänzliche Freistellung von der Steuer. Der Gemeindevorstand von Friedrichsfelde lehnte dies ab, weil erst dann eine Freistellung zu erfolgen habe, wenn die Grundstücke tatsächlich für die bestimmten Zwecke gebraucht würden. Der Eisenbahnschuss strengte darauf die Klage an. Diese wurde jedoch vom Kreisaußschuß des Kreises Niederbarnim abgewiesen und der Bezirksausschuß zu Potsdam bestätigte diese Entscheidung. In der mündlichen Verhandlung wies der Vertreter der Eisenbahndirektion auf eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts hin, wonach bei einem postalischen Gebäude, das teils für den Dienst, teils zu Privatzielen verwendet wurde, sofort vom Tage der Erwerbung ab auf Freistellung von der Grundsteuer erkannt werden ist. Der Potsdamer Bezirksausschuß schloß sich auch diesmal dem Urteil des Kreisaußschusses an und beurteilte den Eisenbahnschuss zur Zahlung der Grundsteuer.

Ein Straßenausschuss ereignete sich am Mittwochabend gegen 1/2 9 Uhr. An der Ecke der Dorothien- und Friedrichstraße wollte ein Herr Rudolf Bischoff kurz vor einem Straßenausgänger der Linie T das Gleis überschreiten; er wurde jedoch umgestoßen, geriet unter den Vorderperron und erlitt eine Quetschung der Brust sowie einen Rippenbruch. Der Verunglückte fand in der Charitè Aufnahme.

Der Aufsichtsbeamte mit der Altenmappe.

Ein Hoteldieb, dessen Streiche in einem Hotel vor einem halben Jahre Aufsehen erregten, stand gestern in Roabit vor dem Strafgericht. Am 11. Februar d. J. wurde einer Dame, die mit ihrem Sohne und ihrer Kammerfrau in einem der vornehmsten Hotels wohnte, eine Brillantbroche im Werte von über 2000 M. gestohlen. Die Dame war mit ihrem Sohne spazieren gegangen. Die Broche hatte das Zimmer nur auf zehn Minuten verlassen, um zu telefonieren. Bei ihrer Rückkehr fand man die Doppelstirn von innen verriegelt. Eine wertvolle Broche, die auf dem Tisch gelegen hatte, war verschunden. Es ergab sich nun, daß ein Dieb den Schlüssel vom Hotelbrett genommen, das Zimmer aufgeschlossen und die Tür hinter sich verriegelt hatte, um gegen Heberauschungen geschützt zu sein. Mit einem Nachschlüssel hatte er dann das Nebenzimmer, dessen Inhaber einen Augenblick vorher ausgegangen war, geöffnet und von diesem Zimmer aus seinen Ausgang wieder nach dem Flur genommen und so ohne Aufsehen zu erregen das Hotel verlassen. Die Nachfragen ergaben, daß man auf verschiedenen Fluren einen fremden Herrn gesehen hatte, der mit einer Altenmappe umhergegangen war und sich eifrig Notizen machte. Dieser Mann hatte sich den Hotelangestellten gegenüber als Aufsichtsbeamter eines Elektrizitätswerkes ausgegeben, dessen Monteurs eben dabei wären, die Leitungen nachzusehen. Am anderen Tage wurden aus dem Kaiserlich-Statistischen Amt Diebstähle gemeldet. Auch dort war ein Mann mit einer Altenmappe gesehen worden. Die Ermittlungen ergaben, daß dieser ein 24 Jahre alter Chauffeur Fritz B. war, der wegen Hoteldiebstahls schon vorbestraft war. Später wurde ermittelt, daß der Gesuchte in Stettin in einem der ersten Hotels unter falschem Namen abgestiegen war. Dort verschwand er plötzlich wieder, kehrte aber nach acht Tagen ganz mittellos nach Berlin zurück. Hier wurde er nun bei seiner Ankunft auf dem Schleifischen Bahnhof abgefaßt. Es gelang die Broche bei einem Geschäftsmann, der sie in gutem Glauben gekauft hatte, zu ermitteln. Dieser und Hotelangestellte, denen B. gegenübergestellt wurde, erkannten diesen bestimmt wieder. Als der Dieb nun keinen Ausweg mehr wußte, spielte er den wilden Mann, tobte und lief so heftig mit dem Kopf gegen die Wand, daß er eine schwere Schädelverletzung davontrug. Er wurde dieshalb zuerst nach der Charitè, und von dort später zur Beobachtung seines Geisteszustandes nach Herzberge gebracht, nach längerem Aufenthalt aber wieder als gesund entlassen. Gestern stand Termin gegen den dreifachen Hoteldieb an. Die Beweisaufnahme ergab keine Schuld. Er wurde aber mit Rücksicht auf seinen geistigen und körperlichen Zustand nur zu vier Monaten Gefängnis beurteilt, von denen zwei Monate als durch die Unterbringungshaft verbüßt erklärt wurden.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

In der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung bildete am Mittwoch den einzigen Punkt der Tagesordnung die Einführung des neuen Oberbürgermeisters Dr. Scholz. Sowohl der Regierungspräsident v. d. Schulenburg, der die Einführung vollzog, als auch der Stadtverordnetenvorsteher Dr. Frenzel gedachten in ihren Ansprachen der Verdienste des verstorbenen Oberbürgermeisters Schultze, der Ent-

widlung der Stadt und ihrer Bedeutung im Rahmen der Groß-Berliner Gemeinden. Hoffen wir, daß das Wort des Regierungspräsidenten, die Stellung der Regierung könne einer Stadt wie Charlottenburg gegenüber niemals die einer patronisierenden Behörde sein, eine Selbstverwaltung wie die Charlottenburger könne sich selbst regieren, und es würde falsch sein, wenn die Staatsregierung den Elementen der Selbstverwaltung das Gefühl der alleinigen Verantwortung durch Dreinreden nehmen wollte, nicht auf dem Papier stehen bleibt. Wenn es auch in den letzten Jahren besser geworden ist, so hat es doch früher nicht an Beispielen gefehlt, wo auch Charlottenburg gegenüber die Regierung das Selbstverwaltungsrecht mit Füßen getreten hat. Es sei nur erinnert an die Konflikte auf dem Gebiete der Lehrerbildung und an die Nichtbefähigung des damaligen Stadtverordneten, jetzigen Stadtrats Dr. Penzig als Mitglied der Schulkommission.

Besonders sympathisch berührten die Worte, mit denen Bürgermeister Dr. Haier, der seit dem Tode von Schusterhaus, also seit etwa neun Monaten, die Geschäfte des Magistratsdirigenten geführt hat, das neue Stadtoberhaupt willkommen hieß.

Oberbürgermeister Dr. Scholz verzichtete darauf, seine Erwidernsrede zu einer Programmrede zu gestalten. Vielleicht tut er gut daran, denn es ist immer unangenehm, programmatische Versprechungen zu machen, deren Erfüllung sich hinterher unvorhergesehene Widerstände, sei es im Magistrat, sei es in der Stadtverordnetenversammlung, entgegenstellen. Dem Bürger Freude an seiner Stadt zu erwecken und zu erhalten, ist vornehmste Aufgabe ihrer Verwaltung. Dies Wort will der neue Herr sich als Richtschnur nehmen. Daß dieses Wort in die Tat umgesetzt wird, dazu werden wir hier so auch in Zukunft die sozialdemokratischen Stadtverordneten beitragen. Dem Bürger im weitesten Sinne des Wortes, also auch den Arbeitern, Freude an ihrer Stadt zu erwecken, wird nach wie vor das Ziel unserer Bemühungen sein. Soll das Ziel erreicht werden, dann muß sich Charlottenburg vor allem darauf besinnen, wie zahlreiche soziale Aufgaben noch zu lösen sind, dann muß die Verwaltung sich frei machen von engstirnigem Bürokratismus, dann müssen alle die, die zur Mitarbeit berufen sind, stets daran denken, daß das Wohl der Gesamtheit an erster Stelle stehen muß und daß jede Interessenspolitik auszuschließen hat. Weber, Magistrat noch Stadtverordnete dürfen Vertreter von Interessengruppen sein, sondern beide Körperschaften müssen das Gemeinwohl im Auge haben.

Die Umschulungsmisere der Gemeindeschulen.

In den Gemeindeschulen Charlottenburgs haben zu Beginn des Winterhalbjahres wieder viele Kinder die bekannten Umschulungen über sich ergehen lassen müssen, die für die Eltern eine Quelle schweren Verdrußes sind. Die Schuldeputation verfügt diese Umschulungen, weil sie bei den Gemeindeschulen eine sehr weitgehende Ausnutzung der vorhandenen Räume für geboten hält. Da ein Ueberfluß an Gemeindeschulen auch in Charlottenburg wirklich nicht herrscht und auch hier noch recht hohe Klassenbesetzungen vorzuliegen, so können bei einem unvorhergesehenen Zustrom von Schülern sehr störende Schwierigkeiten für die Unterbringung entstehen. Oft sind die Klassen schon so reichlich besetzt und das Schulhaus ist so gründlich ausgenutzt, daß man sich nur durch Abschiebung überzähliger Kinder nach einer noch nicht gänzlich gefüllten Schule zu helfen vermag. Die Schulverwaltung hat dabei das Vergnügen, zwei Fliegen mit einer und derselben Klappe zu schlagen. Sie spart ein paar neue Klassen, die sie sonst errichten müßte, und bringt zugleich die noch nicht normal gefüllten Klassen auf diejenige Besetzungsziffer, die für die Schulen der Kinder des Volkes als sozusagen „Handesgemäß“ gilt. Solche Umschulungen können eine große Härte bedeuten, weil durch sie die Kinder aus einer ihnen vielleicht lieb gewordenen Umgebung herausgerissen werden. Ungern scheiden sie von den Kameraden, ungern scheidet so mancher Kind auch von dem Lehrer, und auch mancher Lehrer steht mit Bedauern das zur Umschulung verurteilte Kind davonziehen. Dazu kommt, daß nicht selten den Kindern durch die Umschulung weitere Schulwege aufgezeigt werden.

Ein paar Fälle, die wir aus der 80. Mädchen-Gemeinschaft (Wiederstraße) erfahren, seien der Beachtung empfohlen. In dieser Schule hatte, als das Winterhalbjahr am 6. Oktober eröffnet wurde, sich in einigen Klassen eine zu hohe Besetzung ergeben. Nachdem das eine Woche hindurch so geblieben war, schritt man zur Umschulung. Den dazu ausgewählten Kindern gab man für die Eltern die schriftliche Benachrichtigung mit, daß die Kinder vom 18. Oktober ab in eine andere Schule zu schicken seien. Beispielsweise wurde eine zwölfjährige Schülerin, die seit anderthalb Jahren in der 80. Schule besetzt und jetzt nach Klasse I versetzt worden ist, der 16. Schule überwiesen. Die 16. Schule liegt auf dem Grundstück Spreerstr. 28, bis wohin die Schülerin (die, nebenbei bemerkt, kränklich ist) etwa 35 Minuten zu gehen hat. Da in Klasse I an zwei Tagen auch am Nachmittage unterrichtet wird, so muß sie dann pro Tag viermal den Weg von je 35 Minuten, im ganzen über zwei Stunden Wege machen. Diese Schülerin ist schon so oft umgeschult worden, daß sie in sechs Schuljahren jetzt bereits die vierte Schule kennen lernte. Dabei haben die Eltern in der ganzen Zeit niemals die Wohnung gewechselt, aber nach dergleichen fragt doch unsere Schulverwaltung nicht. Der Vater hat regelmäßig gegen die Umschulung beim Rektor protestiert, ohne jemals etwas auszurichten. Jetzt hat er sich an die Schuldeputation gewandt, aber da diese nicht so geschwind Bescheid gibt, so hat die Tochter einwischen die 16. Schule zu besuchen. Eine andere Schülerin der 80. Schule, ein 8-jähriges Kind, das in Klasse V sitzt, wurde nach der 23. Schule umgeschult. Auch hier haben die Eltern die Wohnung nicht gewechselt. Die 23. Schule befindet sich auf dem Grundstück Liegowers Straße 1 und 2, und das Kind mußte bis dahin nicht viel weniger als eine halbe Stunde laufen. Wegen der weiten Entfernung erhoben die Eltern Einspruch und die Mutter erklärte dem Rektor der 23. Schule, sie werde das Kind keinesfalls nach der 23. Schule schicken. Er sagte ihr, daß dann der Vater Verstrafung zu erwarten habe; sie sollte sich zunächst mal an den Rektor der 23. Schule wenden. Bei diesem erfuhr die Mutter zu ihrer nicht geringen Überraschung, daß die umgeschulte Schülerin auch in der 23. Schule gar nicht untergebracht werden könne. Einwischen müsse die Kleine noch ein paar Tage ganz ohne Unterricht bleiben, dann aber werde sie am 15. Oktober zusammen mit anderen Kindern von der 23. Schule nach der 16. Schule in der Krummen Straße umgeschult werden. Jetzt wurde es der Mutter denn doch zu bunt. Kurz entschlossen ging sie zu der näherliegenden 24. Schule in der Hallerstraße und fragte an, ob hier Platz für das Kind sei. Der Rektor der 24. Schule nahm das Kind einwischen auf und berichtete darüber an die 23. Schule und wahrscheinlich auch an die Schuldeputation. Um Umschulung des Kindes in die 24. Schule hatte der Vater auch schon in einer an die Schuldeputation gerichteten Eingabe gebeten. Antwort soll noch kommen.

Wir wollen doch sehen, ob die Schuldeputation in den beiden hier geschilderten Fällen bedenkenlos ihre erste Verfügung aufrecht erhalten wird. Ein starkes Stück wäre's. Unseres Erachtens sollte überhaupt kein Kind umgeschult werden, wenn die Eltern nicht damit einverstanden sind. Darum setzen nicht alle Eltern sich zur Wehr gegen die ihnen unerwünschten Umschulungen? Vielleicht würde dann die Schuldeputation erkennen, wie schwer unter derartigen Zwangsumschulungen manche Kinder und ganze Familien leiden. Jedes Kind muß ein Recht darauf haben, in seiner Schule bleiben zu dürfen, auch dann, wenn die Eltern bei einem Wohnungswechsel aus dem Schulbezirk wegziehen. Dieses Recht darf auch nicht geopfert werden der Rücksicht auf andere Kinder, die neu in den betreffenden Schulbezirk ziehen und für die die Eltern nun unter allen Umständen einen Anspruch auf die zunächst liegende Schule zu

haben glauben. Es ist eine Härte, daß Kinder eine Schule, die sie vom ersten Schuljahr an besucht haben, vielleicht nach im letzten Schuljahr mit einer anderen Schule austauschen müssen, weil neu zuziehende Kinder ihren Platz einnehmen sollen. Hätte Charlottenburg mehr Schulen und würden nicht die Klassen in der Regel von vornherein zu reichlich besetzt, so brauchten nicht die Kinder des Volkes durch zwei, drei, vier Schulen umhergeschoben und umhergehoben zu werden.

Die Wahlen zum Kaufmannsgericht in Charlottenburg finden Mittwoch, den 22. Oktober d. J., von 12—6 Uhr nachmittags statt. Zu wählen sind 24 Richter, und zwar 12 Kaufleute und 12 Handlungsgehilfen auf die Dauer von drei Jahren. Zur Teilnahme an der Wahl sind nur berechtigt solche Kaufleute, welche das 25. Lebensjahr vollendet und in dem Bezirke des Kaufmannsgerichts ihre Handelsniederlassung haben und mindestens einen Handlungsgehilfen oder Handlungslehrling regelmäßig das Jahr hindurch oder zu gewissen Zeiten des Jahres beschäftigen, und solche Handlungsgehilfen, welche das 25. Lebensjahr vollendet haben und in dem Bezirke des Kaufmannsgerichts beschäftigt sind, sofern ihr Jahresarbeitsverdienst den Betrag von 5000 Mark nicht übersteigt. Als Wahllokale sind folgende Restaurants bestimmt: für den 1. Abstimmungsbezirk: Erling, Am Bahnhof Westend 2; für den 2.: Rühn, Schloßstr. 45; für den 3.: Helmholzhof, Helmholzhofstr. 21/22; für den 4.: Kaffeehaus, Leonhardstr. 22, Eingang Friedbergstraße; für den 5.: Logenrestaurant, Berliner Straße 61, Eingang Nischhofstraße; für den 6.: Reimer, Wilmersdorfer Str. 21; für den 7.: Schier, Großmannstr. 20; für den 8.: Werdes, Augsburger Str. 28.

Nichtenberg.

Zu einem Zusammenstoß eines Straßenbahnzuges mit einem Kollwagen, bei dem drei Personen verletzt wurden, kam es am Mittwoch abend gegen 6 Uhr an der Ecke der Pöhlendorferstraße und der Frankfurter Chaussee. Dort fuhr ein Straßenbahnzug der Linie 108 gegen einen beladenen Kollwagen der Firma Messow u. Hirschfeld. Der Anprall erfolgte mit solcher Gewalt, daß Motorwagen und Weimagen schwer beschädigt wurden. Drei Fahrgäste des Straßenbahnzuges erlitten leichte Verletzungen. Die Verunglückten erhielten auf der nächsten Unfallstation die erste Hilfe und konnten sich dann nach ihren Wohnungen begeben. Durch den Zusammenstoß war eine Störung von 28 Minuten Dauer entstanden.

Wilmersdorf.

Der Stadtverordnetenversammlung am 15. Oktober ging eine gemeinschaftliche Sitzung mit dem Magistrat voraus. Gewählt wurden Stadtverordnete: Goldstein als Abgeordneter und Stadtv. Richele als Abgeordneter-Stellvertreter in den Verbandsausschüß des Kantonsverbandes der Gemeinden Berlin-Wilmersdorf, Berlin-Schmargendorf, Jehlendorf und Zehlendorf. Ferner wurde der Stadtverordnetenvorsteher Koch als Abgeordneter in den Provinzial-Landtag gewählt.

Nach Eröffnung der Stadtverordnetenversammlung hielt der Vorsitzende Koch eine große Gedankrede an die Völkerverschöpfung bei Leipzig. Wenn er dabei betonte, daß das schwierigste Werk der Befreiung von der schwer auf Preußen lastenden Hand des Korzens der großen Opferbereitschaft des Volkes zu danken sei, so kann man dagegen nichts einwenden. Seine Behauptung aber, daß ausgerechnet Friedrich Wilhelm III. der Führer jener großen Volksbewegung war, schlägt der Wahrheit doch allzu sehr ins Gesicht. — Die Frage der Einweisung einer gemäßigten Deputation für das Wohnungswesen, die bereits in der vorigen Sitzung die rückständigen Gemüter der Heenanen und Genossen allzu sehr erregt hatte, wurde ohne Debatte einem schließlichen Ausschusse überwiesen. — Zur Anlage eines Schmuckplatzes auf dem früheren Gelände des Joachimsthalschen Gymnasiums bewilligte das Kollegium in zweiter Lesung 16 000 M. — Die verstorbenen Geschwister D a u n haben testamentarisch die Stadtgemeinde Wilmersdorf als alleinige Erbin ihres ungefähr 95 000 M. betragenden Vermögens eingesetzt. Die Pläne des Nachlasses sollen nach testamentarischer Bestimmung zur Unterstüßung von 3 oder 4 verarmten oder durch Krankheit erwerbsunfähig gewordenen hier wohnhaften Bürgern oder Bürgerwitwen Verwendung finden. Die Stadtverordneten stimmten dem Magistratsantrage, die Erbschaft anzunehmen, zu.

Den letzten Verhandlungsgegenstand bildete die Beratung des Statutenentwurfs zur Landkrankenklasse. Der Vorsitzende mit allen Wählern gewählte Stadtverordnete Dr. Leibig getret bei der Bewertung dieser Klassenart mit sich selber in Widerspruch. In seinem Referat meinte er, der seinerzeitige Beschluß für Wilmersdorf eine Landkrankenklasse zu errichten, habe in der Öffentlichkeit einiges Aufsehen erregt und sei als reaktionär bezeichnet worden. Mittlerweile habe man aber die Landkrankenklassen zu schätzen gelernt. Besonders die Liberalen seien mit diesen Krankenklassen zufrieden. Im Schlußwort hieß es bei ihm aber anders. Da meinte er: Wir sind mit der Errichtung der Landkrankenklasse in eine schwierige Lage geraten. Er und seine Freunde hätten geglaubt, daß in ganz Großberlin Landkrankenklassen errichtet würden. Diese Aufstellung habe auch ursprünglich bei allen Reichs- und Staatsbehörden vorgeberichtet. Bei dem gegenwärtigen Rückwärts hätte man allerdings den Umfassung der Meinungen voraussehen können. Hierzu muß bemerkt werden, daß die meisten Großberliner Gemeinden bereits beschlossen hatten, die Hausangehörigen den Ortskrankenklassen zuzuführen, als Wilmersdorf erst zu der Frage Stellung nahm. Die Errichtung der Landkrankenklasse kam erst zur Veranlassung, als es die allerhöchste Zeit war. Und das geschah zweifellos mit Absicht. Denn der Magistrat mißfiel Herrn Leibig und seinem Troß waren sich von vornherein darüber einig, der Ortskrankenklasse ja nicht das Hauspersonal zu überlassen. Durch das späte Einbringen der Vorlage wollte man eine wirksame Opposition verhindern. In dem Statutenentwurf war nun der Magistrat über die gesetzlichen Mindestleistungen hinausgegangen und hatte folgende Mehrleistungen vorgeschrieben: Einen Zuschuß bis zur Höhe von 20 M. für größere Heilmittel; die Zahlung eines Taschengeldes in Höhe von einem Zehntel des Krankengeldes an diejenigen Mitglieder, deren Krankengeldausgabe gewährt wird und für die kein Hausgeld zu zahlen ist; Fürsorge für Gesessene nach Ablauf der Krankenhilfe bis zur Dauer von zehn Wochen; Pflegetage gegen Verunstaltung und Verlesung bis zum Betrage von 60 M.; Bedienungsdienste und ärztliche Geburtshilfe, die bei der Niederkunft erforderlich werden, Schwangerengeld bis zur Höhe des Krankengeldes und Gesamtwort von sechs Wochen; Hebammendienste und ärztliche Behandlung, die vor der Entbindung erforderlich werden; Stillgeld in Höhe des halben Krankengeldes bis zum Ablauf der zwölften Woche nach der Niederkunft; Sterbegeld in Höhe des dreifachen Betrages des Grundlohnes (Neuzahlung ist der zwanzigfache Betrag); ferner Wochenhilfe an verfallene Ehefrauen der Versicherten und Sterbegeld beim Tode des Ehegatten oder eines Kindes der Mitglieder. Dagegen lies nun Herr Leibig Sturm. Vorderhand könne man nicht über die gesetzlichen Mindestleistungen hinausgehen, denn die Landkrankenklasse sei ein Risiko. Mehrleistungen einzuführen sei Sache der Rassenorgane. Man solle auch ein wenig Achtung vor der Selbstverwaltung der Krankenkassen haben. Als ob überhaupt von einer Selbstverwaltung bei den Landkrankenklassen die Rede sein kann, wo nach dem Gesetz Rassenverband und -ausschuß von dem Vertreter des Gemeindevorstandes, also in diesem Falle vom Magistrat ernannt werden. Eine sonderbare Figur als Vertreter der Bürgerkraft nahm der Stadtverordnetenvorsteherstellvertreter Sanitätsrat Dr. Edel ein. Ihn interessiert nur, wie man es bei der Landkrankenklasse mit der Bezahlung der Ärzte halten werde. Von Dr. Leibig als der maßgebendsten Person im Hause vernichte er eine unabweisliche Erklärung darüber. Er sei Anhänger der freien Arztwahl. Schließlich meinte Herr Edel, man solle sich vorstellen, daß am 1. Januar die Landkrankenklasse nicht ohne Ärzte dastünde. Diese Ausführungen waren selbst einem Leidge, der hiesigen Lokal. Er wandte sich gegen die freie Arztwahl, verzichtete dem Dr. Edel, daß die Landkrankenklasse auf jeden Fall

Arzte bekommen werde und bestritt ihm, daß die Ärzte ihre Wünsche etwas zurückgeben müßten, denn in Geldfragen häre die Gemütsfreiheit auf. Die Vorlage wurde schließlich einem neungliedrigen Ausschusse überwiesen. Hier dürfte schon dafür gesorgt werden, daß die vom Magistrat vorgesehene Mehrleistungen aus dem Statut verschwinden.

Schöneberg.

Ein schwerer Automobilunfall hat sich am Mittwoch an der Ecke Haupt- und Kaiser-Friedrich-Straße zugetragen. Als nachmittags gegen 4 Uhr der 19-jährige Musiker Gerhard Risch den Fahrweg überschreiten wollte, wurde er von einem herannahenden Privatautomobil umgestoßen und überfahren. Der Verunglückte erlitt eine Gehirnerschütterung und eine erhebliche Quetschung beider Arme und mußte nach dem städtischen Krankenhaus geschafft werden.

Neulösn.

Am Sonntag, den 19. Oktober, fällt die Spielpartie aus. Am Mittwoch, den 22. Oktober, nachmittags 5 Uhr, finden Märchenvorlesungen in den beiden Jugendheimen, Idealpassage und Rogatzstr. 15, statt. Der Eintritt ist frei.

Brig-Buckow.

In der Generalversammlung des Wahlvereins referierte Genosse Hartwig über das Thema: Warum muß der Arbeiter sich mit Geschichte befassen? Die Anwesenden folgten dem interessanten Referat mit regem Interesse, was auch die Diskussion bewies. Alsdann nahmen die Versammelten den Bericht des Vorstands entgegen. Die Mitgliederzahl des Wahlvereins sowie die Zahl der „Vorwärts“-Abonnenten hat zugenommen. — Bei den Berichten der einzelnen Kommissionen war besonders bemerkenswert, daß unser Gemeindevorteiler in Buckow an zwei Sitzungen der Gemeinde im abgelaufenen Quartal teilgenommen hatte, daß hingegen in dem viel größeren Ort Weich seit langem keine Gemeindefitzung stattgefunden hat.

Die Sammlung für die Ferienspiele der Kinder hatte 128,00 M. erbracht, die dem Sammlungsziel entsprechend verwendet wurden. Es wurde alsdann noch mitgeteilt, daß am Mittwoch, den 22. d. M., im Lokal von Radday eine öffentliche Versammlung stattfindet. Thema: Arbeitslosenfürsorge. Referent Stadtverordneter Wugh.

Neu-Zittau (Kreis Beeskow).

Aus der Gemeindevertretung. Der Gemeindevorsteher teilte zunächst mit, daß der Köpfermeister Müller wegen einer Restforderung vom Schulhausbau den Klageweg gegen die Gemeinde beschritten habe. Der Bahnbau Neu-Zittau-Erdner hat die Sächsische Thüringische Bahnbau-Gesellschaft veranlaßt, den Gemeinden Woltersdorf, Rüdersdorf, Erdner, Neu-Zittau, Gosen, Köpenitz das Projekt einer gleichlokalen Bahn, Autobus mit Oberleitung, zu unterbreiten; anscheinend stellt sich das Projekt sehr günstig, da nur von der Gemeinde Neu-Zittau 618 M. jährliche Verzinsung des Anlagekapitals gefordert werden. Es wurde beschlossen, näheres mit den Nachbargemeinden zu vereinbaren. Bei Punkt Umwandlung der Gemeinde-Krankenkasse nach der Versicherungsordnung schlug der Schöffe Vorkhardt vor, die vorhandenen Vermittel der Kasse zu möglichen Zwecken zu verwenden. Den Vertreter Tischlermeister Bruchle brachte der gutgemeinte Vorkschlag so in Harmonie, daß er drohte, bis an das Ministerium zu gehen, falls so verfahren würde. Vom Kriegerverein und anderen bürgerlichen Vereinen war beantragt, 60 M. als Beigabe zur Frier der Völkerverschöpfung bei Leipzig zu bewilligen. Die Genossen Schulz und Witzord wandten sich gegen eine derartige Ausgabe; Genosse Pettei hielt den bürgerlichen Vertretern vor, daß im Winter der Antrag des Genossen Schulz, Kindern, welche mittags nicht zu Tisch gehen können, einen Becher warme Milch zu liefern, wegen Mangel an Mitteln abgelehnt worden sei, hier aber sei mit einmal Geld vorhanden. Troydem wurde der Antrag gegen die Stimmen unserer Genossen angenommen.

Röntgenital, Zepernitz, Buch.

In der Generalversammlung des Wahlvereins ergriffte Genosse Schwarzburger, Ober-Schönebeck, den Bericht vom Parteitag in Jena. Redner erörterte in eingehender Weise die einzelnen Punkte; seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Diskussion schloß sich dem Referat nicht an. Aus dem Halbjahresbericht war folgendes zu entnehmen: Einnahmen und Kassenbestand vom vergangenen Halbjahr 888,98 M.; Ausgaben 241,86 M. Die Zahl der Mitglieder ist erheblich gestiegen, namentlich sind für Buch und Röntgenital gute Fortschritte zu verzeichnen. Dagegen ist die Zahl der „Vorwärts“-leser zurückgegangen. Hier sollte zur Werbung neuer Abonnenten eine tatkräftige Agitation entfaltet werden. Die Zahl der Leser der „Arbeiterjugend“ ist von 52 auf 84 Abonnenten gestiegen.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Stenide (Nordbahn). Heute Freitag, abends 7 Uhr, im Gemeindebureau, Hauptstr. 18.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeglieder ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Spiel und Sport.

Wanderee.

Arbeiter-Touristenverein „Die Naturfreunde“. Ortsgruppe Berlin. Infolge der am Sonntag, den 19. Oktober, stattfindenden Volksversammlungen fallen sämtliche für diesen Tag angelegten Veranstaltungen aus.

Arbeiter-Wanderverein Berlin. Anlässlich der am Sonntag, den 19. Oktober, stattfindenden Versammlungen fällt die Tour Gernsdorf-Zepernitz aus.

Arbeiter-Wanderverein „Die Naturfreunde“. Ortsgruppe Berlin. Am Sonntag, den 19. Oktober, fallen die im Tourenprogramm festgesetzten Wanderrungen infolge der Massenversammlungen aus.

Der Deutsche Arbeiter-Wanderverein „Die Naturfreunde“ hat für Neu-Zittau eine selbständige Ortsgruppe gegründet. Der Bund zählt bereits am Orte 120 Mitglieder.

Radfahrer.

Arbeiter-Radfahrerband „Solidarität“. Ortsgruppe Berlin. Sämtliche Touren am Sonntag, den 19. Oktober, fallen wegen der Protestversammlungen aus.

Für die Ortsgruppen der Bezirke 2 und 21 fallen gleichfalls alle Touren am 19. Oktober aus. Die Genossen werden ersucht, an der zunächst gelegenen Protestversammlung teilzunehmen.

Ortsgruppe Ober-Schönebeck. Sonntag, den 19. Oktober, früh 8 Uhr, nach Waldmannslust. Start: Restaurant Schöppler, Elewensstraße 23.

Ortsgruppe Lichtenfelde. Sonntag, den 19. Oktober, früh 7 Uhr: Pflanzflour (Kalenderverteilung). Start bei Lensch. Regere Beteiligung erwünscht.

Arbeiter-Radfahrerband Groh-Berlin. Die Frühstouren fallen aus. Nachmittagsstouren finden erst nach den Versammlungen statt.

Tatner.

Ober-Schönebeck. Sonntag, den 19. Oktober, nachmittags 3 Uhr, findet auf dem Spielplatz des Turnvereins Obersee (Hinter Villa Weizenburg) ein Fußballspiel der ersten Mannschaften des Sportclubs Obersee (Mitteilung des Turnvereins Obersee) gegen den Arbeiter-Turnverein Adlerhof statt. Freunde und Anhänger des Fußballsports sind dazu eingeladen.

Die freie Turnerschaft Neulösn-Brig veranlaßt am Sonntag, den 19. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr, in A. Barckes Festsaal, Hermannstraße 49, ein Schauvorneben der Männer-Abteilungen. Nach dem Turnen Kommerz und Volk. Freunde und Gönner der Turnerei sind freundlich eingeladen. Eintritt gegen Programmabnahme 10 Pf.

Bezirks-Ferienspiele I. Kreis 2. Bezirk.

Fußball:	
Bernau-Banlow	87: 97
Borsigwalde-Schönholz	67: 65
Zehlendorf-Neulösn	86: 86
Tegel-Wittenau	69: 40
2 x 500 Meter-Safette:	
Bernau-Banlow	Walten-Neulösn
65 Sekunden	30 Meter gewand: 70 Sekunden

Fußball.

Wärfische Spielvereinigung. Am kommenden Sonntag finden folgende Spiele statt: ...

Arbeiter-Samariterbund, Kreis Brandenburg. ...

Aus aller Welt.

Zum Untergang des „Vulturino“.

Der mit dem „Großen Kurfürst“ in New York mit 104 Überlebenden angekommene dritte Offizier des „Vulturino“ ...

Wie aus London berichtet wird, hat eine Versammlung der Union der Matrosen und Heizer einstimmig beschlossen ...

Zeichen der Zeit.

Die schlechte Konjunktur auf dem Arbeitsmarkte tritt auch in der Häufung der Verzweiflungsakte deutlich in die Erscheinung ...

Das Eisenbahnunglück in Liverpool.

Bei dem Zugzusammenstoß auf dem Bahnhof Liverpool wurden nach den amtlichen Ermittlungen sechs Passagiere getötet ...

Kleine Notizen.

Von einem Einbrecher erschossen. In der Nacht zum Donnerstag wurde im Bornauer Bezirk in Leipzig der 18-jährige galizische Arbeiter Kozaka bei einem Einbruch in einem Eisenwarengeschäft ...

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 3. Heft des 32. Jahrgangs erschienen. ...

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 22. Nummer des 30. Jahrgangs erschienen ...

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet ...

dafür, daß das Geld aus Ihrem Arbeitsverdienst stammt ...

Marktpreise von Berlin am 15. Oktober 1913.

Wasserstands-Nachrichten

Table with 4 columns: Wasserstand, am, seit, Wasserstand, am, seit. Lists water levels for various locations like Remel, Müritzersee, etc.

Möbel Komplett Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Möbel in grosser Auswahl auf Kredit. Kleine Anzahlung, geringe Abzahlung. Ev. ohne Anzahlung.

Anzüge

für Herren in Jackett-, Rock-, in hochmodernen Farben, aus besten Stoffen, selbst angefertigt, für jede Figur passend, auf Lager, werden zu folgenden billigen Preisen zum Verkauf gestellt:

- Jackett-Anzüge M. 10, 16, 20 etc. Gehrock-Anzug 18, 22, 27 Winter-Ulster 12, 16, 22 Herren-Paletots 6, 8, 12 Jünglings-Anzug 8, 10, 14 Hosen 2, 3 bis 6

Garderobehaus. Hauptgeschäft: Gr. Frankfurter Straße 116 an der Androssstraße. Zweigt. Schönhauser Allee 101.

Spezialarzt für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden. Ehrlich-Nata. Blutuntersuchung. Schnelle, sich Heilung. Mäßige Preise. Dr. med. Wockenfuß, Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor) Sprechst. 8-9, 11-2, 5-8, Sonnt. 8-9.

Kostüme, modern Ulster, äußerst schick Plüschmäntel, elegant Kinder-Paletots Blusen und Röcke direkt aus Arbeitsstuben billigst **Magnus Meyer** Blücherstr. 13, 1. Etage. Sonntags geöffnet. Kein Laden. Parteilmitgl. erhält 5% Ermäßigung.

Heines Werke 3 Bände 4 Mark Buchhandlung Vorwärts Anfertigung veranlagt: Th. Mode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

Baer-Sohn Warm gefütterte **Loden-Joppen** **Pelz-Joppen** Spezial-Haus größten Maßstabes für Herren- und Knaben-Kleidung Chausseestraße 29-30 BERLIN 11 Brückenstraße 11 Gr. Frankfurter Straße 20 Gegr. 1891 Schöneberg, Hauptstr. 10 Sonntags nur von 12-2 geöffnet. - Prompter Versand nach außerhalb. Der Haupta-Log Nr. 48 (Neueste Moden) kostenfrei. **Dr. Simmel** Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, direkt am Moritzplatz 10-2, 5-7, Sonntags 10-12. **Gänse-Artikel** täglich frisch in großer Auswahl, empfiehlt **Hermann Leißner**, Kaiser-Wilhelm-Str. 11 (Gehaus Hötterstraße). Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.



Die Grubenkatastrophe in Cardiff. Die Unlücksstätte

Stadtverordneten-Versammlung.

20. Sitzung vom Donnerstag, den 16. Oktober 1913, nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher **Richter** eröffnet die Sitzung nach 5¼ Uhr. In den Ausschuss für die Vorlage betr. den Vorentwurf zum Neubau einer Heil- und Pflegestätte in Buch sind auch die Stadtv. **Swald**, **Kann**, **Noblenger** und **Dr. Wehl** (Soz.) gewählt worden; der letztere ist zugleich stellv. Vorsitzender des Ausschusses.

Der bisherige Stadtv. **Grundwald** (Soz.) hat wegen Verzugs in einem Vorort die Niederlegung seines Mandats angezeigt.

Am 12. Juni cr. überwies die Versammlung den Antrag **Krons** (Soz.)

Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen:

die Benutzung der städtischen Turnhallen den Jugendabteilungen des Turnvereins „Fichte“ auch weiterhin zu überlassen oder dem Turnverein „Fichte“ Räume zur Verfügung zu stellen, aus deren Benutzung dem Provinzial-Schul-Kollegium eine Einwirkung nicht zusteht.

einem Ausschuss zur Vorberatung. Dieser Ausschuss hat am 30. September getagt und den Antrag in beiden Teilen mit allen gegen 5 Stimmen abgelehnt. Von Seiten des Magistrats ist geltend gemacht worden, daß man die Frage lediglich vom Standpunkt der Unterrichtsdisziplin zu beurteilen habe, und unter Hinweis auf die veränderte Stellungnahme des Reichsgerichts, wie sie sich in dem Beschluß vom 7. Dezember 1912 dokumentiere, die Auffassung vertreten worden, daß die Stadtverwaltung beim Fehlen des Unterrichtsverlaufsbeschlusses eines (Staatsministerial-)Instruktion vom 31. Dezember 1899 einen detaillierten Privatunterricht weiterhin nicht dulden könne; dabei wurde es keinen Unterschied, ob es sich um „Unterricht“ oder um „Übungen“ handle. Diesen Verlegungen pflichtete die Ausschussmehrheit im wesentlichen bei und lehnte es auch ab, auf den Boden eines Zusatzantrages zu treten, wonach zunächst die Entscheidung des Staatsministeriums über die vom Turnverein „Fichte“ eingelegte Beschwerde abgewartet werden, bis dahin aber die Überlassung der Schulturnhallen weiter stattfinden solle.

Der Referent des Ausschusses, Stadtv. **Galland** (A. L.), gibt nach einem Rückblick auf die Vorgeschichte der Angelegenheit eine Darstellung der Sachlage, wie sie sich seit Dezember 1912 gestaltet hat. Die Reichsgerichtsentcheidung sei maßgebend und ihr habe sich auch die Stadt Berlin zu fügen.

Stadtv. **Stadthagen** (Soz.): Im Gegensatz zu dem Antrage des Ausschusses bitten wir Sie, unseren Antrag in der erweiterten Fassung anzunehmen, die er von den Antragstellern im Ausschuss erhalten hat. Der Verein hat auf die Entscheidung des Ministers über die eingereichte Beschwerde bis jetzt vergeblich gewartet. Daß der Minister nicht antwortet, dafür kann doch der Turnverein nicht verantwortlich gemacht werden. Der Magistrat hat eine Verlängerung der dem Verein gestellten Frist über den 1. Oktober hinaus abgelehnt; da der Turnverein den Minister nicht zwingen kann, Antwort zu geben, so muß doch, wenn man nicht in höchstem Grade inkonsequent sein will, die Frist verlängert werden, bis die Entscheidung des Ministers da ist. Es handelt sich hier um ein ausnahmsweises, verfassungsmäßiges und gesetzwidriges Vorgehen gegen den Turnverein „Fichte“. Gewiß ist der Magistrat dabei „gehabt“ worden; aber er ist im Irrtum, wenn er glaubt, durch das Gesetz oder durch die Reichsgerichtsentcheidung zu seinem Vorgehen gezwungen zu sein. Die Ministerialinstruktion stammt aus einer Zeit, wo das Turnen überhaupt unterlag und der Turnvater Jahr des Hochverrats angeklagt war, weil er die höchst gefährliche Lehre von der Einheit Deutschlands predigte. In der Entscheidung der vereinigten Strafsenate steht kein Wort von Turnunterricht; der Turnunterricht wurde schon übrigens deshalb nicht unter jene Verordnung fallen, weil damals das Turnen als staatsgefährlich überhaupt verboten war. Es ist doch ganz unmöglich, heute in so reaktionärem Sinne zu verfahren, ohne sich selbst ins Gefäß zu schlagen. Es ist ja auch jenen Turnlehrern des Vereins, welche den Erlaubnisbeschein besitzen, unterlagt worden, in dem Verein zu unterrichten, der Markt Beweis, daß es sich um eine rein politische Maßnahme und folgerichtig um einen Bruch der Verfassung handelt. Wenn die Ausschussmehrheit meint, sie könne nicht annehmen, daß das Ministerium anders entschieden werde, so stellt sie damit doch dem Ministerium ein Mißtrauensvotum aus, zu dem ich mich vorläufig noch nicht entschließen möchte; es spricht daraus ein ganz übermäßiger Mangel an Zurechnung. Das Statut des Vereins enthält kein Wort von „Turnunterricht“; Unterricht und Übungen sind etwas grundverschiedenes; was berechtigt den Magistrat, hier ohne weiteres „Turnunterricht“ anzunehmen? Erzieherische Tätigkeit liegt dem Verein völlig fern; er hat nur, er gibt nur Gelegenheit zum Turnen auf volkstümlicher Grundlage. Ich muß die Zurechnung haben, daß der Minister nach dem Grunde der Beschwerde des Vereins statgeben wird, weil in § 4 der Städteordnung ausdrücklich gesagt ist, daß alle Veranstellungen der Stadt allen Bürgern ohne Unterschied, also auch ohne Unterschied der politischen Richtung, zugänglich sind. Deswegen mußte doch auch der Magistrat warten,

bis der Minister beziehungsweise das Staatsministerium seine Entscheidung gefällt hat. Viel schlimmer aber finde ich den Eingriff in die Selbstverwaltung, der hier begangen worden ist. Unsere Nachbargemeinde Schöneberg ist längst in dem Sinne des zweiten Teils unseres Antrages vorgegangen, ohne daß bis jetzt etwas dagegen geschehen wäre. Warum soll Berlin nicht ähnlich vorgehen, warum will es diesen Sclap einfach hinnehmen? Wie kann man eine Rohrbunderteiler der Völkervereinigung begehen und gleichzeitig die schmachtenden Karlsruher Beschlüsse durch ein solches Verhalten nachträglich sanktionieren? Den Antrag, daß die Stadtverwaltung wenigstens eigene Räume zur Verfügung stellt, die dem Einfluß der Schulaufsichtsbehörde entzogen sind, kann ein wirklich Liberaler nicht ablehnen, wenn er sich nicht der Drangsalierung aus politischer Verfolgungssucht mitschuldig machen will. Es sind bei den Uebungen Ordner, Leiter da, aber nicht Lehrer. Unzweifelhaft haben die Mitglieder des Turnvereins „Fichte“ das Recht, sich durch Turnübungen zu betätigen, und dieses Recht soll ihnen genommen werden! Weisen Sie diese ungeschickliche Zumutung der Reaktion zurück, indem Sie wenigstens den zweiten Teil des Antrages annehmen! (Beifall.)

Die Verhandlung wird hier unterbrochen und in gemeinsamer Sitzung der beiden städtischen Behörden unter Vorsitz des Oberbürgermeisters **Wermuth** in die Versammlung des Zweckverbandes Groß-Berlin an Stelle des verstorbenen Stadtv. **Ahlmann** der Stadtv. **Dührsen** tritt gewählt.

Darauf wird in der unterbrochenen Verhandlung fortgefahren. Stadtv. **Hirsekorn**: Ein Anspruch darauf, daß dem Turnverein „Fichte“ die städtischen Turnhallen überhaupt gesperrt werden sollen, ist von der Regierung nicht erhoben worden, die Männer- und Frauenabteilung desselben können ungehindert weiter in unseren Turnhallen turnen. Es handelt sich um eine rein unterrichtliche Frage. Auch die neue Entscheidung des Reichsgerichts betrifft den Turnunterricht bei Jugendlichen, und an sie muß der Magistrat sich halten und die Konsequenzen daraus ziehen, weil er sich sonst der Beihilfe zu einer von dem Gesetz mit Strafe bedrohten Handlung schuldig machen würde. Der Magistrat hat, indem er die Frist bis zum 1. Oktober hinaussetzt, ein weitgehendes Entgegenkommen gezeigt; er wollte die Uebergangszeit nicht zu knapp bemessen. Wir wissen ganz genau, wie der Unterrichtsminister über die Sache denkt; ein Erfolg ist von der eingelegten Beschwerde nicht zu erwarten. Es gibt auch keinen Zusammenhang von dem einzelnen Minister an das Staatsministerium; es läßt sich nur auf ein weiteres Hinausschieben hinaus. Es ist sich um Turnlehrer, Turnwart, Turnleiter oder Fortturner handelt, ist von untergeordneter Bedeutung; eine Leitung ist unbedingt erforderlich, und für diese Leiter verlangt nunmehr das Reichsgericht den Unterrichtsbescheinigung.

Stadtv. **Rosenfeld** (Soz.): Diese Ausführungen sind nicht geeignet gewesen, die Darlegungen des Kollegen Stadthagen zu entkräften, insbesondere den Vorwurf, daß wir einen Eingriff in die Selbstverwaltung zulassen, wenn wir uns auf den Standpunkt des Magistrats stellen. Es muß mit Bedauern konstatiert werden, daß die heute im Magistrat herrschenden Anschauungen viel rückwärtlicher sind als in der Vergangenheit; ich verweise da nur auf eine Erklärung Reichners vom 13. März 1897, die mit wahrhaft goldenen Worten die Unparteilichkeit der städtischen Behörden als selbstverständlich betont. Stünde der Magistrat noch auf jenem Standpunkte, so müßte er erklären, er gebe sich nicht dazu her, unter dem Deckmantel jener alten Verordnung den Turnverein „Fichte“ anders als andere Vereine zu behandeln, bloß weil er politisch verdächtig ist. Der Minister hat dem Magistrat lediglich ein Exemplar des Reichsgerichtsentfalls überhandt „zur weiteren Veranlassung“; der Magistrat soll also erst prüfen, ob dieses Erkenntnis auf die Jugendabteilungen des Turnvereins „Fichte“ Anwendung findet. Diese Prüfung scheint sich der Magistrat gänzlich erspart zu haben. Trotz der Ausführungen des Kollegen Stadthagen stellt der Magistratsvertreter Turnunterricht und Turnübungen einfach gleich! Es fehlt völlig an der Feststellung, daß ein „Turnunterricht“ dort stattfindet, und das Wagnemachen mit dem Ueberbürgermeister auf der Anlagebank wegen Beihilfe zu einer strafbaren Handlung gilt einmütigen doch noch nicht. Der Magistrat zeigt sich heute eben viel rückwärtlicher als in früheren Jahren. Und auch die Vertreter der Versammlungsmehrheit haben im Ausschuss bedauerlicherweise gegen den Verein Stellung genommen, in ganz besonders einseitiger und voreingenommener Weise namentlich ein Herr, der heute hier nicht erschienen ist. Nur ein Mitglied der bürgerlichen Fraktionen hat sich auf unsere Seite gestellt. Den zweiten Teil des Antrages empfehle ich Ihnen noch deswegen, weil es sich in dem Verlangen des Provinzial-Schul-Kollegiums durchaus nur um die Turnhallen handelt, welche den Gemeindeschulen dienen. Mit der Ablehnung unseres Antrages leisten Sie den Bestrebungen Vorschub, einen Turnverein nur deshalb zu sanktionieren, weil ihm Sozialdemokraten angehören. (Beifall.)

Stadtv. **Reimann** (A. L.): Herr Kollege Rosenfeld hat vorher die Worte des Oberbürgermeisters Reichner zitiert und einen Gegenobjekt konstatieren wollen zwischen uns und Reichner damals. Richtiger haben uns geäußert, sondern das Reichsgericht hat sich geändert. Der Magistrat hat vollkommen korrekt gehandelt. Auch bei Uebungen Jugendlicher muß ein Leiter, ein Unterrichtsleiter zu gegen sein. Den zweiten Teil des Antrages müssen wir ebenfalls

ablehnen; die betreffenden Lehrlinge haben in zahlreichen Turnvereinigungen ausreichende Gelegenheit, sich turnerisch zu betätigen.

Demnach schließt die Erörterung. Im Schlusswort tritt der Referent den Ausführungen Stadthagens nochmals entgegen. Nur eine Befestigung der Reichsgerichtsentcheidung und der Bestimmungen von 1894 und 1899 könne den Antragstellern zu Hilfe kommen. Auch das Ministerium müsse sich nach einer Reichsgerichtsentcheidung richten.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten wird der Antrag **Krons** in beiden Teilen abgelehnt.

Das Oriskstatut wegen Errichtung einer Abteilung der Gewerbe-Deputation für Arbeitsnachweise ist von dem eingesetzten Ausschuss mit unerheblichen Modifikationen genehmigt worden. Der Referent Stadtv. **Sonnenfeld** (A. L.) ist nicht anwesend; er wird durch den Stadtv. **Brunglow** (A. L.) vertreten. Die Versammlung beschließt ohne Debatte nach den Ausschussanträgen.

Das Oriskstatut zum Schutze der Stadt gegen Verunstaltung soll auch die Umgebung der städtischen Parkanlagen ausgedehnt werden; ein neu eingeschalteter § 5 stellt demgemäß die Umgebung des Tiergartens und aller städtischen Schmuckplätze unter den öffentlichen Schutz dieses Oriskstatuts.

Stadtv. **Staf** (A. L.) beantragt Ausschussberatung. Das Oriskstatut habe sich bewährt und seine Erweiterung im Sinne der Vorlage sei durchaus zu begründen. Im einzelnen müsse aber geprüft werden, ob die beschleunigten Beschränkungen in dem beantragten Umfang notwendig und erträglich sind.

Nachdem auch Stadtv. **Buske** (Fr. Fr.) sich ähnlich geäußert, wird Ausschussberatung beschlossen.

Dem Versammlungsbeschlusse auf Einrichtung einer Deputation für die Schulspeisung ist der Magistrat beigetreten und hat den Vorsitz in der Deputation dem Stadtschulrat **Dr. Fischer** übertragen. Die von der Versammlung zu entsendenden 4 Mitglieder werden demnächst gewählt werden.

Eine sehr umfangreiche Vorlage betrifft die Verlegung des Großmarktes für Obst, Gemüse und Räucherwaren von der Zentralmarkthalle nach dem jetzt der Boden-Artien-Gesellschaft Berlin-Nord, der Firma **Fr. Gebauer**, dem Kohlensyndikat und der Firma **Ernst Kupfer u. Co.**, G. m. b. H., gehörigen Terrain an der **Boulevardstraße** und dem **Berlin-Spandauer Verbindungskanal**. Dieses Gelände ist 167 230 Quadratmeter groß und nach Ansicht der Marktballendeputation für die Zwecke dieses Großmarktes am besten geeignet. Der Kaufpreis soll 16 678 000 M. betragen, d. h. durchschnittlich 99 M. pro Quadratmeter. Die Firma **Gebauer**, die ihre große und fast neue Eisengießereianlage aufgeben möchte, fordert für 33 782 Quadratmeter 4,8 Millionen Mark = 143 M. pro Quadratmeter. Der Magistrat beantragt die Genehmigung des Kaufs und die Bewilligung der dazu erforderlichen Summe. Die Verkäufer haben sich nur bis zum Ende dieses Monats an ihre Offerte gebunden. Zu den Grundwertbeträgen würden hinzutreten: 2,8 Millionen Baukosten des Bahnan Anschlusses, 10 1/2 Millionen Baukosten für die Groshalle, 780 000 M. Bauzinsen und 4 Millionen Verzinsung und Amortisation des Kaufgeldes auf 4 Jahre; also Gesamtkostenbetrag 34 1/2 Millionen Mark.

Stadtv. **Berubi**: Die Vorlage soll dem Ziel einer umfassenden generalisierteren Nahrungsmitteleverversorgung der Großstadt die Wege ebnen. Die heutigen Zustände in der Umgebung der Zentralmarkthalle sind notorisch unhaltbar und unerträglich. Auch die beschlossene Verlegung des Fleischgroßmarktes schafft durchaus keine durchgreifende Abhilfe. Diese Ueberzeugung stellt mit dem Magistrat und der Versammlung auch der Polizeipräsident. Die Agitation der Obst- und Gemüse-Großhändler gegen unseren Plan kann unter diesen Gesichtspunkten auf Willigung nicht rechnen; der Platzmangel in der Engroshalle ist eben zu groß und ihre Erweiterung an Ort und Stelle eine Unmöglichkeit, sie wäre nur ein höchst kostspieliges, aber nutzloses Experiment. — Der jetzt vorgeschlagene Platz bietet für die Verjüngung Berlins und der weilschen Vororte geradezu ideale Vorzüge; 1200 Meter Wasserweg grenzt unmittelbar an, der Bahnananschluß ist leicht und bequem, die Lage völlig abgeklüftet, eine Einengung durch Behausung nicht zu befürchten und die Ausdehnungsfähigkeit der Anlage um Jahrzehnte hinaus gesichert. Dem heutigen Monopol des Großhändlerturns werde damit auch endlich ein Damm entgegengestellt werden können. Dem Entgegenkommen der Eisenbahnerverwaltung spricht der Magistratsvertreter noch besonderen Dank aus und verdeutlicht dann die vom Magistrat aufgestellte Rentabilitätsberechnung. Großen Opfern siehe hier auch ein großer Gewinn gegenüber. (Beifall.)

Stadtv. **Jacobi** (A. L.): Die Markthallen sind seit Jahren das Schmerzenskind der städtischen Verwaltung. Die deutschen Uebelstände in der Umgebung der Zentralmarkthallen sollten durch Verlegung des Großmarktes nach der Anprobestrage aus der Welt geschafft werden. Im Jahre 1909 haben wir diese Verlegung „schleimig in die Wege zu leiten“ verlangt, und der Magistrat trat diesem Beschlusse bei. Aber es ist nichts geschehen; vielmehr haben wir vor kurzem den Fleischgroßmarkt nach dem Schlachthof zu verlegen beschlossen — ein durchaus praktischer Beschluß. Die Gründe, aus denen wir 1909 den Kauf des Geländes an der Baustrage ablehnten, treffen im ganzen auch auf das Gelände an der Boulevardsstraße zu. Die Kleinhändler in Obst und Gemüse, die im Osten wohnen, würden durch die Verlegung des Engroshalles bis nach Charlottenburg schwer benachteiligt. Der Wasseranschluß ist da nicht so ausfallgebend, wie es hingestellt wird. Was aus dem Terrain an der Anprobestrage werden soll, darüber sagt die Vorlage kein Wort; und wird es mit der Umgebindeung aus Charlottenburg und Tegel so glatt geben? — Die Detailmarkthallen-Unternehmung von 1896 hat sich überlebt; die notwendigen Markthallen sollten baldigst abgehoben werden, auch die Zentraldetailmarkthalle wird das Schicksal der übrigen teilen, wenn erst die Großmarkthalle da fort ist. Die Rentabilitätsberechnung zeigt eine Erhöhung der Stempelsteuer um 10 Pf. voraus, ein recht bedenklicher Schritt. Immerhin wären manche von uns dem ganzen Projekt geneigter, wenn die Preise uns nicht ganz unannehmbar erschienen. (Zustimmung.) Wo fände sich heute ein Käufer, der für 16 1/2 Millionen dieses Terrain erwerben wollte? Wenn wir das Terrain nicht preiswert bekommen, werden wir eben nach der Anprobestrage oder anderswohin gehen. Immerhin beachtlichen wir nicht etwa, das Projekt übers Ante zu brechen, sondern wir sind entschlossen, es eingehend zu prüfen.

Stadtv. **Dr. Anauer** (A. L.): Wir stehen der Vorlage sehr sympathisch gegenüber. Gegen die Verlegung des Obst- und Großmarktes nach der Baustrage wurden seinerzeit mit Recht wegen der Unzulänglichkeit des Raumes Bedenken geltend gemacht; jetzt endlich ist ein geeignetes Terrain gefunden. Die Zustände am Alexanderplatz hatten jeder Beschreibung. Seit 1901 haben wir gefordert, daß der Fleisch-, Obst- und Gemüse-Großmarkt verlegt werde. Die Stellungnahme der Großhändler verriet zu sehr eigene Interessen ohne Rücksichtnahme auf andere. Den angebotenen Plätzen werden sie nicht aufrechterhalten; das sind nur Schredschüsse. Das jetzige Projekt bietet für die künftige Halle einen ausgezeichneten Bahn- und Wasseranschluß, die Möglichkeit der Zukunftsentwicklung ist hier viel mehr als in der Anprobestrage gegeben. Der große Straßenausbau, den wir im Norden der Stadt anlegen wollen, wird auch von den Obsthändlern benutzt werden können. Bedenken erweckt der außerordentlich hohe Kaufpreis, sowie der Umstand, daß ein großer Teil des Terrains auf Charlottenburger Gebiet liegt. Bei den heutigen Verkehrsverhältnissen ist aber der Einwand der zu großen Entfernung hinfällig. Das Projekt hat eine große Zukunft und bietet viele Vorteile. Wie lange wird aber die Verlegung des Großmarktes dauern? Angehts einer 34-Millionen-Forderung ist eingehende Prüfung unumgänglich.

Stadt, Dobe (A. L.): Auch ich bin für gründliche Prüfung und beanstande den hohen Preis; sonst aber sichte ich dem Projekt doch freundlicher als mein Reaktionsfreund Jacobi gegenüber.

Stadt, Dinge (Sog.): Wegen die Vorlage hat Kollege Jacobi eingewendet, daß wir ein billigeres Terrain an der Anprobestraße in Händen hätten. Leider hat man die bezüglichen Beschlüsse einfach ad acta gelegt und neue Vorschläge gemacht.

Stadt, Gronowalt (A. L.): Man soll doch tunlichst solche Anlagen auf eigenem Grund und Boden errichten, also das Terrain an der Anprobestraße nicht ganz außer acht lassen.

Stadt, Körte (Fr. Fr.) tritt im allgemeinen dem Stadtverordneten Dobe bei. Erwünscht wäre allerdings, wenn schon ein Projekt vorläge, damit nicht zu viel Binsen verloren gehen.

Stadt, Kuyke (Fr. Fr.): Ein großer Teil von uns ist durchaus gegen das Magistratsprojekt, sowohl wegen seiner exponierten Lage, als wegen seines hohen Preises.

Damit schließt die erste Beratung. Die Vorlage geht an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern. Derselbe wird sofort vom Vorstande ernannt; ihm gehören von der sozialdemokratischen Fraktion Drescher, Hünke, Meyer und Wille an.

Nach Erledigung einer Anzahl kleinerer Vorlagen ohne größeres Interesse schließt die öffentliche Sitzung um 4 1/2 Uhr.

Soziales.

Ziegler-Glend.

In den Ziegeleien haben sich vielfach noch die elendesten und verwerflichsten Arbeitsverhältnisse erhalten. Das Trugsystem grassiert hier noch in seinen schrecklichsten Auswüchsen, ein schamloser, nicht konfessioneller Schnapsbandel gehört ebenfalls dazu.

Hoffentlich sorgt nun aber auch die Gewerbeinspektion, die anscheinend bisher von den greulichen Dingen nichts erfahren hat dafür, daß die Vorschriften beachtet und nicht durch neue Tricks umgangen werden.

Der Vorstand des Verbandes deutscher Arbeitnachweise hat beschlossen, dem Verbandsausschuss Bestimmungen über die Einrichtung und Verwaltung von Facharbeiten zu weisen.

Recht interessante Dinge, die die ganze Hisslosigkeit beweisen, mit der die Verwaltungsbehörde Krankheiten am Gesellschaftskörper gegenübersehen, kamen in der letzten Sitzung der Stadtverordneten in Frankfurt a. M. bei Erörterung der Frage nach Errichtung von Bordellhäusern zur Sprache.

Bierherz oder Unfallherz?

Ein äußerst interessanter Rentenstreit hat vor dem Oberversicherungsamt Chemnitz jetzt ein für den Verletzten günstiges Ende gefunden. Es kam die Frage der Verjährung in Betracht.

Der Vierfahrer W. in Chemnitz, ein Mann von 30 Jahren, hatte am 13. November 1909 einen Verkehrsunfall erlitten; er war beim Fahren eines Pferdes von diesem mit dem Hufe gegen die Brust geschlagen worden. Der Unfall wurde vom Verletzten nicht gemeldet, da Beschwerden sich nicht einstellen und er weiter arbeiten konnte.

Das Oberversicherungsamt, das der Kläger anrief, hatte ein Obergutachten des Prof. Dr. Hoffmann beigegeben. Dieser sagte unter anderem nach Beleuchtung der Entwicklung des Krankheitsbildes, daß der Beruf des Rentensüßers günstig für die Entwicklung eines Bierherzes sei.

Aus Industrie und Handel.

Deutsches Getreide in Frankreich.

Die Patrioten sind in große Aufregung geraten. Im laufenden Jahre ist die Ausfuhr deutschen Getreides nach Frankreich außerordentlich gestiegen. So wuchs der Export vom Januar bis August dieses Jahres gegen das Vorjahr bei Roggen von 30 000 auf 322 500 Doppelzentner.

163 M., in München 160 M. Dieser Verschleuderung deutschen Getreides an das Ausland zumunsten der deutschen Konsumenten würde die Aufhebung des Einfuhrzollsystems sofort ein Ende machen.

Deutschlands Handel mit Amerika. Von dem neuen amerikanischen Zolltarif erdrossen auch die deutschen Exporteure eine Belästigung der Einfuhr deutscher Industrieerzeugnisse in Amerika.

Die Mineralproduktion Britisch-Indiens ist im Jahre 1912 wiederum erheblich gestiegen und nimmt jetzt eine beachtenswerte Stellung innerhalb der Weltproduktion ein.

Jugendbewegung.

Die „politischen“ Jugendausschüsse.

Die vereinigten Vereine, die Jugendausschüsse zu selbständigen politischen Vereinen zu stempeln und auf diese Weise eine Handhabe zur Bekämpfung der so verhassten Arbeiterjugendbewegung zu gewinnen, scheitern nachgerade allgemein geübte Praxis zu werden.

Der Jugendausschuss ist ein selbständiger Verein; er bezweckt die Verwirklichung der Gedanken und Ziele, welche der sozialdemokratische Parteitag in Nürnberg für die Erziehung der Arbeiterjugend aufgestellt hat.

Gleichzeitig wurde dem Vorsitzenden aufgegeben, das Verzeichnis der Vorstandmitglieder und die Satzungen des „Vereins“ Jugendausschuss einzureichen.

Dem politischen Verein „Jugendausschuss“ dürfen nach § 17 des Reichsvereinsgesetzes Personen, die das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben, nicht als Mitglieder angehören.

Das würde der Polizei passen, wenn sie so leicht zum Ziele käme. Glücklicherweise leben wir aber noch nicht ganz in Rußland, so daß die Polizei gezwungen sein wird, an der Hand von Tatsachen und nicht auf Grund von Vermutungen ihr Vorgehen zu begründen.

Wie zu erwarten war, hatte der Elternabend infolge des Vorgehens der Polizei einen starken Besuch aufzuweisen und man kann einigermassen neugierig sein, welche Vorbeeren die Hamelner Polizei in ihrem Kampfe gegen die Arbeiterjugendbewegung ernten wird.

Verfammlungen.

Submissionswesen und Arbeitslosenversicherung in Groß-Berlin.

Zwei Versammlungen der Zimmerer beschäftigten sich am Mittwoch mit diesen Themen. Im Schwimmklub Gesellschaftshaus referierte Genosse Theodor Fischer, der vor allem die in Betracht kommenden Bedingungen, die sich namentlich mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen befassen und schilderte dann die fortgesetzten Bemühungen der Unternehmer, die Streikklausel in die Submissionsbedingungen hineinzubekommen.

Mordprozeß Ninkel.

Unter der Anklage des Mordes und der Anstiftung zum Morde standen gestern vor dem Schwurgerichte des Landgerichts III der Rietzer Friedrich Ninkel und die Haushälterin Frau Anna Mengel, geborene Schiele. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Rosenkath.

Es handelt sich auch bei diesem Prozeß wiederum um die Frage: Selbstmord oder Mord? Am 6. Dezember 1910 wurde, wie noch in Erinnerung sein dürfte, die Leiche des in Charlottenburg, Galvanstraße 9, wohnhaften Schankwirts Albert Mengel in dessen Schankräumen aufgefunden. Die Leiche zeigte eine Schußwunde in der linken Schläfe. Anfangs war Selbstmord angenommen worden, obwohl zu einem solchen bei dem in geordneten Verhältnissen lebenden und lebenslustigen Manne ein Grund nicht zu erkennen war. Später verdichtete sich immer mehr der Verdacht, daß Mengel ermordet worden sei, und zwar durch Ninkel auf Anstiftung der Frau Mengel. Der Verdacht gründete sich darauf, daß, obwohl Mengel Rechtsbänder war, zwei Augeln die linke Schläfe getroffen hatten, ferner auf die Tatsache, daß zwischen den beiden Angeklagten ein intimes Verhältnis herrschte, und daß Ninkel, wenn er etwas angebettelt war, höchst verdächtige Redensarten machte, die auf seine Täterschaft hindeuteten.

Der Vorsitzende redet dem Angeklagten Ninkel dringend ins Gewissen, seine Schuld zu bekennen, wenn er sich schuldig fühle. Ninkel erklärt aber mit fester Stimme, daß er unschuldig sei. Dieselbe Erklärung gibt Frau Mengel ab.

Ninkel ist 35 Jahre alt und hat mehrere Vorstrafen erlitten, darunter eine wegen Bedrohung und lebensgefährdender Behandlung seiner Ehefrau. Ninkel hatte sich im Jahre 1902 verheiratet, ist aber geschieden und als schuldiger Teil erklärt worden. — Frau Mengel ist unbestraft.

Beide Angeklagten befinden sich seit 4. April 1913 in Untersuchungshaft.

In der

Bernehmung der Angeklagten

gibt der Angeklagte Ninkel folgendes an: Sein Vater war in Ostpreußen Expeditionsarbeiter, im Jahre 1902 sei er nach Westfalen gegangen und habe dort in mehreren Eisenfabriken als Arbeiter und schließlich als Schlosser und Rietzer gearbeitet. Im August 1910 sei er nach Berlin gekommen und sei zu dem Gastwirt Mengel in Schlafstube gezogen. Am 5. Dezember, dem Tage vor dem angeklagten Selbstmord des Mengel, sei er nicht zur Arbeit gegangen, sondern habe Mengel, der die Volkshalle am Charlottenburg auffuchen wollte, dorthin begleitet. Als er, Ninkel, aus dem Schwimmbad zurückkam, habe er Mengel, der nur ein Wannenbad genommen habe, in dem Badezimmer ganz bloß und wie geistesabwesend vor sich hinstrahlend wiedergesehen. Auf seine Frage habe Mengel geäußert, das Bad sei ihm nicht bekommen. Sie hätten dann beide mehrere Wirtschaften besucht, in denen Mengel plötzlich sehr lustig geworden sei und herumgetanzt habe. Als sie nach Hause kamen, habe er sich auf ein Sofa gelegt und sei eingeschlafen. Er sei dann erst kurz vor 12 Uhr nachts aufgewacht und habe sich nach darüber geärgert, daß er solange geschlafen habe, während die anderen Leute in dem Lokal lustig waren. — Der Vorsitzende hält dem Angeklagten vor, daß er sich nach verschiedenen Richtungen hin in

Widersprüche

mit seinen eigenen früheren Angaben und denen der Zeugen sehr. — Der Angeklagte erzählt dann weiter, daß er am nächsten Morgen die Leiche des Mengel in dem Lokal gefunden habe.

Vors.: Bei Ihrem Hingekommen hat der am Boden liegende Mengel noch geäußert. Haben Sie die Verletzung an der Leiche gesehen? — Angekl.: Nein. — Vors.: Wo hat die Schußwaffe gelegen? — Angekl.: Das weiß ich nicht, ich weiß auch nicht, daß Mengel einen Revolver besessen hat, habe einen solchen auch nie gesehen. — Vors.: Das stimmt nicht, wie Zeugen erklären werden. Bestimmen wird sich denn nach Ihrer Ansicht Mengel erschossen haben. — Angekl.: Mengel war nervenkrank. — Vors.: Hören Sie, Angeklagter, mit der Behauptung, daß Herr Mengel einen Tobjuchtsanfall gehabt habe, sind Sie doch erst recht hervorgetreten. Der sogenannte Tobjuchtsanfall soll ein sehr harmloser Vorfall gewesen sein. Als Sie zunächst als Zeuge vernommen wurden, haben Sie erklärt, daß Sie etwas Auffälliges in dem Wesen Mengels nicht bemerkt haben. Dies wiederholen Sie hier Bernehmungen hindurch, schließlich muß Ihnen in der Untersuchungshaft der Gedanke gekommen sein, daß es doch wohl praktisch sei, die Sache anders einzurichten, und da kamen Sie plötzlich mit dem angeblichen Tobjuchtsanfall. Von Tobjuchtsanfällen des Mengel hat niemand etwas gemerkt, ein derartiger Anfall soll ein einfacher Zornausbruch des Mengel darüber gewesen sein, daß er Sie im Verdacht hatte, mit seiner Frau ein Liebesverhältnis zu unterhalten.

Der Angeklagte sucht alle Widersprüche in seinen jetzigen und seinen früheren Befundungen, die ihm der Vorsitzende vorhält, zu begleichen. Er erklärt, daß er doch nicht wissen könne, warum sich Mengel das Leben genommen habe, er könne nur sagen, daß Mengel, der auf einem Auge blind war und den Kopf schief hielt, sehr nervös war. Der Mann habe vom frühen Morgen bis zum späten Abend in seiner Wirtschaft gesessen und habe doch viel Sorgen gehabt, eine Behauptung, die der Vorsitzende unter Hinweis auf die Geschäftsbücher des Mengel als falsch erklärt.

Auf Vorhalt des Vorsitzenden bestätigt Ninkel, daß er nach dem Tode des Mengel auf Vitten der Frau M. vierzehn Tage lang die Wirtschaft weitergeführt habe, da er früher einmal Keller in Köln gewesen sei und von der Sache etwas verstanden habe. Richtig sei es, daß zwischen ihm und der Frau Mengel ein Liebesverhältnis bestand. Er sei im Mai 1911 aus Berlin weggegangen und habe auswärts Arbeit angenommen. Am 23. Oktober 1911 sei er wieder nach Berlin gekommen und habe Arbeit bei der Hochbahn bekommen; das Liebesverhältnis mit Frau Mengel habe fortbestanden.

Der Vorsitzende hält dem Angeklagten vor, daß er nach den Mitteilungen, die er selbst anderen Zeugen gemacht, wiederholt von dem Gastwirt Adler und der Frau Mengel größere Summen Geldes erhalten habe. Er soll auch von Frau Mengel Geld unter verdächtigen Drohungen gefordert haben.

Der Angeklagte bestreitet auf das entschiedenste, daß er anderen Zeugen gegenüber geäußert habe, „wenn ihm die Frau Mengel kein Geld gebe, so passiere etwas“. Der Vorsitzende weist ihn wiederholt darauf hin, daß es doch mehr wie auffällig sei, daß er von der Frau Mengel ständig Geld, ferner auch von Adler in einem Café 100 M. erhalten habe. Dies sehe doch in Verbindung mit den Aussagen der Zeugen so aus, als wenn er ständig die Gelegenheit benutzte, die Kenntnis der Frau Mengel von dem Morde als Geldquelle zu gebrauchen. Der Angeklagte erwidert, daß ihm die Frau Mengel die von Adler erhaltenen 100 M. noch an demselben Abend wieder abgenommen habe mit dem Bemerkten: „Wenn Du Geld hast, so gehst Du bloß zu anderen Weibern hin!“

Der Vorsitzende weist aber immer wieder darauf hin, daß es auffällig sei, daß er die Frau Mengel förmlich am Gängelband gehabt habe und diese, wenn er nur den Wunsch äußerte, sofort kommen mußte.

Angeklagter: Frau Mengel ist mir immer nachgelaufen. Vors.: Das soll aber nicht immer der Fall gewesen sein. Frau Mengel soll sich im Gegenteil häufig geweigert haben, zu Ihnen zu gehen. Sie sind dann stets furchtbar wütend darüber geworden, wenn Frau Mengel nicht kam. Bei dieser Gelegenheit sollen Sie auch mehrfach geäußert haben: „Die muß machen, was ich will, ich brauche nur den Mund aufmachen und es passiert etwas!“ Angekl.: Das bestreite ich, ich habe so etwas nie gesagt!

Vors.: Na, wir werden ja die Zeugen hören. Wir kommen nun zu dem Hauptpunkt in dieser ganzen Sache, nämlich auf Ihr früheres Geständnis.

Nachdem der Tod des Mengel längst verpuffen und über die ganze Sache Gras gewachsen war, ließen zwei Anzeigen von Personen ein, die sich gegenseitig gar nicht kennen, denen gegenüber Sie aber völlig übereinstimmende Angaben über die Tat gemacht hatten. Es ist dies ein Schmied Held und ein Gastwirt Thomae. Haben Sie diesen gegenüber ein Geständnis abgelegt? — Angekl.: Davon weiß ich nichts! — Vors.: Sie haben damals bei dem Gastwirt Thomae verkehrt und haben diesem erzählt, daß Sie nächstens eine Frau heiraten würden, die demnächst auch in das Lokal kommen werde. Als Frau Mengel dann kam, haben Sie längere Zeit mit ihr heimlich geküßelt und sollen dann nach ihrem Weggange zu Thomae geäußert haben: „Das war meine Braut, morgen trüge ich wieder Gelb von ihr.“ Da Frau Mengel am nächsten Tage nicht kam, sollen Sie geäußert haben, Sie würden sich dann das Geld eben holen und waren am Abend auch tatsächlich mit einem gefüllten Portemonnaie wiedergekommen. — Angekl.: Das war mein Geld, das ich noch von ihr zu kriegen hatte. — Vors.: Wie erklären Sie denn aber folgendes: Am 13. März trafen Sie mit dem Schmied Held zusammen und tranken einige Gläser Bier. Auf die Frage des Held, weshalb Sie so still seien, hatten Sie geantwortet: „Das Weib hat mich unglücklich gemacht!“ Held wollte nun auf den Tisch klopfen und äußerte: „Du kannst mir ruhig die ganze Sache erzählen. Du hast mir ja schon einmal gesagt, daß Du ihn erschossen hast.“ Sie sollen darauf geantwortet haben: „Ja, ja, es ist richtig, ich habe ihn gestötet, das Weib, das furchtbare Weib, hat mich dazu angestiftet!“ Sie sollen dabei geweint haben und ganz zerfließend gewesen sein. Was sagen Sie denn dazu? — Angekl.: Da muß ich betrunken gewesen sein, ich robe dann immer alles durcheinander. Wenn jemand durchaus etwas wissen wollte, so habe er dem Betreffenden stets den Gefallen getan und gesagt: „Ja, ja, so ist es!“ — Vors.: Am Nachmittag gegen 5 Uhr sind Sie dann in das Lokal des Thomae gekommen und haben hier keinesfalls den Eindruck eines Betrunknen gemacht. Sie waren auch hier still und starrten vor sich hin. Plötzlich fahnten Sie den Thomae an den Schultern und erklärten weinend: „Es hat ja keinen Zweck, es muß mal herunter von der Leber. Ich habe den Mengel erschossen, das Weib hat mich dazu angestiftet.“ Sie sollen dabei Ihr Portemonnaie auf den Tisch geworfen und dem Thomae auch Ihre Photographie gegeben haben, mit dem Bemerkten, er solle das Bild in seinem Lokal aufhängen. Wie kamen Sie dazu, dieses Geständnis abzulegen? — Angekl.: Das weiß ich nicht! — Vors.: Sie wissen das nicht? Es steht aber in den Akten, von Ihrer eigenen Hand geschrieben? — Angekl.: Ich kann wirklich nichts darüber sagen. — Vors.: Sie haben es doch noch bis vor kurzem gewußt und jetzt wollen Sie nichts mehr wissen? Es ist von dem Gericht ein von Ihnen an Thomae gerichteter Brief aufgehoben und zu den Akten genommen worden. In diesem Brief, den Sie wohl in den Händen des Thomae glaubten, schreiben Sie, daß Sie das Geständnis „unter dem Drack eines Liebeswahnsinns“ abgelegt hätten, Sie hätten da Sie ohne die Frau Mengel nicht mehr leben könnten, das Geständnis deshalb abzugeben, um auch sie damit zu vernichten, Sie hätten sich beide „vernichten wollen“, da Sie ohne sie nicht mehr leben könnten. Deshalb geben Sie uns denn heute nicht diesen Brief an, Sie haben eben nicht gewußt, daß Ihr Brief zurückgehalten worden ist? Wie wollen Sie das erklären? — Angekl.: Die Frau hat mich toll gemacht, ich konnte nicht anders! — Vors.: Sie haben doch aber erst behauptet, Frau Mengel sei hinter Ihnen hergelaufen. Das stimmt doch alles nicht recht zusammen. Sie haben stets angegeben: Was ich bei Thomae gesagt habe, weiß ich nicht mehr, plötzlich in dem Brief wissen Sie, daß Sie etwas gesagt haben. — Angekl.: Ich kann mich auf die ganzen Einzelheiten überhaupt nicht mehr besinnen. — Vors.: Nachdem Sie bei Herrn Thomae gewesen und das Geständnis abgelegt hatten, ist Frau Mengel gekommen und hat erklärt: „Auch mir gegenüber hat Ninkel ein Geständnis abgelegt; er hat nicht nur angegeben, daß er meinen Mann erschossen hat, sondern auch angegeben, wie er die Tat begangen: als alle Gäste aus dem Lokal sich entfernt hatten, hat er sich von dem Manne ein Notizbuch zeigen lassen und diesen Augenblick benutzt, um den bequem zu erreichenden Revolver zu nehmen und mit diesem meinen Mann erschossen.“

Angekl. (erregt): Die Frau lügt ja! — Vors.: Die Frau hat aber auch Einzelheiten angegeben, die mit den Befundungen anderer übereinstimmen. Sie sagt: „Als der Angeklagte mich fortgeführt trieb und Geld von mir haben wollte, habe ich am 12. März ihm gesagt, daß ich ihn anzeigen würde, wenn das so weiter gehen sollte. Und da sind Sie dann zu Thomae gegangen und haben das Geständnis abgelegt, das Sie und die Frau vernichten sollte.“ — Angekl.: Die Frau spricht die Unwahrheit! — Der Vorsitzende versucht vergeblich, des längeren, von dem Angeklagten eine plausible Erklärung für das Motiv herauszuholen, welches ihn bewegen haben sollte, dem Thomae gegenüber das angeblich falsche Geständnis abzugeben. — Der Angeklagte erklärt: Was Thomae sagt, stimme nicht, außerdem müsse berücksichtigt werden, daß er ja manchmal Leuten etwas erzählt habe, was gar nicht wahr ist. Das sei manchmal aus Renommance geschehen. — Vors.: Nun, wissen Sie, das wäre doch eine seltsame Renommance, daß jemand zu einem Dritten geht und unter Tränen und Schluchzen sich des Mordes beschuldigt. — Der Vorsitzende hält dem Angeklagten noch manches Verdächtige vor: Nachdem Anzeige von Held und Thomae erstattet worden war, ist er vier Tage später wieder zu Thomae gegangen, hat seine Photographie zurückerbeten und dem Thomae angedeutet, daß er neulich im Trunke wohl etwas viel erzählt habe, was aber alles nicht wahr sei. Er müsse sich doch also ganz genau daran erinnern haben, was er Herrn Thomae erzählt hatte. Er müsse auch Frau Mengel ersucht haben, die Sache wieder ins Reine zu bringen, denn diese sei bald darauf auch zu Thomae gegangen und habe jetztwilsen gesucht, was Ninkel eigentlich gesagt habe. — Der Angeklagte versichert wiederholt, daß er eines Mordes absolut unfähig wäre; er habe zweimal schon Menschen vom Tode des Ertrinkens gerettet.

Schließlich verweist der Vorsitzende darauf, daß der Angeklagte auf seine

im Jahre 1907 erlittene Verletzung

zurückgekommen sei und behauptet, daß daraus eine pathologische Augenhaftigkeit resultierte. Die Ermittlungen haben ergeben, daß die Sache gar nicht schlimm gewesen sei; dem Angeklagten sei eine Schraube auf den Kopf gefallen, der Angeklagte habe ein Loch im Kopfe erhalten, aber von einem Schädelbruch usw. sei keine Rede.

Hierauf wird die Angeklagte Frau Mengel vernommen. Sie ist in Gernrode geboren, ihr verstorbener Ehemann habe sich mit ihr im Jahre 1890 verheiratet. Er sei früher Sattler gewesen und habe dann die kleine Destillation aufgemacht. Ihre Privatwohnung ist in der Tauertstraße gewesen, wo sie bei Herrn Adler, der ein von ihrem Manne bekanntes Liebesverhältnis unterhalten habe, wohnte, diesem die Wirtschaft führte und die Hausverwaltung besorgte. Nach einer Bemerkung des Vorsitzenden hat sie außerdem auch noch mit einem anderen Manne ein Liebesverhältnis. Nach ihrer Behauptung hat ihr Mann mehrfach über schlechten Geschäftsgang und über Aufregungen bei dem Geschäft geklagt, er sei überhaupt sehr nervös gewesen. Sie erzählt von einer Scene, wo ihr Mann nach Hause gekommen sei, ein Glas zertrümmerte und wie geistesabwesend dagestanden habe. Als sie — im Widerspruch mit ihren wiederholten Bernehmungen in der Vorverurteilung — jetzt mit der Behauptung austritt, daß sie schon zu Lebzeiten ihres Mannes zu Ninkel ehebrüchliche Beziehungen gehabt habe, kommt es zu lebhaftem Widerspruch seitens des Ninkel. Zur Erörterung der Entwicklung, welche diese Beziehungen der beiden Angeklagten

genommen hatten, wird die Cessantlichkeit ausgeschlossen.

Auffen erregte es, als dann die Angeklagte Mengel, entgegen ihren früheren Angaben, behauptete, daß ihr Ninkel am Tage nach dem Tode ihres Mannes eingestanden habe, daß er ihn ermordet habe. Er habe ihr gesagt, daß er ihn beiseite geschafft habe, weil er sie liebe und ihm, wenn der Mann tot sei, dadurch Gelegenheit gegeben werde, sie zu heiraten. Sie müsse doch in ihrem Lokal eine männliche Hilfe haben, und da hoffe er, daß sie ihn behalten und schließlich heiraten werde.

Diese Erklärungen der Angeklagten riefen in dem Gerichtssaal große Sensation hervor. Auf Befragen des Vorsitzenden erklärte die Angeklagte weiter, daß ihr Ninkel am Tage nach der Tat gesagt habe, sie müsse ausfahren, daß der Revolver ihrem Mann gehöre und sie die Waffe schon früher häufig bei ihm gesehen habe.

Vorsitzender Landgerichtsdirektor Rosenkath: Angeklagter Ninkel, was sagen Sie dazu?

Angekl.: Das ist alles freie Erfindung! Vors.: Wollen Sie wirklich behaupten, daß sich die Frau Mengel alles das aus den Fingern gezo-gen hat?

Angekl.: Jawohl.

Die Angeklagte Mengel bekennt dann noch, daß Ninkel dieses Geständnis auch später bei anderen Gelegenheiten wiederholt habe. — Auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Alberg werden alle Protokolle über die früheren Bernehmungen der Frau M. vor dem Untersuchungsrichter zur Verlesung gebracht. Auf eine Frage der Rechtsanwältin Dr. Rothschild und Munk, wann sie von dem Tode ihres Mannes Kenntnis erhalten habe, erzählt die Angeklagte folgendes: Sie sei an jenem Abend, nachdem sie für ihren Mann und Ninkel Abendbrot bereitet hatte, kurz nach 11 Uhr nach ihrer Wohnung gegangen. Vor der Haustür habe sie noch den Zeugen Adler getroffen und mit ihm geplaudert. Am nächsten Morgen sei der Zeuge Knoblich ganz aufgeregt zu ihr gekommen und habe ihr erzählt, daß sich ihr Mann erschossen habe. Sie sei über den plötzlichen Tod ihres Mannes furchtbar unglücklich gewesen, da sie, wie alle anderen, zuerst annahm, er habe Selbstmord verübt. Am nächsten Tage habe Ninkel ihr dann eingestanden, daß er ihren Mann ermordet habe. Von diesem Augenblick an habe sie einen rechtigen Schauer vor Ninkel gehabt.

Vorsitzender: Weshalb haben Sie sich denn, nachdem diese Entfremdung eingetreten war, nochmals mit ihm getroffen? — Angeklagte: Er hat mich per Karte, dann brieflich und schließlich per Telegramm um ein letztes Wiedersehen, und da ich Angst hatte, er würde seine Drohungen, mich als Anstifterin anzugeben, wahr machen, bin ich nach dem Lokal von Thomae gegangen. — Vors.: Wie hat sich denn dort die Unterhaltung abgepielt? — Angeklagte: Er fing gleich wieder mit seiner Liebelei an und fragte mich, ob ich ihn nicht heiraten möchte oder wenigstens mit ihm, ohne zu heiraten, zusammenziehen möchte. Als ich ablehnte, erklärte er, er wolle nach Leipzig fahren, habe aber kein Fahrgeleit. — Vorsitzender (unterbrechend): Ich will bei dieser Gelegenheit gleich einmal wegen der 100 Mark, die der Zeuge Adler dem Ninkel geschenkt hat, eine Frage an Sie richten. Haben Sie dem Ninkel denn, wie er angegeben hat, von diesem Gelde 70 M. weggenommen? — Angeklagte: Nein, das ist nicht wahr. Ich sagte ihm dann, daß ich mich wegen des Fahrgeldes mit Adler in Verbindung setzen wollte, habe dann aber zu dem nächsten Tage abgeschrieben. Am Abend lauerte ich Ninkel in der Berliner Straße auf. Es kam wieder zu einem Austritt, bei dem er drohte, er wolle sofort zur Polizei gehen und sich selbst stellen. Ich ging dann nach der Wohnung und ließ mir von Adler 40 M. geben, die ich Ninkel gab. — Die Angeklagte erzählt dann weiter, daß Ninkel vier Tage später in ihre Wohnung geschickt habe, sie möchte einmal herunterkommen. Ninkel habe ihr dann erzählt, er habe dem Gastwirt Thomae von der Tat erzählt, er sei aber schon dort gewesen und habe versucht, ihm die Sache wieder auszureden, Thomae glaube aber, daß er die Wahrheit gesagt habe. Sie müsse deshalb zu Thomae gehen und ihn ebenfalls von der Sache abbringen. Als sie sich weigerte, habe N. wieder gedroht, daß er dann zur Polizei gehen, sich selbst stellen müsse und sagen werde, daß sie ihn angestiftet habe. Erst daraufhin sei sie zu Thomae gegangen. — Vors. (zu Ninkel): Na, was sagen Sie dazu? — Angekl.: Das ist ja alles frei erfunden. — Vors.: Ist es richtig, daß Sie die Kleidungsstücke des erschossenen Mengel getragen haben? — Angekl.: Jawohl. Die Frau Mengel sagte mir eines Tages, ich solle mir einen schönen Anzug aussuchen. Sie hat mir dann verschiedene Kleinigkeiten geschenkt.

Auf eine Reihe von Fragen der Rechtsanwältin Dr. Alberg und Dr. Munk erklärt die Angeklagte immer wieder, daß sie zwar seit langem die Absicht gehabt habe, zur Polizei zu gehen und die Sache anzuzeigen, diese Absicht aber immer wieder aufgegeben habe, da sie damit habe rechnen müssen, daß sie auf die Verzichtung des N. hin selbst wegen Anstiftung zum Morde angeklagt werde. — Rechtsanwalt Dr. Alberg: Haben Sie, Frau Mengel, ein einziges Mal ihrem Freunde Adler, mit dem Sie doch wie Mann und Frau lebten, etwas von dem angeblichen Geständnis des Ninkel Ihnen gegenüber erwähnt? Dies wäre doch eigentlich sehr naheliegend gewesen. — Angeklagte: Nein, das habe ich nicht. Ninkel hat einmal geäußert, er würde es mit Adler ebenso machen, wie mit meinem Manne. — Rechtsanwalt Dr. Alberg: Aber da hätten Sie doch gerade Veranlassung gehabt, dem Adler davon Mitteilung zu machen. — Angeklagte: Ich habe deshalb nicht davon gesprochen, weil mich Ninkel ja der Anstiftung bezichtigen wollte.

Damit ist die Bernehmung der Angeklagten beendet und wird mit der

Beweisaufnahme

begonnen.

Als erster Zeuge wurde der Schlosser Wilhelm Mengel, der Bruder des erschossenen Gastwirts M., vernommen, der u. a. beklundet, daß für den Erschossenen kein Anlaß zu einem Selbstmord vorgelegen habe. Er selbst glaube auch nicht an einen Selbstmord. — Ähnliche Angaben machte ein anderer Bruder des Erschossenen, der Wäckermeister Ernst Mengel aus Baumhüllemweg. Er habe den Verkehr mit den Mengerschen Ebeleten gemieden, weil die Frau Mengel sich übel benommen und sich dem ersten besten hingeegeben habe. Er habe die Angeklagte häufig mit anderen Männern gesehen, einmal sei sie sogar in der Friedrichstraße sitzend und zur Polizeiwache gebracht worden. Ihm, Zeugen, sei es aufgefallen, daß sich die zwei tödlichen Schüsse an der linken Kopfseite befanden. Auf eine Frage des Vorsitzenden erklärt der Zeuge, daß sein Bruder Rechtsbänder gewesen sei, so daß es völlig unerklärlich sei, daß die Schüsse links lagen. Irigendwelche Geldsorgen habe der Erschossene nicht gehabt, da er ihm stets Geldmittel zur Verfügung gestellt.

Eine Zeugin Frau Scherber, eine entfernte Verwandte des Mengel, beklundet, daß dieser ihr im Jahre 1904 eines Tages sein Leid geklagt und geäußert habe, daß sich seine Frau mit anderen Männern herumtreibe. Wenn sie bloß mit Adler im Verkehr stände, würde er ja gar nichts dagegen haben, er könne doch aber nicht dulden, daß sie sogar nach der Friedrickstraße gehe.

Mehrere andere Zeugen, die mit dem Erschossenen näher bekannt waren, schildern diesen als einen lustigen und geselligen Menschen, von dem sie niemals angenommen hätten, daß er Selbstmordabsichten gehabt habe.

Eine Reihe anderer Zeugen, welche über die Art der Beziehungen zwischen Ninkel und der Frau Mengel vernommen wurden, beklundet, daß das Verhältnis zwischen Mengel und seiner Frau ein durchaus gutes war. Ninkel habe einmal in der Trunkenheit ausgeplaudert, daß er mit der Frau Mengel intime Beziehungen angeknüpft habe. Beide wären häufig beobachtet worden, wie sie während der Abwesenheit des Mannes „Bade an Bade“ auf dem Sofa saßen und sich kicherten.

Gegen 8 Uhr abends wurde die Verhandlung abgebrochen und auf heute (Freitag) 9 1/2 Uhr vertagt.

